Studienkreis Rundfunk und Geschichte Mitteilungen

11. Jahrgang Nr. 2 - April 1985

Nachrichten und Informationen: Seite 118
16. Jahrestagung 27./28.9.1985 in Mainz - Neue Fachgruppe Musik - Hörspiele in der ARD 1983 - Amerikanische Dissertation über Radio Frankfurt - Der Rundfunk in den Stimmungsberichten des SD - "Zeichen im Wandel" - Geschichte des Fernsehens im Museum - Presse-, Rundfunk- und Filmarchivare

Schwarzes Brett: Franz Wallner-Basté - Benno Hubensteiner - James Caesar Petrillo - Berieselungsanlage - Branchentelephonbuch - Neue Staatsröcke Seite 124

Wilhelm Treue: Berlin-Charlottenburg, Masuren-Allee - Das Haus des Rundfunks Seite 136

Hans Bohrmann: Rundfunk und Presse als Faktoren der öffentlichen Meinung in Berlin Seite 149

Gerd Albrecht: Filmwirtschaft und Fernsehen in ihren Beziehungen 1950-1960 Seite 161

Susanne Neumann: Chancen des Kinderhörfunks im Fernsehzeitalter Seite 174

Bibliographie:
Rundfunkbezogene Hochschulschriften aus kommunikationswissenschaftlichen Fachinstituten Seite 181

Zeitschriftenlese 34 Seite 184

Besprechungen: Seite 187
Rundfunk in der Region - Die Regionalisierung der Historisch-Politischen Kultur - Südfunk Stuttgart 1924 bis 1984 - Das erste Jahrzehnt - 60 Jahre Rundfunk in Hannover - Der britische Einfluß auf den deutschen Rundfunk 1945-1948 - Film- und Fernsehliteratur der DDR - Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich - Jugendfilm im Nationalsozialismus - Pressefreiheit - Kommunikationsforschung - Handbuch der Pressearchive

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V.
Vorsitzender: Friedrich P. Kahlenberg, Koblenz
Schriftführer: Walter Först, Westdeutscher Rundfunk
Postfach 101950, 5000 Köln 1, Tel. 0221/2203250

Redaktion: Walter Först (verantw.)
Harald Heckmann
Friedrich P. Kahlenberg
Arnulf Kutsch

Zitierweise: Mitteilungen StRuG – ISSN 0175-4351

NACHRICHTEN UND INFORMATIONEN

Jahrestagung 1985

Zur 16. Jahrestagung des Studienkreises lädt der Vorstand für den 27. und 28. September 1985 nach Mainz ein. Tagungort ist ein Saal im Zentralgebäude des Zweiten Deutschen Fernsehens in Mainz-Lerchenberg. ZDF-Intendant Prof. Dieter Stolte hat zugesagt, am Kaminabend, Donnerstag, dem 26. September 1985, über aktuelle Fragen der Medienpolitik zu referieren und mit Teilnehmern zu diskutieren.

Das Programm der 16. Jahrestagung gilt der Geschichte des deutschen Fernsehens. Vorgesehen sind Referate über das Fernsehen der Frühzeit von 1935 an, über die Gründung des Nachkriegs-Fernsehens in den frühen fünfziger Jahren und über die Frühzeit der "Tagesschau", außerdem über die Magazine "Panorama" (ARD) und "Drüben" (ZDF) sowie über Fragen der Vermittlung von Geschichte im Fernsehen. Zu den Referenten, die bereits zugesagt haben, gehören Dr. Wolfgang Benz (München), Joachim Drengberg (Hamburg), Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg (Koblenz), Prof. Dr. Winfried B. Lerg (Münster) und Prof. Dr. Dieter Ross (Hamburg).

+

Neue Fachgruppe Musik

Am 23. Januar trafen sich im Deutschen Rundfunkarchiv Frankfurt Musikwissenschaftler, Musikbibliothekare und Musikredakteure zur konstituierenden Sitzung der Fachgruppe Musik des Studienkreises Rundfunk und Geschichte. Zum Vorsitzenden wurde Prof. Dr. Helmut Rösing (Gesamthochschule/Universität Kassel), zum stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Christoph-Hellmut Mahling (Universität Mainz) gewählt. Als erste Aufgabenbereiche und Untersuchungsfelder wurden genannt:

- Musikrepräsentation und Musikvermittlung im Rundfunk, verbunden mit der Frage, warum besonders E-Musik in deutschen Rundfunkprogrammen oft eher trocken und einfallslos vermittelt wird.
- Musikprogrammgestaltung an ausländischen Rundfunkanstalten wie z.B. bei France Musique.

- Musik in Rundfunk und Fernsehen im Vergleich zur kommerziellen Berieselung durch Musik wie z.B. in Kaufhäusern.
- Die Rolle der Musik im Rundfunk am Beispiel bestimmter Programme und abgegrenzter Zeiträume.
- Erstellen einer Bibliographie zum historischen und aktuellen Schrifttum zum Thema Musik und Rundfunk.
- Publikation eines Sammelbandes mit wichtigen Essays zur Musik im Rundfunk von den Anfängen bis zur Gegenwart.

Die nächste Sitzung der Fachgruppe Musik wird am 25. September, also direkt vor der Jahrestagung in Mainz-Lerchenberg, in den Räumen des musikwissenschaftlichen Instituts der Universität Mainz stattfinden. Dazu ist jeder schon jetzt herzlich eingeladen. Auch aktive Beteiligung wäre höchst willkommen. Wer über ein musikbezogenes Thema referieren möchte, wird gebeten, sich bis Anfang Juni zu wenden an Helmut Rösing, Gesamthochschule Kassel, FB o3, Heinrich-Plett-Str. 4o, 35oo Kassel.

+

Hörspiele in der ARD 1983

Im Januar 1985 veröffentlichte das Deutsche Rundfunkarchiv (DRA) den Katalog "Hörspiele in der ARD 1983". Dieser dritte Band aus der Reihe "Hörspielverzeichnisse" führt sämtliche Hörspiele auf, die 1983 von den Rundfunkanstalten der ARD einschließlich des RIAS, Berlin, ausgestrahlt wurden. Der Katalog, der von Elisabeth Lutz in enger Zusammenarbeit mit den Hörspielredaktionen zusammengestellt wurde, nennt Autoren, Titel, Mitwirkende und Regisseure, resümiert den Inhalt und verzeichnet Angaben über Produktions- und Erstsendedaten. Zusätzlich bietet er Übersichten über Hörspielpreise und Hörspielpublikationen des Jahres 1983. Mehrere Register (Titel, Autoren und Bearbeiter, Serien und Reihen, Genres) vervollständigen den Band.

Das Verzeichnis umfaßt 476 Seiten und kostet 3o,-- DM. Es ist zu beziehen über das Deutsche Rundfunkarchiv, Bertramstraße 8, 6ooo Frankfurt am Main 1.

DRA

Amerikanische Dissertation über Radio Frankfurt (1945-1949)

Unter dem Titel "Propaganda and the control of information in occupied Germany: The US Information Control Division at Radio Frankfurt 1945-1949" hat Lawrence R. Hartenian an der staatlichen Universität von New Jersey (USA) im Herbst vergangenen Jahres seine Dissertation vorgelegt. In zwei Teilen behandelt er die Jahre des Übergangs von einer Rundfunkstation unter Besatzungskontrolle zur Anstalt des öffentlichen Rechts auf gesetzlicher Grundlage. Zunächst geht der Autor auf die Ziele der amerikanischen psychologischen Kriegführung in Europa ein und befaßt sich dann in mehreren umfangreichen Kapiteln mit der eigentlichen Informationskontrolle des Rundfunks in Hessen, der personellen Situation und der Entwicklung der Programmstruktur von Radio Frankfurt sowie der Umfunktionierung des Senders zum antikommunistischen Propagandasprachrohr im heraufziehenden Kalten Krieg. Etwas knapper fällt im Vergleich dazu die Darstellung der Auseinandersetzungen um das Gesetz über den Hessischen Rundfunk und des Kampfes der Post um ihre alten Rechte im Rundfunk aus.

Der Autor hat für seine Darstellung Akten sowohl der amerikanischen Militärregierung, die im Washingtoner National Archives lagern, als auch des Hessischen Rundfunks in dessen Historischem Archiv in Frankfurt ausgewertet. Dabei hat er die Erfahrung machen müssen, daß insbesondere Akten der Radioabteilung innerhalb der Organisation der Informationskontrolle einer frühen Vernichtungsaktion zum Opfer gefallen sind. Umso beachtlicher ist das, was Hartenian mit großem Forscherfleiß aus anderen Beständen der amerikanischen Militärregierung, durch Interviews und die Auswertung von Sekundärquellen zu seinem Thema zusammengetragen hat.

Als Dissertation in englischer Sprache wird die Arbeit voraussichtlich allenfalls auf Microfiches in der einen oder anderen wissenschaftlichen Bibliothek der Bundesrepublik zugänglich sein. Als wichtiger Beitrag zur Erforschung der Frühgeschichte des Nachkriegsrundfunks in Westdeutschland wünschte man ihr jedoch eine weitere Verbreitung.

AD

+

Der Rundfunk in den Stimmungsberichten des SD (1938-1944)

Seit einigen Monaten liegen die im Bundesarchiv überlieferten Stimmungsberichte des Sicherheitsdienstes der SS in 16 Taschenbüchern vollständig vor; dazu ist ein Band mit einer Einführung und einer systematischen Übersicht der behandelten Themen erschienen, ein weiterer Band mit Personen-, geographischem und Institutionenindex folgt im Sommer 1). Zu den Themen, die

---

1) Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1944. Hrsg. von Heinz Boberach. Pawlak Verlag Herrsching 1984, 226, 674o S., 98,-- DM.

regelmäßig behandelt wurden, um "die Staatsführung in die Lage zu versetzen, die im Volke vorhandenen oder entstehenden Auffassungen kennenzulernen", gehört auch die Wirkung des Rundfunkprogramms, über die die Vertrauensleute der rund 6oo regionalen und lokalen SD-Dienststellen im ganzen Reichsgebiet dem Reichssicherheitshauptamt in Berlin ihre Beobachtungen vorlegten. Auf die entsprechenden Abschnitte im Jahresbericht für 1938 und über das erste Vierteljahr 1939 folgen zwischen August 194o und Dezember 1943 insgesamt 1o6 "Stimmen zum Rundfunk", die die Angaben in weiteren rund 25o Berichten über die "Auswirkungen der allgemeinen Propaganda, Presse- und Rundfunklenkung" und über die "Aufnahme der Führungsmittel" zwischen Mai 194o und Mai 1944 ergänzen. Nachrichtensendungen und Berichte aus den Propagandakompanien, die Kommentare von Hans Fritzsche und den Militärsprechern Dittmar, Lützow und Quade, Wunschkonzert und "Deutsches Volkskonzert", Schlagersendungen und das literarische "Schatzkästlein" sowie einzelne Interpreten und Orchester werden positiv oder negativ gewürdigt. Dazu kommen Sonderberichte über Feiertagsprogramme, über "aufklärende Vorträge" und politische Hörspiele. Da sich der SD um Objektivität nicht nur bemühte, sondern sie weitgehend auch erreichte, lassen sich Erfolge und Mißerfolge der NS-Rundfunkpropaganda aus diesen Quellen ablesen.

Anders als für alle anderen Lebensgebiete, über die der SD berichtete, ist für die Meldungen über den Rundfunk ein Teil des von den nachgeordneten Stellen gelieferten Materials in den Akten des Amtes III des Reichssicherheitshauptamtes überliefert. Es handelt sich dabei einmal um Berichte aus Frankfurt/Main, Stuttgart, Tilsit und Troppau aus den Jahren 1941 bis 1943 zum gesamten Programm, zum anderen um Meldungen speziell zu Hörspielen, Landfunksendungen, Morgenfeiern, zur Berichterstattung über das Ende der Kämpfe in Stalingrad und zu den Kommentaren Fritzsches. Im selben Bestand gibt es außerdem Lageberichte und Tendenzverzeichnisse deutschsprachiger Feindsender ("Soldaten- und Freiheitssender"), die die Seehaus-Berichte ergänzen, für die Zeit von Juli 1943 bis Juli 1944 sowie Unterlagen, die z.T. in der Vorkriegszeit beginnen, über den Rundfunk in der Schweiz, Italien, den USA, der Türkei, Japan, Dänemark und Norwegen 2).

Heinz Boberach

+

"Zeichen im Wandel"

"Zeichen im Wandel", unter diesem Generalthea stand der IV. internationale Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Semiotik (DGS), zu dem über 7oo Wissenschaftler aus den verschiedensten Disziplinen vom 21. bis 25. Oktober 1984 in der Universität und

---

2) Vgl. Nachweis in: Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs. Bd. 22, Bestand R 58, Reichssicherheitshauptamt, Bundesarchiv Koblenz 1982, S. 283-287.

der Hochschule für Fernsehen und Film München zusammengekommen waren. Unter der Leitung von Karl Friedrich Reimers wurden die Themenbereiche "Narrativität in den Medien - Entwicklung und Wandel von Erzählformen", "Stadt als Zeichensystem im geschichtlichen Wandel", "Alltagskultur im Wandel" und "Postmoderne" diskutiert. Von der Medizin über Biologie, Elektronik, Architektur, Anthropologie, Philosophie, die Sprachwissenschaften bis hin zu Kulturwissenschaft, Geschichte, Psychologie und Film/ Fernsehwissenschaft wird die Semiotik als Lehre von den Zeichen immer stärker in Anspruch genommen, so daß sie zu einer Meta-Wissenschaft wurde. Die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der Reichweite einer solchen Integrationswissenschaft wurden in München deutlich. Aus den Themenfeldern "Neue Medien" und "Film" sei auf die folgenden Beiträge hingewiesen: Wandel in der Alltagskultur durch neue Technologien (Tasso Borbé, Berlin), Medienbedingter Wandel visueller Zeichen - zur Entwicklung des Bildschirmtextes (Manfred Eisenbeis, Offenbach), Zeichenwandel als Technikwandel (Georg Glünder, München), Textsysteme für Mikro-Computer und Evolution des Literatursystems. Veränderungen des Literaturbegriffs im Kontext "Neuer Medien" (Helmut Schanze, Aachen), Satelliten - Kabel - Computer. Integration oder Desintegration von Zeichensystemen? (Rüdiger Steinmetz, München), Arbeit und Freizeit im Technikwandel (Heinz-Jürgen Teichmann, Berlin). - Metaphorische Verfahren in Film und Literatur (Vittoria Borgarello-Borsó, Mannheim), Subjektive Erzählstrategien im Film Noir (Christine Noll Brinkmann, Frankfurt), Kontinuität und Wandel in der Symbolwelt. Das semiotische System des Bildjournalismus in der NS-Illustrierten 'Signal' (Karsten Fledelius, Kopenhagen), Die Narrativität der Darstellung politischer Zusammenhänge in der Wochenpresse (Benjamin Hrushovski, Berlin), Die Stadt im Film (Ulrich Kurowski/ Hans Friedrich, München/Tutzing), Elementare narrative Strukturen in der Boulevardpresse (Jürgen Link, Bochum), Die Produktion filmischer Zeichen im Dienst nationalsozialistischer Propaganda - dargestellt am Beispiel des Films 'Die Große Liebe'/ 1942 (Martin Loiperdinger/Klaus Schönekäs, Frankfurt und Kassel), Die Narrativität der Bildreportagen (Hartmut Melenk, Ludwigsburg), Evolutive Grammatik des frühen Films (1900-1910) (Karl-Dietmar Möller, Münster), Theorie und Praxis der Filmmontage von Griffith bis heute (Jan Marie Peters, Leuven), Erzählstrukturen in Literatur und Film (Marlene Posner-Landsch, Berlin), Narrative Strukturen der Stummfilmmusik am Beispiel der Kinotheken (Lothar Prox, Bonn), TIME-Titelblätter von 1923-1982. Die Entwicklung eines visuellen Codes (Margarete Seiwert/ Hartmut Espe, Berlin), Theater-Erfahrungen im Zeichen-Transfer. Überlegungen zu 'Heinrich Penthesiles von Kleist' (Irmela Schneider, Blin), Historische Variationen des narrativen Topos 'Unschuldig beschuldigt' im Film (Hans-Jürgen Wulff, Münster).

Alle Tagungsbeiträge werden 1986 veröffentlicht. Im Herbst 1987 wird der V. Semiotik-Kongreß in Essen stattfinden.

Red.

+

Geschichte des Fernsehens im Museum

Am 19. März 1985 wurde im Landesmuseum auf der Festung Ehrenbreitstein in Koblenz durch Staatssekretär Mohr vom rheinland-pfälzischen Kultusministerium die Ausstellung "5o Jahre Fernsehen" eröffnet. Professor Dr. Ing. e.h. Walter Bruch, Ehrenmitglied des Studienkreises, hielt den Eröffnungsvortrag. Gezeigt werden Empfangsgeräte wie Studioeinrichtungen, die u.a. vom SWF in Baden-Baden und dem ZDF zur Verfügung gestellt wurden. Zahlreiche Ausschnitte aus Fernsehprogrammen, aber auch Dokumentar- und Lehrfilme aus der Frühzeit des Fernsehens können von den Besuchern der Ausstellung abgerufen und betrachtet werden. In Begleitveranstaltungen, deren Programm vom Museum erfragt werden kann, werden fernsehtechnische und programmbezogene Aspekte behandelt.

Die Ausstellung ist täglich, auch montags, von 9.oo bis 17.oo Uhr durchgehend bis zum 29. September geöffnet. Ein kritischer Bericht wird für Heft 3/85 der MITTEILUNGEN vorbereitet.

fpk

+

Presse-, Rundfunk- und Filmarchivare

Die Frühjahrstagung der Fachgruppe Presse-, Rundfunk- und Filmarchivare im Verein deutscher Archivare findet vom 7. bis 9. Mai 1985 in Oldenburg und Bremen statt. Auf Veranstaltungen zu den Themen "Rundfunk in der Region - Neue Wege der Archivierung und Informationsversorgung", "Historische Archive der Rundfunkanstalten", "Beruf des Medienarchivars - Eigene Erfahrungen - Thesen" und "Die deutsche Presseforschung in Bremen" sei besonders hingewiesen. Anmeldungen erbeten an Frau Guda Witthus, "Nordwest-Zeitung", Petersstr. 28-34, 29oo Oldenburg, oder an Frau Marianne Englert, Vorsitzende der Fachgruppe, Postfach 29o1, 6ooo Frankfurt am Main.

Red.

SCHWARZES BRETT ----------

I.

Franz Wallner-Basté (1896-1984)

Am 24. Dezember 1984 ist Franz Wallner-Basté in seinem Berliner Haus gestorben. Zweimal in seinem langen Leben hat der promovierte Germanist, geboren am 13. September 1896 in Dresden, an entscheidender Stelle im Rundfunk gearbeitet. Von Januar 1930 bis zu seiner Entlassung durch die Nationalsozialisten im April 1933 leitete er als Nachfolger des Romanciers Ernst Glaeser die Literarische Abreilung des Südwestdeutschen Rundfunks in Frankfurt am Mein, und von Dezember 1945 bis Juli 1947 versah er Amt und Aufgabe des ersten Intendanten des RIAS Berlin. Anläßlich seines 85. Geburtstages haben die MITTEILUNGEN diese Rundfunktätigkeiten von Franz Wallner-Basté in einem kurzen Beitrag gewürdigt und auf die Stationen seiner abwechslungsreichen Vita hingewiesen; das soll nicht noch einmal wiederholt werden (7. Jg.(1981), Nr. 4, S. 191-193). Die Erinnerungen an diesen Ästheten, den vorzüglichen Kenner europäischer, aber auch arabischer Sprachen, Literatur und Musik, der dem Programm des Frankfurter Senders in den frühen dreißiger Jahren einige markante Akzente vermittelte, sei vielmehr durch das Beispiel einer seiner Sendungen wachgehalten. Es handelt sich um die erste Folge einer wöchentlich ausgestrahlten Sendereihe mit dem Titel "Eine Viertelstunde Deutsch". Ebenso wie andere kleine Sendereihen, etwa "Eine Viertelstunde Lyrik", "Naturschutzpark der Mundarten", "Vernachläßigte Dichter", "Erlebte Zeit" oder "Die Nobelpreisträger" wurde diese Reihe auf Vorschlag Wallner-Bastés und nach seiner Konzeption in das Frankfurter Rundfunkprogramm aufgenommen 1). In dem folgenden Manuskript, handschriftlich auf elf Kladdenblättern notiert 2), entwickelt Wallner-Basté das Programm seiner Sendereihe "Eine Viertelstunde Deutsch", die am 6. Oktober 1930 begann 3). Seine Ausführungen, die wahrscheinlich in dem hier wiedergegebenen Wortlaut auch gesendet

---

1) Vgl. auch: Ansgar Diller: Der Frankfurter Rundfunk 1923-1945 unter besonderer Berücksichtigung der Zeit des Nationalsozialismus. Diss.Phil. Frankfurt/Main 1975. S. 306.
2) Das Manuskript befindet sich im Privat-Archiv Dr. Franz Wallner-Basté, Berlin.
3) Vgl. auch: Franz Wallner: Sprechen Sie Deutsch? in: Der Deutsche Rundfunk 8. Jg.(1930), Nr. 42. S. 9; zu einer ähnlichen Sendung, die unter dem Titel "Deutsch für Deutsche" am 8. Oktober 1930 in der Berliner 'Deutschen Welle' begann und ebenfalls wöchentlich gesendet wurde, vgl.: Johannes Günther: Deutsch für Deutsche. Zum Beginn des neuen Vortragszyklus der Deutschen Welle am 8. Oktober, in: Der Deutsche Rundfunk 8. Jg.(1930). Nr. 40. S. 13.

wurden 4), mögen exemplarisch verdeutlichen, wie Wallner-Basté die Intention des von ihm geleiteten Literarischen Programms praktisch zu verwirklichen suchte. Darüber führte er 1930 aus: "Die Literarische Abteilung, in ihrem Bereich Wahrerin von Gütern der Nation, zieht die Folgerung: für ihr Teil das Stellen geistiger Ansprüche nicht (gewissen Strömungen allzusehr nachgebend) grundsätzlich zu vermeiden. Sie glaubt sich darin bestärkt durch die wiederholte Beobachtung, daß die Amüsierphsychose geringer, das Bildungsbedürfnis größer ist, als der durchschnittliche Zuschrifteneingang vermuten läßt." 5)

A.K.

Franz Wallner
Eine Viertelstunde Deutsch. I. (Folge) 6.1o.193o

Liebe Rundfunkhörer,

muß ich die erste "Viertelstunde Deutsch" mit einer weit ausholenden Erklärung dieses unseres neuen Unternehmens einleiten? Es rechtfertigen, womöglich entschuldigen? Ich denke, nein. Ich denke, es genügt, wenn ich Ihnen kurz sage, was wir ungefähr vorhaben in dieser Viertelstunde, die von jetzt an möglichst regelmäßig jede Woche einmal im Programm des Südwestdeutschen Senders erscheinen soll.
Zunächst: haben Sie keine Angst. Wir wollen nichts weniger, als mit Ihnen Schule spielen. Es gibt keine Regeln oder irgendeinen Lehrstoff auswendig zu lernen, und Sie sollen nicht mit solchen Aufgaben in Anspruch genommen werden, die Zeit kosten.
Sondern -.

Sondern unsere Absicht ist:

Sie mit allerhand Dingen zu unterhalten, die in der deutschen Sprache merkwürdig sind, ohne daß Sie es wahrscheinlich immer gemerkt haben. Aufschlußreich, ohne daß gleich dem oberflächlichen Blick sich zeigt, was sie erschließen.

---

4) In sein Manuskript hat Dr. Franz Wallner-Basté verschiedene Zeichen (lange Gedankenstriche, Pfeile, Hervorhebungen von Satzpausen, Unterstreichungen) für die Stimmführung eingefügt, die darauf hindeuten, daß es sich um das Vortragsmanuskript handelt. Die hier wiedergegebene Transkription übernimmt lediglich die Unterstreichungen und Gedankenstriche. Schreibweise und Zeichensetzung entsprechen der Textvorlage. An einigen wenigen Stellen konnten einzelne Worte oder Wortbestandteile nicht identifiziert werden. An diesen Stellen finden sich in der Wiedergabe eckige Klammern. Ebenfalls in eckigen Klammern sind kleinere Ergänzungen eingefügt.
5) Franz Wallner: Richtiges Deutsch, gutes Deutsch, schönes Deutsch, in: Die Sendung 7. Jg.(193o). Nr. 49. S. 784-785, zitiert nach: Ansgar Diller: Der Frankfurter Rundfunk. a.a.O. S. 3o5.

Wie ein Vorwelt-Meerestier im Muschelkalk, wie die Ameise im Bernstein erhalten geblieben ist, so haben nicht nur Sprachformen unserer Ur- und Vorväter - so haben zugleich altehrwürdige (oder auch weniger ehrwürdige) Anschauungen, Sitten, Gebräuche, Aberglauben, Ereignisse längstverklungener Zeiten gewissermaßen einen Abdruck hinterlassen, einen Klang-Abdruck in unserer heutigen Sprache, ihren Wörtern und Wendungen, stehenden Vergleichen und volkstümlichen Redensarten. Wir verfolgen deren Werden, Wandern und Sich-Wandeln, suchen ihnen auf den Grund zu kommen; und ich wette, wir werden manches Lehrreiche, Überraschende und auch eine ganze Menge Amüsantes dabei zu Tage fördern, vieles bisher scheinbar Selbstverständliche in neuer und womöglich richtigerer Beleuchtung sehen lernen.

Soviel davon.

Das Andere ist, daß wir Ihnen helfen wollen. Sie kennen sicher alle, wie das ist, wenn man beim Schreiben plötzlich stecken bleibt: "Heißt es jetzt eigentlich...?" Es brauchen nicht gleich Zweifel über "mir" oder "mich" zu sein; obwohl das vorkommen soll. Aber ob etwa "jedes Rechtes" oder "jeden Rechtes" vorzuziehen ist, ob es besser heißen muß "er begänne" oder "er begönne", "eine Reihe Gelehrte" oder "Gelehrter", darüber mag das Sprachgefühl schon einmal ins Schwanken geraten. Und ich kann Ihnen zum Trost versichern, daß es auch den bestgeübten und für Stilwerte empfindlichsten Schriftstellern manchmal so geht. (Übrigens: In Klammern: "Ich kann Ihnen versichern" - ist das in Ordnung? Nicht: "Ich kann Sie versichern?" Da haben wir gleich so einen Fall. Nun, über den und ähnliche unterhalten wir uns schon noch. - Klammer zu.) Ja, auch die empfindlichsten Schriftsteller sind Anfechtungen ausgesetzt, und wahrscheinlich gerade sie. Wahrscheinlich desto häufigeren, desto härteren, je empfindlicher ihr Sprachgefühl ist. Denn: was ist das eigentlich für ein Ding, dieses geheimnisvolle Sprachgefühl, diese letzte Revisionsinstanz in den meisten sprachlichen Zweifelsfragen. ?

Nun, es ist nichts anderes als die Erinnerung - die mehr oder minder lebendige Erinnerung an früher Gehörtes oder Gelesenes. Genau so simpel wie diese Erklärung klingt, genau so simpel ist sie. Ein Beispiel: Sie treffen irgendwo auf das Wort: die Abscheu. Hallo!, denken Sie - die Abscheu? Ich habe doch mein Lebtag nicht anders als "der Abscheu" gesagt und gehört. Allerdings, wenn ich nachdenke: Abscheu - zusammengesetzt mit Scheu, die Scheu... Da werden Sie auch schon unsicher, Ihr Sprachgefühl schwankt, Sie kauen an Ihrem Federhalter.

Das Kauen am Federhalter führt aber zu nichts. Was tun? Wo sich Rats holen?

Rats holen wir uns bei der Sprachwissenschaft. Das große Grimmsche Wörterbuch ist die nächstliegende Zuflucht, die Bibel des Germanisten, des Deutschforschers, eine Reihe mächtiger Folianten, begonnen vor etwa 8o Jahren von dem Gelehrtenpaar Jacob und Wilhelm Grimm und noch unvollendet. Wir werden's noch öfters zu einer kleinen Erbauung vom Regal zu holen haben.

Der alte "Grimm" sagt: der Abscheu. Und weiter: daneben die Abscheu trotzdem untadelhaft, da Scheu weiblich ist. Ein neueres Wörterbuch meldet die Abscheu als richtig, aber veraltet. Im 16. und 17. Jahrhundert - ich darf es hinzufügen - findet sich, wenn auch selten, die weibliche Form von Abscheu. Außerdem aber findet sich in alter Zeit manchmal "der Scheu"; und dieser Gebrauch des Grundworts, dieser männliche Scheu, der als selbständiges Wesen zum Aussterben verurteilt war, hat sich in der Zusammensetzung "Abscheu" in die Gegenwart hinübergerettet. Ergebnis also: der Sprachgebrauch hat für "den Abscheu" entschieden und "der Abscheu", der weiblichen, den Prozeß gemacht. Mit dieser Auskunft ist unser Sprachgefühl wieder gefestigt, in Zukunft wissen wir - für diesen Fall - Bescheid. Und wir haben auch gleich gelernt, daß mit Überlegung und Logik allein nicht immer auszukommen ist. Die Sprache ist kein durchweg logisches Gebilde und der Strom der Entwicklung - alles fließt hier und oft reißend, - er läßt sich nicht in das schmale Bett der Vernunft eindämmen. Deshalb sind auch die sogenannten "Puristen" des Sprachgebrauchs, die (um das Fremdwort gleich gebührend zu übersetzen) vernünftelnden Deutschbolde vor der Sprachgeschichte im Unrecht und dem Spott späterer Geschlechter von rechtswegen ausgeliefert. Wir werden da auf belustigende Beispiele stossen. Schließlich noch haben wir gelernt, daß die meisten Sprachregeln (im Gegensatz, wohlgemerkt zu den Sprachgesetzen) nur befristet Gültigkeit haben. Das Deutsch, in dem Kaiser Heinrich I., Karl der Große, sogar noch Barbarossa mit ihren Paladinen gesprochen haben, versteht heute nur noch der Sprachgelehrte. Der Urtext eines Gedichtes von Walther von der Vogelweide ist für den Uneingeweihten zumindest eine harte Nuss. Und ebenso kann man sich auf Luther, Klopstock, selbst auf die "Klassische" Sprache Goethes und Schillers nicht mehr unbedingt berufen: Wendungen wie "zu nichts Böses", "wer ruft mir?", "Hoffnung der Beute" waren ehedem richtig, jetzt sind sie, für die moderne Sprache, schon beinahe falsch - wir schreiben: zu nichts Bösem; wer ruft mich (oder nach mir); Hoffnung auf Beute. Jede Zeit hat ihr eigenes Sprachgefühl, das mit dem Wandel der Sprache oder aber mit dem die Sprache sich wandelt.

"Puristen" sagte ich eben. Puristen im engeren Sinn heißen die Fremdworttöter. Sprachreinigung kann ein verdienstvolles Werk sein, ganz gewiß. Wir werden diese Seite der Sprachpflege durchaus im Auge behalten. Wollen aber gleich jetzt sagen, daß wir die mancherorts beliebte Parforcejagd auf fremde oder gar nur scheinbar fremde Wörter nicht blindlings mitzumachen gedenken; und wir werden diesen Entschluß zur gegebenen Zeit genauestens begründen. Neben der Ersetzung schädlicher Fremdwörter beabsichtigen wir uns damit zu befassen, die nützlichen Ihnen nahezubringen und nach Herkunft und Bedeutung - auch hier gibt es oft eigentümlich überraschende Dinge! - recht verständlich zu machen. Der freundliche Briefschreiber etwa, der uns gerade neulich seine Ansicht über die Augustik des Senderaums darlegte, wird hoffentlich gern erfahren, daß Akustik mit August soviel wie nichts zu tun hat.

Gar nicht so weit vom Gebiet "Fremdwort" liegt - wissen Sie zum Beispiel, was Boltchen sind, was Schmetten, Flott, Anken,

Lummel? Was ist ein Eulner und ein Sturzner? Sehen Sie: gar nicht weit vom Fremdwort liegt, was Notwendigkeit des Erklärens anlangt, das Mundart-Wort. Nicht bloß um das einzelne Wort handelt sich's da. Auch Vorstellungen ließen in einer Gegend des deutschen Sprachgebiets einen Ausdruck sich bilden, der in einer anderen ganz unverständlich ist. In Österreich, wenn etwas verloren wird, gerät es in Verstoß, man legt eine Strecke nicht zurück, sondern hinterlegt sie, man geht nicht in die Luft, sondern auf die Luft. In der Schweiz schmeckt man an einer Blume, rührt einen Stuhl um, verzehrt sogar ein Kleid (d.h. man zerreißt es); und mit der Eisenbahn ... - als ich ein kleiner Junge war und zum erstenmal in die Schweiz zu einer Tante reisen durfte, sagte mir die Schweizer Tante, wir würden auf der Bundesbahn über den Gotthard reiten. Reiten! Welches Abenteuer! Wer beschreibt meine Enttäuschung, als man nachher genau so langweilig im Abteil sitzen mußte, wie zu Hause. Es hieß da nicht: andere Länder, andere Sitten, sondern bloß: andere Länder, anderer Wortgebrauch -! Also auch mit der Frage des mundartlichen Deutsch werden wir uns bei Gelegenheit beschäftigen und eine Stellung, eine gerechte Stellung dazu suchen. Denn die Mundart - die nichts weniger ist als eine verderbte Schriftsprache: man könnte eher fast das Gegenteil behaupten: die Schriftsprache sei verderbte Mundart, Abwendung vom Mutterboden des Ursprünglichen - die Mundart hat ihr gutes Recht, aber auch ihre Pflichten gegen die - wenn ich so sagen darf - gegen die Gesamtheit. Gegen die Gesamtheit des als gutes Deutsch, als hochdeutscher Sprachgebrauch nach Übereinkunft der besten Kenner Eingebürgerten. Und die Grenze des Mundartlichen, dort wo wir's bekämpfen müssen - die Grenze ist dort, wo die Verständlichkeit in Frage gestellt wird, wo Mißverständnisse (zum Teil groteske) entstehen und - das vor allem! - wo Feinheiten des Ausdrucks verwischt werden.

Damit sind wir beim Dritten.

Drittens nämlich - und das ist leider nicht zu umgehen - müssen wir auch - vom Leder ziehen. Wir erklären den heiligen Krieg gegen alle Verhunzung unseres Nationalheiligtums, der deutschen Sprache. Wir ziehen zu Felde gegen die Mächte der Finsternis, die da heißen: das Falsche, Hässliche, Geschmacklose, Hohle, Geschwollene; die heißen: Amts-, Kanzlei-, Papier-, Kaufmanns-, Zeitungs- Deutsch (oder -Undeutsch), das sich wie eine ew'ge Krankheit forterbt und aufs neue erzeugt. "Die Sprache ist die Scheide, in der das Messer des Geistes steckt", sagt Luther. Wir wollen Schrammen und Rost von dieser Scheide abpolieren, um das Messer scharf zu erhalten.

Wie soll das geschehen? Durch Beispiel und Gegenbeispiel. Irgendein Sprach-Monstrum, eine Stil-Missgeburt wird auf den Operationstisch gelegt, wir stellen seine ... haftigkeit fest; versuchen, was zu bessern ist, zu bessern. Wichtig wird dabei sein, natürlich, weniger an den Symptomen, an den einzelnen Erscheinungsformen des Leidens, herumzudoktern, als vielmehr jedesmal dem Grundübel auf die Spur zu kommen. Denn nicht nur gilt es, den Patienten als geheilt vorzustellen: auch Seuchenschutz, besonders der, tut not.

Die Beispiele werden nicht etwa zur Abschreckung gefunden und ausgetüftelt oder einer Stilblütensammlung oder dergleichen entnommen. Das haben wir, leider Gottes, nicht nötig. Den Stoff liefert das Leben, der Tag. Nur so wird auch die beabsichtigte Verekelungstaktik (Sie verstehen!) ausgiebig genug wirksam sein. Auch sonst übrigens wollen wir möglichst viel an sprachlich gerade Aktuelles anknüpfen und daraus zu lernen suchen; aus Gutem und aus Bösem.

Was kann ich Ihnen noch sagen über unsere Pläne. ? Richtig: wo sich's immer einrichten läßt, sollen Meister der deutschen Sprache mit ihren Ansichten über Sprache und Sprachpflege selbst zu Wort kommen, Sprachwissenschaftler, -Ästhetiker, -Kritiker, Sprachkünstler, die besten. Freilich nicht in Person - vielleicht sogar gelegentlich auch das - jedenfalls aber in ihrem Werk, aus dem Gedanken und Gedankengänge angezogen, Abschnitte vorgelesen werden sollen. Und unser System soll sein, kein System zu haben. Wie sich's für eine Plauderei gehört. Wenn wir dabei vom Hunderdsten ins Tausendste kommen - schadet nicht, wenn das Tausendste auch interessant ist. Vorbehalten möchte ich mir dabei, wo's nötig ist, den Zufall insgeheim doch ein bißchen zu lenken.

Zu alledem, zu dem meisten von alledem, brauche ich nun Hörer, Ihre Hilfe. Ihre Mitarbeit. Das heißt: mindestens wird es, wird unser Unternehmen an lebendiger Wirkung und - praktischem Nutzen gewinnen, wenn Sie daran mithelfen. Sie können es, indem Sie mir - Postkarte genügt - Kenntnis geben von Ihren sprachlichen Freuden und Leiden; von Zweifeln und Meinungsverschiedenheiten über Sprachrichtigkeit; von einem Satz, einer Wendung, die Ihnen besonders gefallen oder mißfallen hat, sprachliche Merkwürdigkeiten (Zeitungsausschnitte ... erwünscht).Schreiben Sie, wenn Sie auf eine Lücke Ihrer Kenntnis stoßen. Das macht gar nichts; die klügsten Leute, die gewiegtesten Fachleute bemerken oft eine Lücke in ihren Kenntnissen. Der Unterschied zu den weniger Klugen ist nur der: daß sie die Lücke eben bemerken! Beweisen Sie also Ihre Klugheit, indem Sie zugeben, nicht alles zu wissen: Wir suchen dann gemeinsam auszuhelfen.

Und schließlich: schimpfen Sie. Schimpfen Sie aus Leibeskräften, aus Geisteskräften, wenn Ihnen etwas nicht paßt von dem, was ich Ihnen im Lauf unserer viertelstündigen Unterhaltungen erzähle. Es gibt gerade in Einzelfragen der Sprache eine ganze Menge Punkte, über die man durchaus geteilter Meinung sein kann. Kampf ist der Vater aller Dinge, sagt Heraklit, der griechische Naturphilosoph; wobei er übrigens nicht, wie gewisse Erklärer zwischen 1914 und 19 18 ihn auszulegen liebten, den Gaskrieg oder andere Errungenschaften einer fortgeschrittenen Zivilisation im Auge gehabt hat. Kampf mit geistigen Waffen schafft Werte. Darum zücken Sie ruhig geistige Waffen, wenn Sie glauben, Grund dazu zu haben; aber vergessen Sie nicht, Ihre Gegenbeweise mitzubringen. So.

"Der Taten sind genung angekündigt", haben Sie sicher schon geseufzt, "nun laßt uns endlich - Worte sehn!"

Das soll geschehn, und zwar Donnerstag nächster Woche. Bis dahin auf Wiederhören.

II.

Benno Hubensteiner (1924-1984)

Seine Stärke und Schwäche zugleich war die kulturelle Ambition... Benno Hubensteiner stammte aus Niederbayern, aus der Holledau; im Dezember wurde er 60 Jahre. Nach dem Krieg studierte er in München Geschichte, Kunstgeschichte, deutsche und englische Literatur und Theaterwissenschaft. Noch als Student veröffentlichte er 1950 seine "Bayerische Geschichte", schrieb 1953 seine Dissertation über "die geistliche Stadt. Welt und Leben des Johann Franz Egger von Kapfingen, Fürstbischof von Freising". Seit 1951 arbeitete er auch für den Hörfunk des Bayerischen Rundfunks und wurde 1953 Redakteur. Einige seiner Sendungen und Reihen: "Bilder aus der bayerischen Geschichte", "Unbekanntes Bayern", "Diese unsere Welt". 1955 leitete er das Hörbild Inland, wurde dann aber 1956 mit der Vertretung des Lehrstuhle für Geschichte und Kunstgeschichte an der staatlichen philosophisch-theologischen Hochschule Passau beauftragt. Die Verbindung "zum Funk" riss auch dort nie ganz ab. Des vergessenen altmünchner "Simplicissimus"-Zeichners Johann Benedikt Engl nahm er sich in einer Veröffentlichung 1958 in humorvoller Weise an. Diese seine Neigung zum Essay wurde 1962 mit dem Poetentaler der im Münchner Isartor lesenden Turmschreiberrunde gewürdigt.

Als "gebildeter und kultivierter Kopf", dessen bayerischer, katholischer und kulturgeschichtlicher Hintergrund wichtiger war als der komplette Mangel an Fernseherfahrung, holte BR-Intendant Christian Wallenreiter ihn im April 1961 über Nacht auf den Direktorenstuhl des zweiten, später dritten bayerischen Fernsehprogramms. Der Aufbau eines neuen Fernsehprogramms wurde zu seiner schönsten, aber auch zu seiner leidvollsten Erfahrung. Er entwarf ein Kulturprogramm, das Bayern nicht als Winkel erscheinen lassen sollte. Ein Kulturprogramm, das nicht schulmeisterte, das von vornherein auf Zusammenarbeit angelegt war... Daß diese Verbindung nach seinem Weggang nicht genügend gepflegt wurde, hielt er für einen Fehler; schließlich wurde sie vom ZDF übernommen. (Gäbe es die 3-Sat-Schiene heute vielleicht als alpenländische Verbindung?)... Hubensteiner träumte den Traum eines Professors, den es - wie er sagte - in den "Funk" verschlagen hatte. Sein Ehrgeiz: jedes Programm zu kennen, das ausgestrahlt wurde... Menschlich unschöne Zeiten vor seinem Ausscheiden aus dem BR im Februar 1964 verdrängte er. Sein "weicher Punkt": das Management. Andere konnten das besser. Für seine "Bemühungen, neue Ziele zu setzen und die Wege zu ihnen zu finden" - wie Intendant Wallenreiter ihm schrieb - bekam er die Goldmedaille des Bayerischen Rundfunks. Als Ordinarius für Geschichte und Kunstgeschichte kehrte er nach Passau zurück; sah von dort aus ab September 1964 Programme im "Studienprogramm des Bayerischen Rundfunks", die er zum Teil noch initiiert, gekauft, produziert hatte. Benno Hubensteiners Wirken im BR markiert den Wendepunkt in der Fernsehgeschichte vom Experimentieren engagierter, leidenschaftlicher Publizisten, des relativ freien Verbundes ausgeprägter Individuen hin zum Management eines Apparates, der täglich, stündlich einen Massenkonsumartikel produzieren muß.
Seit 1973 war Benno Hubensteiner - als erster Laie - Ordinarius für bayerische Kirchengeschichte an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität München. Er starb am 4. Februar 1985 in München.

Rüdiger Steinmetz

(Aus: FERNSEH-INFORMATIONEN Nr. 3/Februar 1985)

III.

James Caesar Petrillo (1892-1984)

Geboren am 16. März 1892 in Chicago, spielte er mit 14 Jahren in einer eigenen Combo, genauer: er blies die Trompete. Mit 23 wurde er Präsident der kleinen unabhängigen Musikergewerkschaft American Musicians Union, wechselte 1918 zur großen American Federation of Musicians (AFM). Vier Jahre später war er schon Chef des Chicagoer Ortsvereins der AFM. 4o Jahre sollte er dieses Amt behalten, auch während seiner Zeit als Präsident der Gesamtgewerkschaft AFM von 194o bis 1958. Mitten im Zweiten Weltkrieg hielt er 27 Monate lang einen Streik der Musiker gegen die Schallplattenindustrie durch. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Franklin D. Roosevelt, konnte auch in persönlichen Vermittlungsgesprächen nur erreichen, daß wenigstens Platten für die Soldatensender des American Forces Network aufgenommen wurden. Natürlich gab es mit der Rundfunkindustrie ständig Konflikte. Petrillo setzte die Anstellung von Ersatzspielern bei Rundfunkorchestern durch. Doch eine bestimmte Quote zu fordern wurde der AFM 1946 durch das Lea-Gesetz, auch "Anti-Petrillo-Gesetz" genannt, untersagt. Als die Rundfunkgesellschaften immer häufiger zu Aufzeichnungen übergingen, forderte er Anstellungsgarantien für die Gewerkschaftsmusiker, eine echte Feather-bedding-Aktion. In den fünfziger Jahren, als die Fernsehgesellschaften die ersten Kinospielfilme in ihre Programme aufnahmen, schaltete sich Petrillo in die Verhandlungen über die Verwertungsrechte ein und sorgte dafür, daß die Filmmusiker nicht zu kurz kamen. James Caesar Petrillo starb am 23. Oktober 1984 in Chicago im Alter von 92 Jahren.

WBL

IV.

Berieselungsanlage - 5o Jahre The Muzak Corporation

Bisweilen verlieren Rundfunkprogramme Hörer; zuletzt passierte das dem WDR. Die Auslegung solcher durch Hörerforschung ermittelten Befunde geschieht gewöhnlich nach dem Schema: Haltet den Dieb. Gemeint ist dann der nächstliegende Randstaatensender oder - unter vorgehaltener Intendantenhand - die Anstalt eines benachbarten Bundeslandes. Die Gründe für solche Abwanderungen des oft jugendlichen und des ältlichen Teils der Hörerschaft beim eigenen Programmangebot zu suchen, mag wohl gedacht, aber nur ganz selten verwirklicht werden. Dabei ist vielleicht nur wieder einmal die Ausgewogenheit - nein, diesesmal nicht die politische, sondern die publizistische zwischen Wort und Musik, durch ein Überangebot an lockerer oder bedeutsamer Rede außer Kontrolle geraten. Schlimm genug, daß derlei Sorgen der Programmstrukturalisten nicht geringer werden, wenn erst die lokalen und die privaten, die privaten lokalen Sender gar, dazwischenfunken oder ins Kabel einspeisen dürfen: Viel Musik und wenig Worte - Neoradio. So sicher ist es heute schon nicht mehr, ob sich die historische deutsche Programmstruktur, fifty-fifty - Wort:Musik (grob gerechnet) erhalten oder ob den Nur-Wort und

Nur-Musik-Programmen die Zukunft gehören wird. Jeder ätzende Medienkulturkritiker weiß inzwischen, daß dies "amerikanische Verhältnisse" bedeuten würde, wo jene Programmtypen (formats) so alt sind wie das Medium. Selbst das Verteilsystem Kabel ist dort nichts Neues.

Der Chef der Nachrichtentruppe des amerikanischen Heeres im Ersten Weltkrieg, General George Owen Squier, brachte, ebenso wie der deutsche Nachrichtenoffizier Hans Bredow, eine Rundfunkidee mit nach Hause, genauer gesagt, eine Rundspruchidee. Er wollte freilich bestehende elektrische Leitungsnetze zur Verbreitung von Wort und Musik verwenden. Der von englischen und deutschen Postbeamten Anfang der zwanziger Jahre in den Vereinigten Staaten mit Entsetzen erlebten "Rundfunkverrücktheit (wireless craze)" setzte Squier das unerschütterliche Vertrauen des Nachrichtenoffiziers ins Kabel entgegen und gründete 1922 seine Firma "Wired Radio, Inc." zum Verkauf von Musik und Nachrichten im Abonnement. 1934 wurde umfirmiert und die Sache kam in Schwung: "The Muzak, Inc." hieß das Unternehmen jetzt. Der Name war aus einer Kombination des populären Markennamens "Kodak" mit dem Wort "Music" entstanden. Für monatlich 1,5o Dollar waren auf drei Kanälen Wort- und Musiksendungen zu hören. Aber bald war nur noch Musik im Angebot. Die Programmverteiler hatten ihr bis heute höchst einträgliches Rezept gefunden. Sie verkauften "Hintergrundmusik (base music)". Die Muzak-Leute ließen den Einfluß von U- und E-Musik auf menschliche Arbeitsleistung und auf tierisches Wachstum, auf das Einkaufsverhalten im Supermarkt und die Milcherträge bei Kühen untersuchen. Mit wohlklingenden Bezeichnungen wie "funktionelle Musik (functional music)" oder neuerdings "Umweltmusik (environmental music)" im Sortimentskatalog wird heute ein 8o-Millionen-Publikum in 19 Ländern mit rd. 5ooo Titeln - ausschließlich Instrumentales - versorgt. Muzak säuselt in Ministerien und Behörden, in Banken und Bussen, in Hotels und Restaurants, in Geschäften und Betriebsräumen, in Aufzügen und Telephonzellen, in der Apollo-Kapsel und in der Raumfähre. Tausend aktuelle Titel werden jährlich neu ins Programm aufgenommen. Die Sendungen werden von der Zentrale in Stamford, Conn. über Satellit zu den 18o Empfangsstationen im Land übertragen und von dort in die Kabelnetze eingespeist. Das Unternehmen, heute "The Muzak Corp.", gehört mittlerweile zur Westinghouse-Broadcasting-Gruppe und verdient rd. 15o Millionen Dollar im Jahr.

Winfried B. Lerg

V.

Branchentelephonbuch - Fachzeitschrift Neue Medien

Das Blatt für die gesamte Medienwirtschaft war fällig, und im vergangenen Sommer war es dann so weit. Unter dem unausweichlichen Titel "Neue Medien" wurde das Zeitschriftstück auf den fachpublizistischen Markt geworfen. Die Mischung aus "Broadcasting" und "Advertising Age" erscheint zweimonatlich und kostet 6o Mark das Stück. Der Imponierumfang der ersten Ausgabe von 274 Seiten konnte natürlich nicht gehalten werden. Nachdem die Lobeshymnen der Fachszene verklungen waren, wurde kräftig abgespeckt: Nummer 2 brachte 178 Seiten, Nummer 3 vom Januar 1985 nur noch

154 Seiten zwischen ihrem Hochglanzumschlag unter. Als sich Michael Wolf Thomas vom NDR beim Herausgeber fernschriftlich erkundigte, wem denn die Fachzeitschrift - sie nennt sich selbst gern ein "Branchenmagazin" - gehöre, schrieb dieser lakonisch zurück: "Dirk Manthey (mehrheitlich), Willi Bär, Jörg Altendorf, Ulrich Scheel, Elmar Biebl." Wahrscheinlich hätte vor 6o Jahren Friedrich Georg Knöpfke auf eine entsprechende Anfrage von Hans von Heister vom "Deutschen Rundfunk" auf die Frage, wem die "Funk-Stunde" gehöre, geantwortet: "Walter Vogelsang, Carl Roesler, Heinrich Pfeiffer, Hermann Mütschele, Richard Boedecker". Na und? - Le monopole est mort - vivent les monopoles!

Die amerikanische medien- und werbewirtschaftliche Fachpresse pflegt die Wettbewerbslust ihrer Leserschaft zu streicheln, indem sie faktenüberquellende, meist nach Umsätzen skalierte Ranglisten der "Größten" Medienunternehmen aufstellt. Das junge bundesdeutsche Blatt mochte da nichts falsch machen. So werden in Heft 3 vom Januar 1985 (S. 136-137) "Die größten Rundfunkanstalten der Welt" - drunter war es wohl nicht zu machen - vorgestellt. Abgesehen davon, daß nicht genau mitgeteilt wird, nach welcher Größenordnung ausgewählt worden ist, sind allenfalls vier der genannten 1o Rundfunkeinrichtungen einigermaßen gesellschaftlich kontrollierte Gesellschaften, die mit dem Begriff aus dem deutschen Verwaltungsrecht als "Anstalten" gelten können. Die übrigen sind privatrechtlich organisierte Gesellschaften staatlicher oder privater Eigentümer. Die aufgeführte ARD ist selbstverständlich keine Anstalt, und die mit der Rechtsform "privat" rubrizierte IBA ist dagegen tatsächlich so etwas wie eine Anstalt als öffentliche Aufsichtsbehörde über die privaten britischen Rundfunkgesellschaften. Einige Datengruppen der Übersicht wie Fernsehreichweiten oder Fernsehgerätezahlen und die Rundfunkverbreitung stehen gar nicht für die aufgeführte Rundfunkeinrichtung allein, sondern müssen auch für andere Rundfunkeinrichtungen im selben Land gelten; wenn dann für ein Land mehrere Rundfunkeinrichtungen verzeichnet sind, nennt die Übersicht zwar folgerichtig die gleichen Zahlen, aber einen besonderen statistischen Informationswert hat dieses simple Verfahren dann nicht mehr. Die unterschiedlichen Reichweiten von ABC, CBS und NBC - beispielsweise - aufzusuchen, war wohl nicht zu schaffen.

Eher etwas Anrührendes hat das einen Hauch von Historie anmutende Spiel, auch die Gründungsjahre der 1o Rundfunkgesellschaften anzugeben; es ging mit 8:2 verloren. Nur zwei der mitgeteilten Gründungsjahre sind zutreffend. Selbst das Gründungsjahr des ZDF ist falsch, wenn man, wie bei einer echten bundesdeutschen Anstalt geboten, das Datum des Staatsvertrags und nicht das der Programmeröffnung als zeitliches Bestimmungsmerkmal wählt.

In anderen Ranglisten wie "Die größten Pressekonzerne der Welt" gibt es Ungereimtheiten, aber auch in der Titelgeschichte von Heft 3/85 über Rupert Murdoch. Hier wie dort konnte das Blatt offenbar nicht mehr so aktuell sein, um den spektakulären Ausverkauf des großen amerikanischen Zeitschriftenverlags Ziff-Davis im November vorigen Jahres, eine der größten Transaktionen in der amerikanischen Verlagsgeschichte, noch zu verarbeiten. In der Murdoch-Geschichte wird sie gerade mit einem Satz erwähnt. Immerhin hatte William Ziff dem australischen Mulitmediär Murdoch 12 technische und Verkehrszeitschriften für 35o Millionen Dollar verkauft. Die zweite Portion aus dem Ziff-Paket, 12 Publikumszeitschriften (Zielgruppenzeitschriften), kaufte für

362,5 Millionen Dollar das Mehrmedienunternehmen CBS, Inc. - ein Medienmulti, den "Neue Medien" in der oben erwähnten Übersicht als "Rundfunkanstalt" ausweist, nur 'mal so.

Winfried B. Lerg

VI.

Neue Staatsröcke - Landesmediengesetze

Rundfunkhistoriker werden sich künftig schon bei der Studienberatung sagen lassen müssen, daß sie sich gründliche Kenntnisse des deutschen Verwaltungsrechts aneignen sollten. Zur Erforschung, beispielsweise, der rundfunkpolitischen Ereignisse im Bundesland Nordrhein-Westfalen im Januar und Februar 1985 wird es keineswegs genügen zu wissen, was im elektrotechnischen Sprachgebrauch ein "Schalter" ist; ("Ein Geräte zum willkürlichen oder selbsttätigen Verbinden oder Trennen von Stromkreisen". Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 16, S. 557). Selbst die an sich reizvollen Komposita (Dreh-, Kipp-, Druckknopf-, Zug-, Kreuz-, Hebel-, Befehls- oder Schutzschalter) dürften nur sehr unzureichende bildliche Ausdrücke sein für das, was unter der Bezeichnung "Vorschaltgesetz" in jenen Wochen bis in die abendlichen Fernsehnachrichten gelangte. Nein, hier ging es offenbar um eine juristische Prozedur der Verwaltungsgerichtsbarkeit, um das sogenannte Vorschaltverfahren, mit dem gewöhnlich die Zulässigkeit einer möglichen Klage festgestellt wird.

Wovon die Reichsländer bei der ersten Rundfunkordnung im Jahre 1926 nur träumen mochten und was sie bei der Neuordnung im Jahre 1932 nur am Saum erhaschen konnten, war der feudale Staatsrock, den die Nachkriegsländer dann 1948 und 1949 über ihre nagelneuen "Anstalten" geworfen haben. Ahnungsvoll hatte der Rechtswissenschaftler und juristische Publizist Eduard Heilfron - der Rundfunk war eben drei Monate alt - in der Berliner Tageszeitung "Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 23. Januar 1924 geschrieben:

> "Nun ist wieder ein neuer Abschnitt der Rechtsentwicklung zu verzeichnen: die Radioseuche ist über Amerika und England in Deutschland eingebrochen, das Kontagium hat tausende deutscher Staatsbürger erfaßt, und die Rechtswissenschaft sieht sich Problemen von ungeahnter Vielgestaltigkeit und Schwierigkeit gegenüber. Es hilft nichts, meine Herren Kollegen, Sie werden lernen müssen...; denn der kleine Apparat, mit dem Sie Rundfunk und Eiffelturm und die Konzerte in London und New York hören werden, wird sich als eine juristische Büchse der Pandora erweisen, der ungezählte, ungelöste Rechtsfragen entflattern werden."

Inzwischen war aber jener Staatsrock schon löchrig geworden, wiewohl ihn die bekanntermaßen in solchen Fragen meist sehr lernfähigen Rechtskundigen, ihn in all den Jahren immer wieder kunstvoll gestopft haben. Endlich haben sich die Hofschneider in den Staatskanzleien hingesetzt und nach den im parteipolitischen Handel wohlfeil angebotenen Schnittmustern ihren Ländern und Landesanstalten prächtige neue Kleider verpaßt. Allein im

vergangenen Jahr - die Zeitschrift "Media Perspektiven" kam mit ihrer Dokumentation nicht mehr nach und mußte zwei Sonderhefte einschieben - wurde in den Bundesländern ein rundes Dutzend neuer Mediengesetzentwürfe vorgelegt, jeden Monat einer, statistisch gesehen. Eduard Heilfron hat das schon 1924 richtig beobachtet:

> "Aber schließlich werden wir Juristen diese unbequemen Fragen nicht nur stellen, sondern leider auch beantworten müssen, und zwar, wenn möglich, richtig. Denn: 'Zum Rundfunk drängt, am Radio hängt doch alles - ach, wir Armen'!"

Winfried B. Lerg

Der Abdruck von Referaten der 15. Jahrestagung in Berlin (28./29. September 1984) wird im folgenden mit den Beiträgen von Wilhelm Treue, Hans Bohrmann und Gerd Albrecht fortgesetzt und abgeschlossen.

Wilhelm Treue
BERLIN-CHARLOTTENBURG, MASUREN-ALLEE
Das Haus des Rundfunks

Alle deutschen Rundfunkanstalten haben ihren Betrieb in Räumen begonnen, die nicht für sie gebaut worden waren. Das fing an mit der Funkstunde Berlin im Oktober 1923 und war im Jahre 1924 nicht anders beim Mitteldeutschen Rundfunk, bei der Deutschen Stunde in Bayern, beim Südwestdeutschen Rundfunkdienst, beim Nordischen und beim Süddeutschen Rundfunk, bei der Schlesischen Funkstunde, beim Ostmarken-Rundfunk und ebensowenig bei der ein Jahr nach der Funkstunde Berlin im Oktober 1924 zuletzt an die Öffentlichkeit getretenen Gesellschaft, der Westdeutschen Funkstunde - auch nicht, als diese weitere zwei Jahre später von Münster nach Köln übersiedeln konnte.

In Berlin begann der Rundfunk in einem Bürohaus auf dem Grundstück Potsdamer Straße 4. Beim Potsdamer Platz gelegen, war es 19o7/o8 anstelle eines 19o6 abgerissenen dreigeschossigen Wohnhauses errichtet worden. Das Haus hatte eine für seine geographische Lage typische Geschichte, als der Rundfunk einzog: Es war erst Wohnhaus, dann Bürohaus und erhielt 19o8 eine zusätzliche Etage für eine Rechtsanwaltspraxis, was den Hof so dunkel machte, daß die unteren Räume kein Tageslicht mehr bekamen. Es folgte ein Umbau der obersten Etage zu einem Photo-Atelier, 1912 der Verkauf und Umbau des Erdgeschosses und der ersten Etage in eine Konditorei, aus der bald ein Weinrestaurant mit Bar und der Tanzhalle "Simplizissimus" wurde, das 192o einging. 1913 erfolgte der nächste Umbau des Dachgeschosses. 192o verkaufte der Besitzer Hugo Zadek das Haus an die "Frieden"-Grundstücks-Gesellschaft, deren Generaldirektor Dr. Walter Vogelsang, ein Landwirtschaftsfachmann aus Leipzig, soeben die Leitung des Vox-Konzerns für die Herstellung von Sprechmaschinen übernommen hatte. Seine engsten Mitarbeiter waren Dr. Kurt Magnus und Friedrich Knöpfke. Der Besitzer des Konzerns war der durch Diamantenfunde in Deutsch-Südwest-Afrika sehr reich gewordene und nun als Spekulant ein paar Jahre noch reicher werdende August Stauch. 1921 wurde die Restaurant-Etage in Geschäftsräume der Vox-GembH umgebaut; 1921 wurden zwei Antennenmaste errichtet, 1922 das vierte Geschoß für einen Ton-Aufnahmekomplex ausgebaut, Anfang 1923 der Einbau eines Hörfunk-Sendebetriebes vorgenommen: Die Funkstunde Berlin zog als Mieterin ein. In den Jahren 1924 und 1925 wurden für Produktions- und Sendezwecke das vierte und das Dachgeschoß umgebaut. Am 12. März 1927 verkaufte die "Frieden"-GmbH das Haus an die Vox-GmbH. Drei Monate später erwarben von dieser am 28. Juli 1927 die Reichs-Rundfunk GmbH und die Funkstunde AG das Haus für 1 937 ooo RM, also für rund 2 Millionen.

Der Berliner Rundfunk arbeitete also nun, mehr als vier Jahre nach seiner ersten Sendung, in einem eigenen Hause. Aber er benutzte nur das vierte Ober- und das Dachgeschoß, die jedoch nicht den Arbeiten angemessen angelegt und eingerichtet waren, welche darin erledigt werden mußten. Immerhin umfaßte das Programm täglich etwa zehn Stunden. Inzwischen war der Rundfunk in eine neue Phase hineingewachsen, da alle Gesellschaften sogenannte Großsender errichtetet hatten. Diese brauchten für die

mit deren Betrieb verbundene Tätigkeit arbeitsgerechte Räume, d.h., sie mußten Häuser erhalten, die für ihre Zwecke errichtet wurden. Damit gerieten sie auch in eine neue finanzielle Größenordnung sowohl bei den Betriebskosten wie bei den Einnahmen aus den Rundfunkgebühren.

Im Rundfunk-Jahrbuch 1932 faßte ein Bericht mit dem Titel "Neue Rundfunkhäuser, neue künstlerische Möglichkeiten" zusammen, was in dieser Hinsicht geleistet worden war: "Der Gedanke eigener Rundfunkhäuser ist inzwischen von vier deutschen Rundfunk-Gesellschaften verwirklicht worden. Den Beginn machte München schon am 3o. Juni 1929". In dem Bericht heißt es ausdrücklich, das Münchener Funkhaus habe einen "großen Senderaum", der "nach längeren Erfahrungen der früheren Zeiten eigens nach funkischen Bedürfnissen" ausgeführt worden sei. In Hamburg wurde 1928 die Engelbrecht'sche Villa auf einem großen Grundstück in der Rothenbaum-Chaussee erst gemietet und 1929 erworben. Sofort ging man an den Bau eines Funkhauses, das 1931 seiner Bestimmung übergeben wurde, wobei man von einer Ähnlichkeit der Innenarchitektur mit der von Ozeanschiffen sprach. Entsprechendes geschah in Frankfurt, wo man "störendes Hin- und Herwerfen des Schalles" durch "schwingungsfähige Platten" verhinderte und so eine gute "Hörsamkeit" der Räume erreichte.

Zuletzt erhielt die Funkstunde Berlin ein neues Haus. Eigenartiges ereignete sich dort in den Jahren von 1927 bis 1929. Als der Rundfunk im Sommer 1927 das Vox-Haus kaufte, wußten sowohl Bredow wie Magnus, der gleichzeitig sowohl beim Verkäufer Vox-Konzern als auch beim Käufer Rundfunk tätig war, wie schließlich auch die Berliner Baubehörde, daß man in der Potsdamer Straße 4 nicht mehr lange bleiben würde. Es geschah nämlich zweierlei: Ende 1927 begannen in der Potsdamer Straße 4 erhebliche Umbauten im Erdgeschoß, das von der Vox-AG geräumt wurde. Man schuf ein großes saalartiges Studio, das vom Vordergebäude weit in das zweite Hintergebäude hineinreichte und den technischen Forderungen des Chefingenieurs der RRG, Walter Schäffer, entsprach. So entstand also ein zweites Studio mit vielseitigen Akustik-Einrichtungen, dessen eine Nische wegen der beweglich aufgehängten Vorhangbahnen unter dem Namen "Schäffersches Zelt" in die Technikgeschichte des Rundfunks eingegangen ist - auch in der Masuren-Allee. Zu diesem Studio gehörten technisch weit entwickelte Räume mit Anlagen für Geräuscherzeugung, für Hall usw., wie man sie z.B. bei Hörspielen brauchte. In Alfred Braun, einem gelernten und bereits vor der Gründung der Funkstunde populären Schauspieler, besaß der Rundfunk einen der technischen Entwicklung kongenialen Organisator von Schauspiel- und Opern-Wiedergaben.

Karl Hermann Zehm hat das alles in seiner Geschichte des Vox-Hauses ebenso sorgfältig wie ausführlich dargestellt. Aber wie man zu diesen technischen Kenntnissen gelangte, welche Erfahrungen man mit ihnen machte und wieweit man sie mitnahm in die viel größeren Verhältnisse der Masuren-Allee - das hat er leider nicht mehr untersucht. Er hat diesen Umbau des Erdgeschosses des Vox-Hauses, der im Jahre 1928 stattfand, als "die Schaffung eines modernen Hörspiel-Komplexes" bezeichnet.

Wenn es also auch im Vox-Haus von Anfang an eng gewesen ist und schließlich sehr eng geworden sein mag - die funktechnische Qualität der Sendungen ist stets vorzüglich gewesen. Heinrich Brunswig, der beste Kenner dieser Seite der Rundfunkgeschichte, hat den "großzügigen Umbau" des fünften Stockwerkes hervorgehoben und die Aufnahmeanlagen im großen Raum darin als "für die damalige Zeit sehr modern" bezeichnet. Er hat die weitere technische Entwicklung 1926/27, die Verbesserung der Mikrophone, die Beseitigung des Nachhalls und die Inbetriebnahme des dritten Aufnahmeraumes im Sommer 1928 beschrieben und schließlich eine Feststellung gemacht, die ich bei keinem anderen Autor gefunden habe: "Seit Sommer 1929 wurde aushilfsweise auch ein großer, 23,65 m langer und 13,7o m breiter Konzertsaal im Hause Potsdamer Straße 9 mitbenutzt."

Die beiden Vox-Direktoren Magnus und Knöpfke, die also zugleich nächst Bredow die entscheidenden Männer beim Rundfunk waren, leiteten einerseits den Auszug von Vox, andererseits den Umbau für den Rundfunk, der nun in der Potsdamer Straße seinen qualitativen Höhepunkt erreichte, und wußten doch bereits seit 1927, daß man dort nicht mehr lange arbeiten würde. Denn seitdem im Jahre 1924 in Witzleben eine Funkhalle gebaut worden war, entwickelte sich dort ein zweiter Rundfunkschwerpunkt. Zwischen dem 8. November 1924 und dem 15. April 1925 errichtete man den Rundfunksender Witzleben, der die beiden Sender Vox-Haus und Berlin II am Magdeburger Platz ablösen sollte und, auf isolierenden Porzellankörpern der KPM stehend, im Frühjahr 1926 fertig eingerichtet war. Am 3. September 1926 wurde er in Betrieb genommen. Technisch bedeutete er, wie Jürgen Dobberke meint, nicht den erwarteten Erfolg.

Anfang 1928 äußerten die Städtebauer des Magistrats Ludwig Hoffmann und Martin Wagner die Absicht, in Witzleben eine sogenannte "Funkstadt" anzulegen. Zu dieser Zeit legte die städtische Bauverwaltung der RRG und der Funkstunde, die eben den teueren Umbau in der Potsdamer Straße abschlossen, den Kauf des dreieckigen Geländes Soorstraße, Bredtschneiderstraße, heutige Masuren-Allee nahe und gab deutlich zu erkennen, daß sie weitere Veränderungen in der Potsdamer Straße durch ein neues Geschoß oder Anbauten nicht gestatten würde. Ja, die Ungereimtheiten gehen noch weiter. Während der Rundfunk die kostspieligen Bauarbeiten in der Potsdamer Straße ausführen ließ, verhandelte er gleichzeitig seit 1927 nicht nur mit den genannten Stadtplanern über den Kauf des Geländes in Witzleben, sondern sogar auch schon mit Professor Hans Poelzig wegen eines umfassenden Konzepts für die Funkstadt Witzleben mit einem Funkhaus als Mittelpunkt. Und während man mit Poelzig verhandelte, schrieben - anscheinend gemeinsam - die Stadt Berlin und der Rundfunk einen Wettbewerb aus, zu dem sie am 3. Januar 1929 die Architektenfirmen Bonatz/Scholer, Stuttgart, Riemerschmid, München,und Poelzig einluden. Bonatz, Scholer und Riemerschmid haben sich tatsächlich daran beteiligt und sehr attraktive Entwürfe vorgelegt. Sie haben also anscheinend nicht gewußt, daß sie nur Strohmänner waren und man sich bereits für Poelzig entschieden hatte. Poelzig selber soll sogar, wie Fritz Lothar Büttner schreibt, die Ausschreibung des Wettbewerbs angeregt haben, bei dem die eingereichten Entwürfe honoriert wurden. Den Architekten war ein Raumprogramm aufgegeben worden, das u.a.

zwei große Sendesäle, einige kleinere Studios, Probenräume und möglichst viele Büros in maximal drei Geschossen forderte.

Poelzig "gewann" den "Wettbwerb" mit einem ersten Entwurf in Verbindung mit einer projektierten Kongresshalle; er sprach von dem "monumentalen Charakter", den sein Haus erhalten sollte. Dieser Entwurf sah eine Gartenanlage von nicht weniger als 2500 m^2 vor. Nach der Auftragserteilung verlangten jedoch die Bauherren eine stärkere Ausnutzung der Baufläche und drei statt zwei Sendesäle, einen großen und zwei mittelgroße. Poelzigs Mitarbeiter stellten einen zweiten Entwurf her; er selber legte den dritten, endgültigen vor. Mit diesem erhielt er am 2o. März 1929 den Auftrag für das Funkhaus an der Masuren-Allee. Er und seine Auftraggeber, also die Stadt und der Berliner Rundfunk, arbeiteten für heutige Verhältnisse unvorstellbar schnell. Poelzig hatte noch nie für eine Rundfunkgesellschaft gearbeitet, interessierte sich allerdings sehr für die technische und künstlerische Seite des Rundfunks. Doch wußte er Ende 1928 noch nicht, was in einem "Haus des Rundfunks" enthalten sein mußte. Und doch fertigte er zwischen der Ausschreibung am 3. Januar 1929 und der Grundsteinlegung am 29. Mai 1929, also in weniger als fünf Monaten, zunächst vor dem 2o. März einen Entwurf an,der von den Auftraggebern durchgearbeitet wurde, besprach mit diesen ihre Wünsche bzw. Auflagen, legte einen zweiten und einen dritten Entwurf vor, die wiederum durchdiskutiert und verändert wurden, erhielt schließlich die Zustimmung der Bauherren, danach von der Baubehörde die Baugenehmigung und war am 28. Mai mit den Vorarbeiten soweit fertig, daß am folgenden Tage der Grundstein gelegt werden konnte.

In der Potsdamer Straße wurde nun zwar nicht mehr ein- und umgebaut, aber bis Anfang 1931 in wachsendem Umfange und auf hohem Niveau weiter produziert und gesendet. Und zwar waren dort RRG und "Funkstunde" seit Anfang 1929 nur noch Mieter des Hauses; denn um den Kauf des Grundstücks an der Masuren-Allee und den Bau des neuen Hauses finanzieren zu können, verkauften sie Anfang 1929 das Haus Potsdamer Straße 4 an die wohl der Stadt gehörende oder ihr nahestehende "Berolina"-Grundstücks AG für 2 55o ooo RM, also mit einem Gewinn von 623 ooo RM, d.h. fast einem Drittel des Kaufpreises von 1927. Das waren sichtlich die letzten 15 Monate der "Goldenen Zwanziger". 1931 wurde das große Studio von 1928 in der Potsdamer Straße in ein Kino verwandelt - das Haus interessiert uns nun nicht weiter. Über Poelzig und seine Entwürfe sei hier zunächst nur aus der Biographie, die Theodor Heuß zwischen dessen Tod im Jahre 1936 und Ende 1938 geschrieben hat und die 1947 in zweiter Auflage erschienen ist, festgehalten, daß er bereits seit Jahren für und in Berlin arbeitete. Zwar hatte Poelzig nicht den Umbau der Schinkelschen Hauptwache durchführen können, auch mit seinen Entwürfen für das Berliner Sportforum von 1926 und mit der Gesamtkonzeption für das Messegelände hatte er nicht viel Glück gehabt - erst, wie Heuß meint, "wegen des ziemlich chaotischen Zustandes der damaligen Berliner Stadtverwaltung", später wegen der beginnenden Wirtschaftskrisis. Jetzt aber erhielt Poelzig, der einige Monate zuvor den Wettbewerb um das Frankfurter Verwaltungsgebäude der IG-Farbenindustrie gewonnen hatte, in seinem 6o. Lebensjahr den Auftrag, ein Haus des Rundfunks zu bauen, ein Haus, für das es in Deutschland kaum eine Anregung gab.

Vier Grundbedingungen waren dafür vorgegeben. Erstens das dreieckige Baugrundstück. Zweitens scheint von vornherein im Gesamtzusammenhang des Messe-Geländes festgestanden zu haben, daß die Front des Hauses an der Masuren-Allee liegen sollte. Drittens: Das Berliner "Haus des Rundfunks" mußte in bezug auf die Ausmaße - 14 359 m² zum Preise von RM 150 je m², also 2,153 Mio RM - und auf die Zahl der Sendesäle und Büros von vornherein das größte Funkhaus in Deutschland werden. Nicht, weil Berlin Reichshauptstadt war, sondern weil das Haus die "Funkstunde" als erste und die "Deutsche Welle" als zehnte deutsche Rundfunkgesellschaft sowie die RRG mit ihren ständig wachsenden zentralen Aufgaben beherbergen sollte. Denn, so hieß es im Bericht der RRG für das Jahr 1929, in dem auch der Grundriß des neuen Funkhauses abgebildet wurde: "Die RRG muß Wert darauf legen, die räumliche Nachbarschaft zur Berliner Funkstunde auch in Zukunft aufrechtzuerhalten". Die Unterbringung dieser drei Komplexe, von denen zwei Programme machen, senden und Vorträge und Konzerte für große Mengen von Besuchern veranstalten sollten, war nicht einfach. Aus diesem letzten Grunde sollte der Neubau, wie Bredow bei der Grundsteinlegung sagte, nicht nur ein Haus des Rundfunks werden, sondern auch ein Haus der Rundfunkhörer. Der Saal I sollte zum Beispiel mehr als 1ooo Hörern sowie einem großen Orchester in Bequemlichkeit und Großzügigkeit Platz bieten können. Viertens hatte Poelzig ja noch nie für den Rundfunk gearbeitet. Nun entschieden sich der Rundfunkkommissar Bredow, Mitglieder des Verwaltungsrates der RRG und Direktoren der beiden Gesellschaften sowie Sachverständige des Reichspostministeriums und des Preußischen Finanzministeriums, diesem Architekten den Vorzug zu geben und ihn mit der Bearbeitung des Bauvorhabens zu beauftragen. Im Bericht der RRG für das Jahr 1929 heißt es als Begründung dafür: "Maßgeblich für diese Entscheidung war der Umstand, daß nach dem mündlichen Gutachten der Sachverständigen der Poelzig'sche Entwurf den klarsten Grundriß und größte räumliche Zusammenfassung aufweist." "Klarster Grundriß", das kann man sich vorstellen, "größte räumliche Zusammenfassung" weniger, denn die Entwürfe von Bonatz und Scholer, die erhalten geblieben sind und natürlich gleichfalls von der vorgegebenen Form des Grundstücks bestimmt wurden, vermitteln nicht weniger, eher mehr den Eindruck eleganter Geschlossenheit, und Ähnliches gilt für den Entwurf von Riemerschmid. Aber diese beiden angeblichen Vorzüge bei Poelzig bildeten auch nur die eine Hälfte der Ursache dafür, daß er beauftragt wurde. Die andere hieß: "Mit der Wahl Professor Poelzigs wurde auch einem Wunsch der Stadt Berlin Rechnung getragen. Die Stadt Berlin hatte eine Betrauung Poelzigs gewünscht, weil auch die Gestaltung der gesamten Bauten auf dem Berliner Messegelände Professor Poelzig übertragen worden ist."

Nun verstand aber Poelzig praktisch nichts vom Rundfunk. Auch hatten RRG und "Funkstunde" zwar viele bau- und rundfunktechnische Erfahrungen gesammelt, und Direktor Schäffer galt als ein ausnehmend tüchtiger Akustiker. Aber beide Gesellschaften besaßen keine eigenen Bauverwaltungen und keine Erfahrung im Bau großer Häuser. Infolgedessen beauftragte man die "Deutsche Land- und Bau-Gesellschaft zu Berlin", eine Reichsgesellschaft, von deren Stammkapital sich 75 Prozent in den Händen des Deutschen Reiches und 25 Prozent in denen der Reichs-Kredit-Gesellschaft befanden, die Interessen der "Bauunternehmer", d.h. der Bauher-

ren, dem Architekten und den zahlreichen Bau- und Lieferfirmen gegenüber wahrzunehmen. Diese Gesellschaft erhielt die Aufgabe, sämtliche technischen Vorarbeiten durchzuführen, bei den Bauentwürfen mitzuwirken, alle erforderlichen Baubeschreibungen, Massenberechnungen und Kostenanschläge anzufertigen, sämtliche Bauarbeiten auszuschreiben und zu vergeben sowie die Arbeiten sachgemäß zu überwachen. Auch stellte das Reichspostministerium einen sachverständigen Ministerialrat zur Verfügung. Auf diese Weise ging es schnell voran: Am 29. Mai 1929 fand die Grundsteinlegung des Neubaues statt. In der gleichen Woche wurde mit den Ausschachtungsarbeiten, Anfang August mit dem eigentlichen Bau begonnen. Der Rohbau konnte in vier Monaten hochgeführt werden, so daß am 3o. November 1929 gerichtet wurde. Ende 1929 wurde bereits am inneren Ausbau der Randbauten sowie an den Fundamentierungs- und Isolierungsarbeiten der Saalbauten gearbeitet. Vorgesehen waren im Keller Heizungs-, Stark- und Schwachstrom-Anlagen, Lagerräume und zwei kleine Wohnungen. Das Erdgeschoß und das erste Obergeschoß nahmen den Verwaltungs- und Programmbetrieb der Funkstunde sowie den Rundfunkkommissar auf 1). Das zweite Obergeschoß bewohnte in der westlichen Seite die "Deutsche Welle", in der östlichen die RRG, die auch das dritte Obergeschoß erhielt - und zwar seinen westlichen Teil für die Betriebstechnik, seinen östlichen für Programmausschuß, Archiv und Büro. Das vierte Obergeschoß war nur an zwei Seiten vorhanden und für Kantine und Museum vorgesehen.

Betrachtet man diese Raumverteilung der Außenbauten, dann wurde das Gebäude weit mehr ein Haus der RRG als ein solches des Rundfunks oder gar der Rundfunkhörer. Bei der Grundsteinlegung am 29. Mai 1929 hieß es, das Haus möge "den Funken zur Liebe, zum Wahren, zum Großen, zum Schönen" ausstrahlen und "dem Einzelnen, dem Volke, der Menschheit" dienen. Später, während der Bauzeit, ist der Grundstein aufgebrochen und die in ihm liegende Kassette mit Urkunden gestohlen worden. Das Berliner Haus des Rundfunks hat also keinen Grundstein. In der Bauzeit von 19 Monaten standen Poelzig persönlich neben den genannten Gesellschaften und Personen neun Mitarbeiter zur Verfügung, von denen die meisten später angesehene Positionen in West- und Ostdeutschland erreichten. Von Seiten der Bauherren waren für die rundfunktechnische Einrichtung ständig der Chefingenieur der RRG, Walter Schäffer, der sich nach dem 3o. Januar 1933 das Leben nahm, und fünf weitere Ingenieure tätig. Die Baupolizei beschäftigte sich offenbar sehr genau mit Poelzigs neun Dispensgesuchen in Bezug auf Höhe, Fluchtlinien, umbauten Raum und Türen und stellte ihrerseits 29 Bedingungen hauptsächlich in Fragen der Raumnutzung, der sechs Treppenhäuser und der Eisenkonstruktionen. Ende 1929 war der Innenausbau des Hauptgebäudes abgeschlossen. Nun konnte der gesamte Sende- und Verwaltungsbetrieb von der Potsdamer Straße in die Masuren-Allee überführt werden. Der Bau kostete 4,7 Mio RM, das heißt je m^3 3o RM.

---

1) An dieser Stelle sei noch einmal auf Brunswigs Aufsatz über die Technik der Berliner Rundfunksender 1923-1945 in der Zeitschrift "Technikgeschichte" 1973 hingewiesen. Er enthält detaillierte Angaben über die Aufnahmeräume, die Mikrophone, die Verstärkeranlagen und die verschiedenen Sender seit dem 2. Oktober 1923.

Will man das fertiggestellte Haus des Rundfunks beurteilen, dann muß man wohl von zwei Gesichtspunkten ausgehen: vom technischen und vom architektonischen. Im Geschäftsbericht der Berliner Funkstunde für 1930 heißt es etwas umständlich: "Die in dem neuen Haus des Rundfunks verwirklichten neuzeitlichen Errungenschaften und Erkenntnisse auf raumakustischem und technischem Gebiet setzen die Gesellschaft in den Stand, ihre in der Durchführung einer zeitgemäßen, den Wünschen der Hörerschaft Rechnung tragenden, des hauptstädtischen Senders würdigen Programmgestaltung liegende Aufgabe zu verwirklichen." Die "Deutsche Welle" hat sich in ihren Geschäftsberichten niemals über ihr neues Domizil geäußert. Dagegen ist jener bereits zitierte Aufsatz im Rundfunk-Jahrbuch aus dem Jahre 1932 gerade auf die rundfunktechnische Einrichtung des Neubaues recht ausführlich eingegangen. Er unterschied den sogenannten Randbau, der die Arbeitsräume aufnahm, vom "Senderaumkomplex", den der Randbau einschloß, mit dem großen Sendesaal, dem Saal I, in der Mitte. Dieser Raum befand sich 1931 noch im Rohbau, denn sein Ausbau "wurde vorläufig zurückgestellt, weil die Erfahrungen mit den anderen Sendesälen für den Innenausbau dieses Riesenraumes mit verwendet werden sollen. Die bemerkenswerten Abmessungen des großen Raumes ergeben sich einmal aus dem Wunsch, für Versuchszwecke einen Rauminhalt zur Verfügung zu haben, wie es den Verhältnissen in großen Konzertsälen mit anerkannt guter Akustik entspricht." Man wolle, der Ausschreibung entsprechend, ein großes Orchester und mehr als tausend Besucher akustisch optimal unterbringen. Weiter heißt es: "Durch Höfe von diesem größten Mittelsaal getrennt, befinden sich rechts und links zwei Senderäume, die gleiche Größe und Gestalt aufweisen. Von ihnen ist Saal II in erster Linie Hörspielzwecken vorbehalten, während im Saal III die größeren musikalischen Darbietungen stattfinden." Der große Sendesaal hatte 1750 m^2, die beiden kleinen Säle je 590 m^2 Grundfläche. Damit nahm der große Sendesaal etwa 10 Prozent der endgültigen Fläche des Baugrundes mit 17 700 m^2 ein, von denen allerdings nur 7 180 m^2 bebaut werden durften, aber mit nachträglicher Erlaubnis 7 600 bebaut wurden. Die ursprüngliche Baufläche wurde nämlich 1932 um 3 500 m^2 Baugrund und 1 000 m^2 bebaute Fläche erweitert. Der gesamte umbaute Raum betrug vor dieser Erweiterung 150 000 m^3. Der Frontbau ist 156 m lang und 20 1/2 m hoch, die Randbauten sind je 131 m lang, woraus sich insgesamt 418 m Außenmauern ergeben.

Inwieweit bei allen diesen Planungen und Arbeiten Poelzig beteiligt war, wurde in keinem Bericht gesagt, doch hieß es deutlich genug: "Bei dem inneren Ausbau dieser Aufnahmeräume ist unter bewußter Hintansetzung des rein optischen Eindrucks so vorgegangen worden, daß rein akustisch die bestmögliche Lösung angestrebt wurde, und zwar auf dem physikalisch durchsichtigsten Wege und mit möglichst wenig schwierigen Mitteln." Für beide Säle II und III, die 25 m lang und 7 m hoch waren und eine mittlere Breite von 13 m hatten, wurde ein trapezförmiger Grundriß gewählt - ausdrücklich so ähnlich wie in Frankfurt. Man unterschied "streng" zwischen der "Reflexwand", die zur "Erhöhung ihrer Rückwurffähigkeit teilweise mit polierten Marmorplatten belegt wurde", und der "Absorptionswand". Die Längswände wurden mit Vorrichtungen zur Änderung der "Dämpfungsverhältnisse" mit "türähnlichen umlegbaren Feldern" mit glatter Holzoberfläche versehen bzw. mit schallschluckendem fasrigem Stoff bekleidet. So konnte man sich auf die Größe der Schallquellen, die Anzahl

der Personen, die Aufstellung der Künstler und des Musiksystems bei Musik und Hörspiel so gut einstellen, wie es in der Potsdamer Straße nicht möglich gewesen und wohl auch nicht in anderen neuen Funkhäusern erreicht worden war.

Das alles war die Aufgabe der Techniker und Akustiker, die, wie üblich, nirgendwo in den offiziellen Berichten namentlich erwähnt worden sind. Poelzig gestaltete, dem dreieckigen Bauplatz entsprechend, die Form des Hauses und gemeinsam mit den Bauherren die Ausfüllung des großen Hofraumes. Zweifellos haben dabei Rundfunkkommissar, RRG, "Funkstunde" und Deutsche Welle ihre Forderungen angemeldet und mehr oder weniger durchgesetzt. Dem Rundfunkkommissar mußten z.B. natürlich repräsentative Räume in der ersten Etage eingeräumt werden. Für die Kantine blieb aller Vernunft in Bezug auf Leitungen, Materialtransporte usw. zuwider nur das oberste Geschoß übrig. Der Messe- und Ausstellungsbesucher, der Passant beurteilte das Haus des Rundfunks zunächst einmal und gewöhnlich ausschließlich von außen, nur die Fassade. Diese war für ihn identisch mit dem Haus des Rundfunks, mit einem Poelzig-Bau.

Was die Bewährung des vom 19. bis 21. Januar 1931 bezogenen, am 22. Januar eingeweihten Baues anbetrifft, so hat Büttner betont, Poelzig, "der am Funk als einer neuen, bisher ungeahnten Möglichkeit der Raumeroberung stark interessiert gewesen ist", habe seine Aufgabe "glänzend, ganz im Stil eines genialen Baumeisters" gelöst. Das Haus des Rundfunks habe "sich in jeder Weise bei Sende- und Bürobetrieb bewährt und gilt heute noch besonders wegen der Plazierung des Studio-Komplexes in der abgeschirmten Mitte als vorbildliche Anlage". Es seien niemals Umbauten nötig gewesen, die auf Schwächen oder Fehlern von Poelzig beruhten, sondern nur solche, die sich aus den technischen Entwicklungen ergaben. Das aber war natürlich vorauszusehen gewesen und geradezu eingeplant worden. Jener Aufsatz aus dem Jahre 1932 schloß mit den Sätzen: "Diese Dinge sind noch im Werden und erfordern Versuchsräume, in denen die Möglichkeit besteht, ohne Rücksicht auf die optische Wirkung die akustischen Möglichkeiten zu studieren und das Klangbild den künstlerischen Absichten anzunähern. Nach Erreichung dieses Zustandes setzt wieder ein neues technisches Arbeiten ein mit dem Ziel, die physikalischen Bestimmungsgrößen der vorhandenen akustischen Verhältnisse zu erforschen, um daraus Regeln für zukünftige Fälle ableiten zu können. Nur in rundfunkeigenen Senderäumen ist die Durchführung derartiger systematischer Arbeiten möglich. Die Räume des neuen Hauses, mit denen die Künstler allmählich schon vertraut geworden sind, werden Mittelpunkt dieser künstlerischen und technischen Bemühungen zum Besten des gesamten Rundfunks sein." Soweit diese Darstellung in einer RRG-nahen Zeitschrift. Bei AEG, Siemens, Lorenz und anderen privatkapitalistischen Unternehmen wird man der Behauptung widersprochen haben, daß man "nur in rundfunkeigenen Senderäumen", das heißt in einem staatsnahen Milieu "systematisch" Rundfunkforschung und -erprobung treiben könne.

Ich glaube, auch der Nicht-Kunsthistoriker kann soweit gehen zu sagen, der Weg des Architekten Poelzig bis zum Jahre 1928 konnte zumindest zu einer solchen Fassade, zu einem solchen Baukörper auf vorgegebenem Baugrund führen. Er hätte wohl auch in

eine andere Richtung führen können, aber die gewählte, das schließlich fertiggestellte Haus des Rundfunks bildet poelzig-historisch keine Überraschung. Ich für meine Person, und ich bin immerhin Berliner, möchte noch einen Schritt weitergehen und leise sagen: Einen überraschenden Höhepunkt seiner Entwürfe und Bauten bildet dieses Werk Poelzigs für mich nicht. Aber ich weiß: Es ist wie die Siegessäule, der Reichstag, die Staatsbibliothek oder der Gropiusbau des Kunstgewerbemuseums ein Wahrzeichen West-Berlins, und an Wahrzeichen darf man nicht herummäkeln. Theodor Heuss, der 1947 auch als Politiker bei seinem Urteil als Kulturhistoriker von 1938 blieb, hat sich mit dem Bau in der Masuren-Allee schwergetan. Wenige Seiten vor dem Schluß der Biographie, in der er alle Architekten-Stationen von Poelzig betont verständnisvoll dargestellt hat, unterstrich er zunächst einmal, daß das fertige Haus des Rundfunks nicht Poelzigs ursprünglichem Entwurf entsprochen habe: "Bei der Ausführung vollzog Poelzig eine wesentliche Änderung: Die Fassade wurde eindeutig vertikal gestrafft, zugleich aber die Ordnung der geschwungenen Seitenfront zu einer ausgesprochenen Flächengliederung im Duktus der Fenster vereinfacht." Wer diese, wie mir scheint, wesentliche Veränderung und Verbesserung zwischen der Entscheidung der Bauherren für Poelzigs ersten Entwurf und der Bauausführung veranlaßt hat, ist nicht festzustellen.

Heuss fährt dann umständlich und grundsätzlich werdend fort: "Der künstlerische, der symbolische Charakter des Rundfunkhauses hat manchem Betrachter Kopfzerbrechen gemacht. Was ist es nun? Ein moderner Zweckbau, in dem die neueste Form von Konsumentenversorgung betrieben wird, eine Fabrik für Massenversendung von allem und jedem, ein Verwaltungsgebäude mit geschäftlichem Einschlag? Oder will es mehr sein, Tempel der Volkserziehung und Volksunterhaltung, Kultstätte für die neueste Form der technischen Magie? Bezieht der Bau davon sein in aller Kargheit des Schmuckes vorhandenes Pathos? Aber ist es denn das richtige Pathos, nicht viel zu ernst, fast feierlich für das, was an spielerischer Erfindung, an entzückender Freude über die neuen Möglichkeiten in diesem Hause erzeugt werden soll? Wenig wahrscheinlich, daß Poelzig, soviel er über das Magische in der Baukunst nachdachte, sich gerade darum bemühte, ob geistig dem ungreifbar Flüchtigen,der beliebig reproduzierenden Ätherwelle ein Architektursymbol irgend entspreche. Für ihn handelte es sich darum, einer technischen Apparatur von unerhörter Empfindlichkeit, die dazu noch im Beginn der Entwicklung stand, den gemäßen architektonischen Rahmen zu schaffen. Was soviel besagt: Die wesentliche Leistung dieser Arbeit ist der Grundriß..."

Man könnte noch eine halbe Druckseite weiter Theodor Heuss zitieren. Aber dabei würde nur bestätigt werden, was der Leser längst bemerkt hat: Auch mit dem besten Willen konnte der mit Poelzig befreundet gewesene Heuss keine rechte Beziehung zwischen der Fassade dieses Hauses und seinem Inhalt, zwischen Poelzig und dem Rundfunk oder den Rundfunkanstalten feststellen. Übrig blieben drei Gesichtspunkte. Den einen hat Heuss richtig gesehen, aber wohl nicht ganz richtig beurteilt: "Die wesentliche Leistung dieser Arbeit ist der Grundriß." Richtig - aber diese Leistung war eine Leistung der Berliner Bauverwaltung. Sie hat die Straßenlinien gezogen und die Baufluchtlinien im

wesentlichen bestimmt - und damit den Grundriß. Zweitens: Die RRG hat drei Sendesäle verlangt. Und das dritte war: Die Stadt Berlin wollte, daß Poelzig das Messegelände strukturierte und an eben dieser Stelle für den Rundfunk ein Haus baute, damit das Haus Potsdamer Straße 4 frei wurde. Diese Faktoren zusammen waren, soweit ich sehe, die Ursachen dafür, daß dieses, eben dieses Haus des Rundfunks gebaut wurde, dessen Fassade aus unbekannten Gründen zwischen dem ersten Entwurf und der Ausführung merklich verändert wurde und das kein Betrachter mit dem Rundfunk in Verbindung bringen würde, wenn nicht über dem Eingang stünde, worum es sich handelt. Man kann die Frage stellen, aber nicht beantworten, ob Poelzig beim Entwerfen der Fassade überhaupt einmal an den Rundfunk gedacht hat. Man kann sogar fragen, ob nicht das Verwaltungsgebäude der IG Farbenindustrie in Frankfurt ebenso gut ein Haus des Rundfunks und das Haus an der Masuren-Allee ebenso gut ein Chemie-Verwaltungsgebäude hätte werden können, wenn die RRG in Frankfurt gesessen und Schering-Kahlbaum ein stattliches Bürogebäude gebraucht hätte.

Heuss blieb nicht der einzige, der nicht recht wußte, was er über das Haus sagen und schreiben sollte, ohne Poelzig ungerecht zu beurteilen. Das von uns allen verehrte Mitglied unseres Studienkreises Walter Bruch hat vor fünf Jahren in seinen "Erinnerungen an Funkausstellungen", die er ausdrücklich "auch eine Liebeserklärung an Berlin" nennt, ein Kapitel über "Poelzigs Haus des Rundfunks" geschrieben. Er nannte es darin "ein stolzes Zeichen für die architektonische Gestaltung in der Weimarer Zeit". Das scheint mir eine weit zutreffendere Formulierung zu sein als die ganze Philosophiererei von Heuss. Aber dann kommentiert Walter Bruch den Grundriß des Hauses folgendermaßen: "Prosaische nennen ihn spaten-, Poeten aber herzförmig." Ich glaube, daß diese Bildunterschrift nicht von Bruch, sondern vom Bildredakteur des Presse- und Informationsamtes der Stadt Berlin stammt. Und außerdem: Kaum ein Mensch, der das Haus des Rundfunks betrachtet, erkennt gleich dessen Grundriß und nennt ihn daraufhin, wenn er einen Schrebergarten besitzt, spatenförmig, oder, wenn er verliebt oder herzleidend ist, herzförmig. Ist er aber imstande, das Haus mit seinem Grundriß zu vergleichen, dann wird er wohl zu dem Ergebnis gelangen, daß dieser sowohl in seinen äußeren Linien wie in der Aufteilung des von ihm umschlossenen Raumes recht elegant ist, das Äußere des Hauses selber dagegen nicht oder doch merklich weniger. Poelzig selber hat übrigens von einer "Blatt-Struktur" des endgültigen Grundrisses gesprochen.

Ich möchte versuchen, noch von einer anderen Seite her ein paar Gedanken zu diesem Komplex zu formulieren. Heuss hat in seiner Biographie Poelzigs Weg als planender und ausführender Architekt verfolgt. Poelzig, 1869 geboren, nahm 1897 zum ersten Mal an einem Wettbewerb teil - und zwar pikanterweise am Schinkel-Wettbewerb für ein Berliner Stadthaus - und erhielt die eine Hälfte des Preises. Übergehen wir seine Tätigkeit und Entwicklung über den Entwurf eines Wasserturmes für Posen im Jahre 191o, den er selber 2o Jahre später als Ausdruck seiner Wendung zum Industriebau, zu einem Feld bezeichnete, "das noch nicht beackert war, wo noch nicht eine vorgefaßt stilistische Meinung herrschte" - daß nämlich Synagogen orientalisch, Postgebäude in deutscher und Museen in italienischer, speziell florentinischer Renaissance

gebaut werden müßten. 1912 beteiligte Poelzig sich an einem Wettbewerb um den Um- und Neubau der Königlichen Oper in Berlin mit einem Entwurf, der Arthur Moeller van den Bruck außerordentlich imponierte, weil er in ihm eine Art preußischen Stils zu finden meinte - im Gegensatz zum "neupreußischen" Stil Wilhelms II. Aus dem ganzen Vorhaben wurde dann nichts. Aber als Moeller van den Bruck 1916 sein Buch über den Preußischen Stil veröffentlichte, schloß er dies nach einem längeren Briefwechsel mit Poelzig mit einer Huldigung an ihn und mit Hohn über den "bürokratisch-akademischen Staat", der nicht verstanden habe, wie "zwischen Rokoko und Frühklassizismus, zwischen Knobelsdorff und Schinkel, zwischen Gluck und Mozart nun wirklich die spielende und würdevolle, heitere und ganz wunderbare Verbindung geschlagen zu sein schien".

Inzwischen hatte Poelzig 1913 die antiker Architektur verbundene Breslauer Jahrhunderthalle gebaut. 1916 zog er nach Dresden, wo er viel arbeitete und vom Stil der Stadt beeinflußt wurde. 1919 übernahm er den Vorsitz des Deutschen Werkbundes. Hier hob er wieder und wieder die Bedeutung der Technik, des Handwerksmäßigen, aber auch die Verbindung von Architektur und Nationalcharakter hervor, wandte sich 1921 mit Nachdruck gegen den Vorrang der, wie er meinte, einfallslosen und kleingeistigen Kunstgewerbler in diesem Verein und trat zurück. Seit 1919 war er auch an Vorarbeiten für ein Salzburger Festspielhaus beteiligt, wobei er viel Sorgfalt auf die theatertechnische Seite verwandte. Heuss nennt ihn in diesem Zusammenhang den "größten Tektoniker unter den deutschen Architekten".

Für Berlin, wo er 192o als Senator der Preußischen Akademie der Künste das Meisteratelier und 1924 eine Professur an der TH übernommen hatte, arbeitete er nach dem Opernhausentwurf zunächst wenig. 1922 entwarf er ein Hochhaus am Bahnhof Friedrichstraße und zwei Jahre später eine Ladenreihe in der Budapesterstraße sowie das Capitolgebäude mit großen Räumen. Und dann löste er 1926/27 eine Aufgabe, die ich hervorheben möchte - die erste stadtplanerische, nämlich die Neuordnung des Berliner Scheunenviertels um die Volksbühne herum. Das wurde in gewisser Weise der Anknüpfungspunkt für die Gestaltung des Messegeländes mit dem Haus des Rundfunks. Mit diesen beiden und noch weiteren Entwürfen, z.B. 1927 mit dem für die Schaffung eines neuen Regierungsviertels in der Nähe des Reichstagsgebäudes, sowie durch Vorträge und Aufsätze wurde er international bekannt. Während er sich auf der breiten Basis seiner eben skizzierten Erfahrung als Architekt und Stadtteilplaner, mit Messegelände und Haus des Rundfunks sowie mit dem IG Verwaltungsgebäude in Frankfurt beschäftigte, wurde er zur Teilnahme am Wettbewerb um den "Sowjet-Palast" in Moskau aufgefordert - neben Walter Gropius, Le Corbusier, Erich Mendelsohn und russischen Architekten. Hier handelte es sich um ein Monstervorhaben. Le Corbusier entwarf einen "Saal der 15 ooo" mit 12o m breiten Türen.

Aus dem ganzen Vorhaben wurde nichts, aber mir kommt es auf Poelzigs Begegnung mit Le Corbusier an. Man muß nämlich Poelzigs Vorstellungen für die stadtbaulichen Veränderungen und sein Haus des Rundfunks in Berlin vergleichen einerseits mit den entsprechenden Plänen von Le Corbusier und mit den Berliner Plänen von Hitler und Speer andererseits: hier das zivilistische Beton-

gebirge als Wohnmaschine für die Millionen, dort das absolutistisch-militaristische Betongebirge als Herrschaftsmaschine über die Millionen, und dazwischen Poelzigs ganz und gar menschliche, wirklich humanistische Vorstellung und Verwirklichung. Ich glaube, erst wenn man das Haus des Rundfunks in dieser Chronologie und Psychologie von Le Corbusier und der Sowjetunion bis zu Speer und dem "Dritten Reich" sieht, erhält man die richtige Perspektive für ein angemessenes Urteil über dieses Gebäude, das natürlich seine historischen Herkunftslinien aus Poelzigs Arbeiten in drei Jahrzehnten bezieht, aber zutiefst in einer Auffassung vom Menschen, seinen Aufgaben und Möglichkeiten wurzelt, die in den 14 Jahren der Weimarer Republik einen großen Teil der Berliner und der deutschen Kultur bestimmt hat. Insofern ist das Haus des Rundfunks in seiner schlichten, sachlichen, bescheidenen Monumentalität, wie Walter Bruch meint, tatsächlich innen wie außen ein vorzügliches Symbol des Berliner Geistes und eines über Moeller van den Bruck hinausentwickelten preussischen Stils in der Republik von Weimar.

Damit bin ich eigentlich am Ende meiner Ausführungen. Aber ich möchte heute, auf den Tag genau ein Vierteljahrhundert nach der zweiten Einweihung des großen Sendesaales am 28. September 1959, schließen mit ein paar Daten zur Chronologie des Hauses nach 1931. Am 1. April 1933 übernahm Goebbels die Zentralgewalt über den Deutschen Rundfunk, zog Hadamowsky als Reichssendeleiter in das Haus des Rundfunks ein. Zwölf Jahre später, am 1. Mai 1945 verließ der letzte deutsche Soldat das Haus. Am Morgen des 2. Mai besetzten es russische Truppen unter der Führung eines Majors, der 1931 bis 1933 als Ingenieur-Praktikant im Hause gearbeitet und es im Mai 1941 als Mitglied einer sowjetischen Delegation besichtigt hatte. Am 13. Mai 1945 begann der neue regelmäßige Sendebetrieb. Bald darauf setzte vor dem Eintreffen der westlichen Alliierten bereits die Demontage und Zerstörung im Hause ein. Seit 195o wurde der Auszug vorbereitet, da Radio DDR in Adlershof im Entstehen begriffen war. Am 3. Juni 1952 wurde das Haus von britischen Truppen umstellt und mit Stacheldraht umzäunt. Zehn Tage später stellte dort der Berliner Rundfunk der DDR den Betrieb ein; am 9. Juli verließen die letzten Angestellten aus dem Ostsektor das Haus, in dem nun bis zum Juli 1956 nur noch eine russische Wache blieb, die alle 14 Tage per LKW abgelöst wurde, während um das Haus herum britische und Berliner Polizei stand. Am 5. Juni 1956 übergab das Sowjetische Militärkommando das Gebäude "unentgeltlich" dem Berliner Senat, während in Ostberlin das Haus des Staatlichen Rundfunkkomitees an der Spree entstand. Drei Tage später begann an der Masuren-Alle die Aufräumungsarbeit, nach einigen Wochen der Wiederaufbau. Anfang Oktober 1957 übernahm der SFB mit Alfred Braun als Intendanten von der Bundesrepublik die mietweise Nutzung des Hauses. Am 8. Oktober 1957 nahm er es in Betrieb. Am 2. Dezember begann der Umzug des SFB vom provisorischen Funkhaus am Heidelberger Platz zur Masuren-Allee. Am 4. Dezember gab es eine Einzugsfeier im Lichthof, bei der Bredow sprach: Das Haus des Rundfunks war, wieder mit Ausnahme des großen Sendesaales, im wesentlichen eingerichtet und funktionsfähig. Fast ein Vierteljahrhundert lang, vom 1. April 1933 ab, hatte es in der Masuren-Allee keinen freien Rundfunk gegeben. Erst am 28. September 1959 wurde nach langen Überlegungen über die bestehenden Aufgaben der schließlich ganz nach Poelzigs Konzeptionen

wiederhergestellte große Sendesaal mit 11oo Plätzen eingeweiht - heute vor 25 Jahren also.

Ich möchte ganz kurz noch daran erinnern, daß es in Berlin auch andere Funkhäuser gegeben hat und gibt. Im Jahre 1939 arbeitete im Deutschlandhaus am Reichskanzlerplatz 7/9/11 der deutsche Kurzwellensender, im rechten Teil des Hauses das Fernsehen. In der Podbielski-Allee 28 arbeitet seit dem Einzug der Amerikaner in Berlin das American Forces Network (AFN) in einem Haus, das 1925 der seinerzeit angesehene Architekt Salvisberg gebaut hat. Das Haus ist also fast 6o Jahre, AFN fast 4o Jahre alt. Am Ende erwähne ich den RIAS, den Rundfunk im amerikanischen Sektor also. Er ist seit 1947 in Schöneberg, Kufsteinerstraße 69, in einem sehr stattlichen ehemaligen Bürohaus des Bayerischen Stickstoffsyndikats untergebracht. Die von den Berlinern "Spalttabletten" genannten runden Zeichen an der Vorderfront waren das Wahrzeichen des Verbandes. Die Sendetätigkeit begann am 3o. Juni, offiziell am 5. Juli 1948, also während der ersten Tage der Berlin-Blockade. Am 25. Dezember 1948 trat hier zum ersten Male Günter Neumann mit seinen "Insulanern" auf.

Hans Bohrmann

RUNDFUNK UND PRESSE ALS FAKTOREN DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG IN BERLIN

Das Thema, das der Vorstand gestellt hat ist, zu vielschichtig, als daß es im Detail abgearbeitet werden könnte. Es ist andererseits aber für die deutsche Mediengeschichte auch zu bedeutsam, um global abgehandelt zu werden; deshalb soll die Argumentation auf den Wandel der Rolle von Rundfunk und Presse im Jahrzehnt zwischen 1944 und 1954 zulaufen. Nach einigen eher methodischen und quellenkundlichen Überlegungen soll versucht werden, die Rolle der durch publizistische Breitentwirkung wichtigen Massenmedien Rundfunk und Presse in Berlin und für Deutschland zu beschreiben, wobei öffentliche Meinung als Hilfsbegriff für die Auswirkung der mediengebundenen Kommunikation aufgefaßt, aber nicht untersucht wird. Gefragt wird nach den politischen und ökonomischen Kräften, die zunächst das Gesamtberliner, dann das sich zunehmend auf West-Berlin zurückgeworfene Mediensystem nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmt haben. Die Ost-Berliner Medienlandschaft und ihre Bedeutung zunächst für die sowjetische Besatzungszone, dann für die DDR auch in ihrem Verhältnis zu West-Berlin ist ein eigenes Thema und wird deshalb ausgeklammert.

Trotz dieser Einschränkungen bleiben meine Aussagen vorläufig. Das liegt nicht nur an der komplexen Medienszene, die sich spätestens seit der Weimarer Republik in Berlin herausgebildet hatte, sondern vor allem an der Unmöglichkeit, wichtige Fragen direkt an den aussagefähigsten Quellen prüfen zu können. Die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg besonders bei Kriegsende haben es mit sich gebracht, daß wesentliche Quellen endgültig vernichtet oder zumindest stark überlieferungsgestört sind. Der spätestens 1946 offen ausbrechende Ost-West-Konflikt hatte zur Folge, daß überlieferte Quellen heute für Bundesdeutsche kaum zugänglich sind. Die militärische Besetzung verlagerte die gesamte Entscheidungsgewalt auf die vier Siegermächte. Die Gestaltung der Medienpolitik oblag ihrer Anleitung, von der sie nur schrittweise zurücktraten. Entscheidendes Datum für die Westzonen ist das Inkrafttreten des Grundgesetzes 1949. In den Westsektoren Berlins zogen sich die Westalliierten als Folge des rechtlich und tatsächlich weitergeltenden Besatzungsregimes erst Mitte der fünfziger Jahre tatsächlich aus der Lenkung des Medienwesens zurück. Mediengeschichtsschreibung in Deutschland muß also seit der Jahreswende 1944/45 die alliierte Medienpolitik erforschen. Deren Akten werden seit einigen Jahren, soweit es englische und amerikanische Bestände angeht, schrittweise für die wissenschaftliche Forschung freigegeben. Die Akten der amerikanischen Militärregierung liegen zudem in verschiedenen Archiven der Bundesrepublik auf Mikrofiche vor. Die Franzosen halten allgemein eine fünfzigjährige Frist bei staatlichen Aktenbeständen bei, so daß nur in Ausnahmefällen die Medienpolitik der französischen Militäradministration aus den Quellen erarbeitet werden kann. Die Akten der sowjetischen Militäradministration sind, soweit die Veröffentlichungen ausweisen, weder für die sowjetische noch für die Geschichtsforschung der DDR zugänglich. Westliche Historiker haben deshalb naturgemäß bisher auch keinen Zugang erhalten. Die oft genauso wichtigen Überlieferungen der deutschen Administration sind innerhalb der Besatzungs-

zonen dezentral für einzelne Regionen häufig auch zusätzlich lokal gegliedert, für Berlin in östliche und westliche Überlieferung geteilt, wobei für Forscher aus der Bundesrepublik die DDR-Archive fast vollständig verschlossen sind.

Da die wichtigen Quellen zur Medienpolitik verstreut und auch für die Forschung noch verschlossen sind, wächst der zeitgenössischen Literatur eine ihr tatsächlich kaum zukommende Bedeutung zu. Was Journalisten oder Verleger in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren zeitgleich zu Papier brachten oder später erinnerten, lebt oft mehr von der politischen Rhetorik des Kalten Kriegs als von dem Bemühen, eine schmale Quellenbasis zu erweitern. Diese Probleme gelten für die Zeitgeschichtsschreibung in der frühen Nachkriegszeit insgesamt, für die mediengeschichtliche Forschung kommt noch eine besondere Schwierigkeit hinzu. Die Presse wurde in den Westsektoren von Berlin, wie traditionell in allen westlichen Ländern, privatwirtschaftlich wiederaufgebaut. Der Aktenniederschlag, der diesen Prozeß spiegelt, ist demgemäß auch privat. Die Bestände in öffentlich zugänglichen Archiven sind meist dürftig oder mit gravierenden Benutzungseinschränkungen versehen. Die Presse im sowjetischen Sektor Berlins war und ist heute in der DDR vor allem Presse gesellschaftlicher Organisationen (Parteien und Verbänden). Deren Aktenführung dürfte sorgfältiger sein, die Zugänglichkeit ist aber jetzt und wohl auf längere Sicht nicht gegeben.

So bleibt in vielen Fällen nur, die Zeitungs- und Zeitschriftenbände selbst zu studieren und vom publizistischen Produkt her die Bedingungen zu rekonstruieren, unter denen es entstanden ist. Das ist das tägliche Brot der Pressegeschichtsschreibung auch früherer Jahrzehnte und Jahrhunderte, will sich der Forscher nicht auf ungefähre Erinnerung und ungenaue Festschriften oder ähnliche Gelegenheitsliteratur stützen. Das Durcharbeiten solcher Quellen ist aber ungewöhnlich zeitaufwendig, wobei schon das Beschaffen kompletter Bände oder Mikrofilme schwierig ist. Die Lektüre muß aber die möglichst vollständige Reihe der einzelnen Ausgaben untersuchen, denn es geht um Spurensuche, ja häufig um Spurenelemente, weil durch die politischen Ereignisse der vergangenen Jahrzehnte völlig ungebrochen der ungeschriebene Grundsatz gilt, daß in der Zeitung möglichst nichts über die Zeitung stehen soll. Die Quellenlage ist bei Buchverlagen und Filmproduktionsgesellschaften wie Filmtheaterbetrieben ähnlich; auch in diesen Bereichen ist die publizistische Produktion wenn auch mit Schwierigkeiten zugänglicher als die ökonomische Struktur der Betriebe, die sie hervorbrachte. Allerdings sind Bücher, auch noch Zeitungs- und Zeitschriftenbände durch das traditionell leistungsfähige deutsche Bibliothekssystem immer noch eher erreichbar als Spiel- und Dokumentarfilme, bei deren Analyse zusätzlich noch mancherlei technische und juristische Hürden zu nehmen sind.

Beim Rundfunk war und ist die Lage anders. Schon in der Weimarer Zeit mit langsam zunehmender Staatsnähe ausgestattet, wurde der Rundfunk unter dem Nationalsozialismus staatlich geleitetes Reichsunternehmen. In der sowjetischen Besatzungszone kam er unter die Kontrolle der Besatzungsmacht, dann, seit 1949, unter die Kontrolle der Regierung der DDR als Teil der staatlichen Verwaltung. In West-Berlin waren ebenfalls die Besatzungsmächte

zunächst Träger der Rundfunkfreiheit, um dann öffentlich-rechtlichen Einrichtungen (NDR Berlin, Sender Freies Berlin) zu weichen, während RIAS Berlin als Sender der amerikanischen Regierung für die deutsche Bevölkerung eine Sonderrolle beibehielt. Die in westlichen Archiven überlieferten Akten der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft sind zugänglich, die Besatzungsakten unter den gekennzeichneten Einschränkungen erreichbar und die Überlieferung in NDR und Sender Freies Berlin ist zum Teil schon für historische Arbeiten herangezogen worden. Rekonstruieren läßt sich damit die Organisationsgeschichte. Schwieriger ist es, Programmstrukturen und Programme zu erarbeiten. Die Überreste der, sei es als Text oder Ton, später mit dem Hinzutreten des Fernsehens als Bildton überlieferten Sendungen ist durchaus gering, obwohl nach Erfindung des Tonbands und durch Einsatz von Tonfilmen eine Konservierung prinzipiell möglich war. Die Programmgeschichte kommt deshalb um die aufwendige Analyse von Programmzeitschriften und Programmfahnen, soweit diese überliefert sind, nicht herum. Für den Zeitraum 1944 - 1954 ist festzustellen, daß in der Kriegszeit Programme kaum mehr abgedruckt wurden. Nach Kriegsende gab es ebenfalls eine längere Frist, in der keine oder keine vollständigen Programmangaben überliefert sind, gerade auch, weil in dieser Zeit vielfach ad hoc gesendet werden mußte, was gerade hereinkam oder an Konserven greifbar war. Für die Nachrichtenagenturen gelten ähnliche Bedingungen. Der überwiegende Teil der Überlieferung des Deutschen Nachrichten-Büros DNB ist 1945 offenbar zerstört worden. Reste befinden sich im Bundesarchiv. In den Westsektoren entwickelten sich nur Büros der in den westlichen Besatzungszonen zunächst getrennt, dann zur Deutschen Presse-Agentur dpa zusammengeschlossenen Agenturen, während im sowjetischen Sektor mit dem Allgemeinen Deutschen Nachrichtenbüro ADN das zentrale Nachrichtenunternehmen der sowjetischen Besatzungszone, später der DDR entstand. Für den westdeutschen Nachrichtenmarkt und damit auch für die Westsektoren Berlins ist darüber hinaus charakteristisch, daß die anglo-amerikanischen Nachrichtenagenturen mit deutschen Diensten einen großen Teil des Nachrichtenmarktes abdeckten. Der Zugang zu den historischen Archiven der Nachrichtenagenturen ist bislang kaum gegeben, das Textmaterial kaum außerhalb der Agenturen gesammelt worden. Aber selbst da, wo es überliefert ist, wie im Institut für Publizistik der Freien Universität Berlin, das die täglichen Fernschreibermeldungen der Deutschen Presse-Agentur und ihrer Vorgänger aufbewahrt, ist die Zugänglichkeit nur ein wichtiges Kriterium. Bedeutsamer ist die Fülle dieser Überlieferung, die keine Orientierung, sondern bestenfalls Stichproben zuläßt. Noch anders sieht die Lage bei den Berufsorganisationen der Journalisten und der Verleger aus. Auch hier handelt es sich um private Überlieferungen, die bislang nur gelegentlich, meist von Mandatsträgern oder Beauftragten dieser Verbände zum Abfassen von Jubiläumsartikeln oder ähnliche Publikationen, benutzt worden sind. Über Vollständigkeit und Aussagekraft ist nichts bekannt.

Wenn die klassischen, historischen Quellen so unzureichend überliefert, so schwer zugänglich oder andererseits so schwer zu erschließen sind, empfiehlt es sich, nach aussagekräftigem Ersatz Ausschau zu halten. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der systematischen Sammlung von autobiographischen Zeugnissen zu, etwa systematischer Befragung, wie sie von der Oral History entwickelt wurde. Für die Ereignisse des Kriegsendes kann die Befragung aber kaum mehr eingesetzt werden, denn

inzwischen liegen vierzig Jahre zwischen unserer Gegenwart und diesen Ereignissen. In unserer immer rascher lebenden Gesellschaft bedeutet das mindestens zwei Generationen Abstand und, damit notwendig verbunden, geringe Präzision der Erinnerung. Oral History wird auch in unserem Zusammenhang weniger Fakten und Entwicklungen als Farben, Impressionen und Bewertungen bieten können, vielleicht aber auch Hinweise zum Verständnis historischer Abläufe, die, weil es Telefon gab, grundsätzlich keinen Niederschlag in schriftlicher Form gefunden haben. Hier ist nun Eile geboten; gerade deshalb scheint es mir richtig, jetzt in bewußter Anstrengung der verfügbaren Quellen den Entstehungsbedingungen der gegenwärtigen Berliner Medienlandschaft nachzufragen, um sie zu verstehen und der rationalen Diskussion zugänglich zu machen, wie sie unter dem Eindruck der neuen Medien gerade heute von besonderer Bedeutung ist.

Im darstellenden Teil meines Referats werde ich die gedruckten Quellen und die wesentliche Literatur mustern, zunächst für die nationalsozialistischen Medien, dann für den Wiederaufbau unter den Besatzungsmächten. Die Jahre des Nationalsozialismus sind die wohl am gründlichsten erforschte Epoche der deutschen Geschichte. Das gilt jedoch für die publizistischen Medien nur teilweise. Goebbels' Regie des öffentlichen Lebens wurde nach intensiven Arbeiten Walter Hagemanns und seiner Münsteraner Schüler Anfang der fünfziger Jahre dann lange Zeit kaum mehr thematisiert. Die bis heute gültigen Darstellungen wurden von Anglo-Amerikanern geschrieben, ein Hinweis darauf, daß dort die Akten früher zugänglich waren und ausgewertet wurden als in der Bundesrepublik. Der Schwerpunkt der Arbeiten lag auf dem Pressewesen. Erstaunlicherweise wurde aber nicht der Versuch unternommen, die inhaltliche Komponente der Presselenkung, wie sie anhand der überlieferten Anweisungen der täglichen Pressekonferenz im Propagandaministerium erarbeitet werden könnte, zu thematisieren. Die Forschung rekonstruierte die Organisation des Lenkungssystems, für dessen Lenkungsergebnis sich das Wort Gleichschaltung aufdrängte, dessen konkreter Inhalt aber unterschiedlich interpretiert wird. Gleichschaltung kann Ergebnis politischen Zwangs ebenso wie eines sozialen Prozesses sein, der eines aktiven Zutuns der Journalisten bedurfte, um sich zu verwirklichen. Eine differenzierte Interpretation, ob und, wenn ja, mit welchen Anteilen die Journalisten Opfer oder Akteure der Gleichschaltung waren, wird wohl erst die inzwischen in Angriff genommene Edition und Dokumentation der Presseanweisungen ermöglichen. Für die Kriegszeit sind durch die Edition der Ministerkonferenzen und für die Publikumsreaktion die seit 1938 geschlossen vorliegenden SD-Berichte von erheblichem Gewicht für die Rekonstruktion der publizistischen Landschaft. Von herausragender Bedeutung sind schließlich auch die Ergebnisse der vielfach befehdeten Zeitungswissenschaft jener Jahre. Zeitungswissenschaft war politische Wissenschaft, die sich der nationalsozialistischen Prägung kaum entziehen konnte oder wollte. Gerade dadurch sind aber die in den Handbüchern der deutschen Tagespresse und im Handbuch der Zeitungswissenschaft publizierten Daten von beinahe amtlichem Charakter. Die Geschichte der Nachrichtenagentur DNB und die der kleineren, z.B. vom DNB abhängigen Agenturen ist bislang fast völlig unerforscht. Ähnliches gilt für die Geschichte der Fachpresse und der Publikumszeitschriften mit Ausnahme einiger Arbeiten zum Typus Illustrierte. Die Rundfunkpolitik auch in der Kriegszeit ist für die

Propagandainstitution bearbeitet, während die präzise Analyse der Inhalte für Hörfunk wie für Fernsehen im wesentlichen noch aussteht. Für den Spielfilm gibt es Untersuchungen, die Organisation und Inhalt betreffen. Über Journalistenverbände, Verlegerverbände und deren Schicksal, die Reichskulturkammer und ihre Untergliederung, besonders die Reichspressekammer, gibt es kaum wissenschaftlich verwendbare Literatur. Das unmittelbar Ende des Dritten Reiches ist durch herkömmliche Quellen zwangsläufig nicht hinreichend zu dokumentieren. In der Kampflinie gab es keine Aktenführung; was sollte auch zu Papier gebracht werden? Das war die Stunde der Flugblätter und der ihr ähnlichen letzten nationalsozialistischen Zeitungen, wie "Panzerbär" und "West-Berlin", die dann durch sowjetische Militärblätter und bald die "Tägliche Rundschau" als Zeitung der Roten Armee für die deutsche Bevölkerung abgelöst wurden. Der Rundfunk schwieg erst kurz vor der Kapitulation, und seine Sendungen konnten, da die Stromversorgung in Berlin großenteils erst nach der Eroberung aller Stadtteile ausfiel, auch noch gehört werden. Die Wiedereröffnung als Berliner Rundfunk erfolgte rasch, aber da das öffentliche Stromnetz nur zögernd wieder in Gang gesetzt werden konnte und Akkumulatorengeräte nur in geringer Zahl verbreitet waren, ist der publizistische Radius gering geblieben. Flugblätter und Maueranschläge und die Weitergabe dieser Informationen durch Mundpropaganda kennzeichnen die unmittelbare Nachkriegszeit, Tagebücher und Memoiren sind wichtige Zeugnisse: H.G. von Studnitz, Margrit Boveri, Ruth Andreas Friedrich und Erich Kuby sind hier zu nennen.

Der nationalsozialistische Staat hatte in bewußter Absicht sofort nach Machtübernahme die publizistischen Institutionen in seinen Dienst übernommen und so umgestaltet, daß sie staatlicher Anleitung zugänglich waren. Der privatwirtschaftliche Einfluß in Presse- und Filmwesen wurde zunehmend zurückgedrängt, der Einfluß von Partei und Staat dominierte im Nachrichtenwesen, beim Rundfunk und der frühen Entwicklung des Fernsehens ebenso wie in den verstaatlichten Verbänden der Reichskulturkammer. Das Propagandaministerium als organisatorische und inhaltliche Instanz der Anleitung aller Publizistik war ein Reichsministerium in Berlin und die Reichskulturkammer hier ebenso ansässig wie die Reichsrundfunkgesellschaft und das Deutsche Nachrichten-Büro. Der Verlag der NSDAP, Franz Eher Nachfolger, dessen Zentrale in München blieb, schuf alsbald eine Nebenstelle in der Reichshauptstadt, die durch die Publikationen zweier Ausgaben des "Völkischen Beobachter" (Norddeutsche Ausgabe/Berliner Ausgabe) Bedeutung hatte. Die deutsche Filmindustrie besaß in der UfA in Berlin-Babelsberg ihr wichtigstes Produktionsunternehmen. Berlin war die Medienhauptstadt des Deutschen Reiches in einer viel umfassenderen Weise als in früheren Epochen der deutschen Geschichte. Diese Position ist nach dem 8. Mai 1945 verlorengegangen. Das Bewußtsein dieses Funktionsverlusts hat in Wissenschaft und Öffentlichkeit allerdings nur langsam Platz gegriffen.

Angesichts der zur Verfügung stehenden Quellen einerseits und deren in der Tat noch unzureichender Auswertung andererseits kann eine solche Akzentsetzung nur hypothetischen Charakter haben. Ich will versuchen, sie durch einen Rückgriff auf die medienhistorische Bedeutung Berlin einerseits und eine Charakterisierung der Medienszene in den fünfziger Jahren andererseits

plausibel zu machen. Die Bedeutung Berlins als Reichshauptstadt, am östlichen Rand des deutschen Kerngebiets gelegen, beginnt erst mit der Gründung des Zweiten Kaiserreichs. Die publizistische Bedeutung Berlins für Deutschland und Europa hinkt dieser Entwicklung noch nach. Es kann in den siebziger und auch achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts mit der publizistischen Bedeutung von Paris oder London, aber auch von Wien kaum konkurrieren. Das deutsche Zeitungswesen insgesamt war zwar mit dem anderer europäischer Länder vergleichbar, aber eine große Titelzahl und relativ geringe Auflagen zeigen die starke lokale Verbundenheit der Presseunternehmen. Die Berliner Presse ist nicht dominant wie die Londoner für England oder die Pariser über Frankreich. Starke regionale Zentren wie München, Stuttgart, Frankfurt, Köln, Hamburg, Leipzig, Königsberg, Stettin, Magdeburg und Hannover besaßen bedeutende Zeitungen, deren wirtschaftliche Kraft ungebrochen und deren publizistische Bedeutung auch national genannt werden muß. Das Kaiserreich bot wirtschaftliche Voraussetzungen für das Aufblühen dieser Presse. Das neue Holzschliffpapier war preisgünstig. Der trotz Gründerkrach enorme Aufschwung der Industrie brachte auch bei konjunkturellen Schwankungen Geld in die Anzeigenkassen. Die Rotationsmaschinen liefen schneller, druckten mehr Seiten, das Foto konnte seit der Jahrhundertwende als neues Mittel der Illustration genutzt werden, und damit wurde zugleich ein neuer Typ von Illustrierten geschaffen. Der Ausbau der Eisenbahn schuf rasche Vertriebsmöglichkeiten. Die ökonomischen Chancen zur Gründung von Pressekonzernen, ausgehend eher von Annoncenbüros (Mosse, Scherl) als von einem politischen Impetus (Ullstein), boten sich nicht nur in Berlin, sondern auch außerhalb. Diese Konzernbildungen sind allerdings ungleich schlechter untersucht. Mosse schuf mit dem "Berliner Tageblatt" ein Weltblatt mit geringer Auflage, das ebenso wie andere publizistische Produkte des Verlags von der Annoncenexpedition getragen werden mußte. Scherl schuf mit dem "Berliner Lokalanzeiger" den neuen Typus des vermeintlich unpolitischen "Generalanzeigers" und mit dem "Allgemeinen Wegweiser" ein vor allem in ländlichen Regionen vielgefragtes Unterhaltungs- und Ratgeberblatt neben der Illustrierten "Die Woche". Die Gewinnsituation des Unternehmens war zweifelhaft, nach mehrfachen Umgründungen verstand es der Pressemagnat 1913, seinen wirtschaftlich angeschlagenen Konzern einem Konsortium von Schwerindustriellen zu verkaufen.

Ullstein war der eigentlich wirtschaftlich potente Berliner Zeitungskonzern. Neben der "Morgenpost" im gehobenen Generalanzeigerstil und dem Ankauf der alt eingesessenen "Vossischen Zeitung" schuf sich der Verlag eine breite Palette von Druckerzeugnissen, die durch die "BZ am Mittag" und die "Berliner Illustrierte" effektvoll abgerundet wurde. Mosse und Ullstein standen im Kaiserreich für Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und damit gegen die Reste des Feudalstaats, Scherl für Kaisertreue und betont nationale Werte, die auch von den Konkurrenten, wenn auch nicht so eindimensional und intolerant, hochgehalten wurden. Der in Berlin als Zentralorgan der Sozialdemokraten und Blatt der lokalen Parteiorganisation herausgegebene "Vorwärts" war kaum ein wirtschaftlicher Erfolg. Seine Auflagenzahl lag schon damals bei weitem unter der Wählerzahl der SPD. Mancher Arbeiterhaushalt hielt die Scherl-Blätter gerade wegen deren Kleinanzeigen, einer Dienstleistung, die unabdingbar notwendig war, während der "Vorwärts" schon bei der

Anzeigenfinanzierung der Presse allgemein Bedenken hatte. Zeitungshauptstadt Deutschlands war Berlin im Kaiserreich nicht, im Ausland und auch in den Hauptstädten der deutschen Länder war natürlich die Berichterstattung aus Berlin und damit die Berliner Presse dennoch von herausgehobener Bedeutung. Die in der Vorweltkriegszeit gegründeten Verbände der Verleger und Journalisten nahmen ihren Sitz in Berlin. Das Nachrichtengewerbe ging auch entscheidend durch das Wolff'sche Telegraphenbüro von Berlin aus. Als Agentur nicht regierungsamtlich, doch mit Regierungsgeldern offiziös war es international mit der britischen Reuter-Agentur und der Französischen Havas eng verflochten; der Berliner Nachrichtenplatz war aber finanziell der schwächste dieser Trias. Daran konnte die industrielle Gründung der Telegraphen-Union im Rahmen des Scherl/Hugenberg-Konzerns auch wenig ändern. Im Bereich des Buchdrucks war und blieb Leipzig in Deutschland führend. Aber in der sich langsam seit den späten neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts entwickelten Filmindustrie hatte Berlin die Nase vorn. Die Voraussetzungen waren deshalb besonders günstig, weil Berlin inzwischen zur größten Industriestadt Deutschland geworden war. Die Elektroindustrie mit Siemens und AEG war weltweit führend, was für die Entwicklung von Rundfunk und Fernsehen später bedeutsam wurde. Für die Filmindustrie wichtig war, daß mit der Technischen Hochschule Charlottenburg und der Friedrich-Wilhelms-Universität Grundlagenforschung geleistet werden konnte. Ein Heer von Musikern (Musikhochschule) und Bühnengestaltern (Hochschule für bildende Künste), beide ebenfalls in Charlottenburg, und ein riesiges Heer von Schauspielern, die, beschäftigt und teilbeschäftigt bei großen Musik- und Sprechtheatern, in Berlin lebten, bildeten den Nährboden für die Stummfilmindustrie und die musikalisch untermalte Vorführungspraxis der Filmtheater.

Der Erste Weltkrieg setzte dem Export der Filmstadt Berlin deutliche Grenzen. Der Aufstieg der Vereinigten Staaten auch in diesem Bereich zeichnete sich ab. Das Terrain konnte nicht zurückerobert werden, und nach der Einführung des Tonfilms wurde die deutsche Filmproduktion endgültig ins zweite Glied gedrängt. Der "Griff nach der Weltmacht" im Zweiten Reich führte nicht zum gewünschten "Platz an der Sonne", Die europäische Vorherrschaft in der Welt wurde insgesamt zerstört, und die neuen Weltmächte Vereinigte Staaten und Sowjetunion begannen immer deutlicher ihr Regiment auszuüben. Das geschlagene und durch den Versailler Vertrag auch von den Westmächten, vor allem von Frankreich und England gedemütigte Deutschland mußte zwar Gebietsverluste hinnehmen, auch Reparationen zahlen, aber es wurde nicht militärisch besetzt. Es behielt als Basis eines ökonomischen und politischen Wiederaufbaus eine leistungsfähige Industrie. Die Verfassung von Weimar brachte endlich den Parlamentarismus, Berlin wurde nicht Wiege der Verfassung, aber unumstrittene Hauptstadt der Weimarer Zeit. Die Strukturen des Kaiserreichs setzten sich fort; das galt für Wirtschaft wie Politik und Kultur. Durch die Niederlage im Weltkrieg waren die Fronten aber zugespitzt. Die Rechte hatte mehr von der öffentlichen Diskussion. Die DNVP band bald industrielle und agrarische Interessen. Die NSDAP ließ die scharfe Tönung der Antisemitenparteien des späten 19. Jahrhunderts wieder auferstehen. Das Zentrum, die Deutschen Demokraten und die Sozialdemokraten hatten bald keine ausreichende

Basis im Reich, die Koalition mit der Deutschen Volkspartei war nur zeitweise stabilisierend. Die publizistische Lage in Berlin spiegelte diese Situation. Auf der Linken kamen die KPD-Blätter und der Münzenberg-Konzern hinzu, die Rechte operierte im wesentlichen mit dem Hugenberg-Konzern. Die Reichs- und die Preussische Regierung bemühten sich glücklos um die aus Stinnes' Erbe stammende "Deutsche Allgemeine Zeitung". Die NSDAP bekam erst spät publizistischen Einfluß in Berlin, als das Wochenblatt des Berliner Gauleiters Josef Goebbels, "Der Angriff", zur Tageszeitung wurde und mit der Berliner und der Norddeutschen Ausgabe des Münchner "Völkischen Beobachters" diese Tageszeitung zum Teil nach Berlin ging. Die zwanziger und frühen dreißiger Jahre machten Berlin zum glanzvollen Zentrum einer Weltkultur. Neue Musik, neue Architektur, neue Prosa und neue Formen der Lyrik setzten sich hier durch. Russische Emigranten und amerikanische Schriftsteller, alle fühlten sich von dieser Stadt angezogen, die durch drei große Opernhäuser, mehrere Dutzend Theater, die Berliner Philharmoniker und die Staatskapelle sowie unzählige kleinere Bühnen und Varietés ausgezeichnet war. Aber die neue Kultur, die der Kern demokratischer Neuorientierung der Gesellschaft werden wollte, blieb in der dünnen Luft des Elitären. Heftige Angriffe der Traditionellen waren die Folge. Es gelang nicht, durch die Kunst Mehrheiten für die demokratische Republik zu gewinnen, Goebbels' weiße Mäuse im Remarquefilm "Im Westen nichts Neues" im "Marmorhaus" am Kurfürstendamm genossen mehr Sympathie als die pazifistische Aussage. Die Krise der Republik war nicht der Kapp-Putsch oder der kommunistische Aufstandsversuch im Mitteldeutschland, sie kam nach einer Phase relativer Stabilisierung, als die Weltwirtschaftskrise auf Deutschland durchschlug. Die Sozialdemokraten verließen das Berliner Kabinett, der neue Zentrumskanzler Brünning besaß keine Mehrheit, nur das Vertrauen des Reichspräsidenten. Seine Wirtschaftspolitik verschärfte die Krise, und das Präsidialregime stolperte dem 3o. Januar 1933 entgegen. Die Medienpolitik der Weimarer Regierungen war vom Ansatz her und blieb traditionell. Sie war Nachrichtenpolitik durch Einfluß auf die Nachrichtenagentur, Einflußnahme auf die Tagespresse und scheiterte zumeist. Die Berliner Funk-Stunde, der Deutschlandsender und der deutsche Kurzwellensender waren politisch neutralisiert, denn das Radio wurde 1923 privatwirtschaftlich eingeführt. Im Film herrschte ebenfalls konservative Entpolitisierung, und da stand Berlin für das Reich, auch wenn die Reichshauptstadt nicht publizistisch dominierte.

Erst der straffe Zentralismus der Nationalsozialisten machte Berlin zur Medienhauptstadt Deutschlands. Das galt für das Propagandaministerium, das sich den Rundfunk und die Filmindustrie schrittweise nachordnete, und mit gewissen Abstrichen für die Presseverlage, wenn auch der NSDAP-Verlag Eher aus München nur eine Dependance in der Reichshauptstadt errichtet hat. Das Deutsche Nachrichten-Büro hatte selbstverständlich den zentralen Sitz in Berlin, die Ufastadt Babelsberg wurde deutlich zur Zentrale ausgebaut, die Großstadtsender im Osten, Westen und Süden Deutschlands der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft in Berlin untergeordnet. Die Olympischen Spiele 1936 waren die Generalprobe auch für das in Berlin entstehende neue Medium Fernsehen. Die Zentralisierung der Medien in Berlin entsprach der nationalsozialistischen Absicht, eine möglichst intensive Kontrolle auszuüben; dazu dienten bereits die ersten einschnei-

denden Maßnahmen, wie Verbot der kommunistischen und sozialdemokratischen Presse, Einführung des Arier-Paragraphen mit Hilfe des Schriftleitergesetzes, straffe Anleitung der Journalisten aller Medien durch die Berichterstattung des quasi staatlichen Deutschen Nachrichten-Büros und Anleitung der Pressejournalisten in einer täglichen Pressekonferenz im Ministerium. Seit Beginn des Krieges 1939 nahmen die Maßnahmen zur Zentralisierung an Intensität zu. Im Pressewesen kam es zur Konzentration der hohen Auflagen beim Zentralverlag der NSDAP und, im Rahmen zweier Stillegungsaktionen, vor allem zur Schließung kleinauflagiger, in privater Hand befindlicher Zeitungen. Das Zeitschriftenwesen unterlag ähnlichen Maßnahmen. Der Rundfunk wurde auf ein reichseinheitliches Programm mit kleinen regionalen Fenstern reduziert. Dem Spielfilm, insbesondere in seiner Unterhaltungsvariante, kam kriegswichtige Bedeutung zu, ebenso der Wochenschau, die sich durch Überlänge auszeichnete. In ihr dominierte Kriegsberichterstattung. Das Fernsehen sendete weiter bis zur Zerstörung des Berliner Senders 1943 und diente vor allem der Truppenbetreuung. Der Pariser Fernsehsender arbeitete sogar bis zur Einnahme der Stadt durch die Alliierten weiter. Die relative Reichhaltigkeit des publizistischen Angebots wurde ganz bewußt als Mittel der psychologischen Führung der eigenen Bevölkerung eingesetzt. Wie auch in anderen Bereichen der Wirtschaft bestand die Absicht darin, die Heimatfront zu motivieren, um nicht, wie in den Hungerwintern des Ersten Weltkrieges, oppositionelle Strömungen zu nähren. Im Printmedienbereich wurden sogar Neuentwicklungen gewagt. Der Deutsche Verlag, vormals Ullstein, brachte für das Oberkommando der Wehrmacht die aktuelle Illustrierte "Signal" in den Sprachen der Kriegsgegner und Verbündeten heraus. "Signal" war mit teilweise farbigen Beiträgen und schneller aktueller Berichterstattung durchaus Vorbild für die aktuellen Illustrierten der Nachkriegszeit. "Das Reich", vom Typus her eher angloamerikanisch geprägt mit regelmäßigen Leitartikeln des Propagandaministers, kann als nationalsozialistisch geprägter Vorläufer der Wochenzeitungen angesehen werden, die in der Bundesrepublik durch "Die Zeit" repräsentiert sind. Diese Strategie brach an der Wende 1944/45 relativ abrupt zusammen. Die Sender konnten häufig kein Vollprogramm ausstrahlen, weil durch feindliche Bomberflüge bei Tag und Nacht Abschaltungen notwendig wurden. Das Fernsehen war bereits ausgefallen, der Pressevertrieb geriet immer mehr in Unordnung, der Nachschub für Farbe und Papier war schwierig. Immer mehr Kinos wurden kriegsbeschädigt, Vorstellungen mußten wegen des Bombenkrieges abgebrochen werden. Doch es zeigte sich auch im Bereich der Publizistik, daß die Infrastruktur sehr widerständig war. Die publizistische Stimme Berlins verstummte erst im April 45. Am 1. Mai fiel das nahezu unzerstörte Funkhaus in sowjetische Hände, die Druckhäuser der Innenstadt waren fast vollständig zerstört, aber das Druckhaus Tempelhof, ehemals Ullstein, blieb erhalten. Die Nachrichtenagentur DNB war zerstört, aber das Medium Film durch Ufastudios in Babelsberg und Tempelhof und Tobis-Studios in Johannistal nach wie vor arbeitsfähig.

Die Politik der Besatzungsmächte gegenüber dem unterlegenen Gegner war nun entscheidend. Die UdSSR hatte Berlin erobert, und sie hatte sich auf diesen Tag vorbereitet. Das Nationalkomitee Freies Deutschland und mehrere Gruppen von KPD-Emigranten aus der Sowjetunion unterstützten die Besatzungsmacht.

Das Konzept der UdSSR besagte: "Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk bleibt bestehen." Alle kooperationswilligen Deutschen wurden zur Mitarbeit aufgefordert; das Gesellschaftsbild entsprach naturgemäß dem Gesellschaftssystem der UdSSR. Nach einer kurzen Übergangsphase mit Flugblättern, Maueranschlägen und kostenlos verbreiteten Ausgaben von Zeitungen schuf die Sowjetische Militäradministration eine sowjetische Nachrichtenagentur in Deutschland und ab 15. Mai als Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung die "Tägliche Rundschau". Bald danach entstand unter Leitung des emigrierten früheren Mitarbeiters des "Berliner Tageblatt", Rudolf Herrnstadt, ab 21. Mai 1945 die "Berliner Zeitung",als Zeitung des Berliner Senats tituliert. Am 12. Juni folgte die "Deutsche Volkszeitung" (KPD), am 7. Juli "Das Volk" (SPD), am 22. Juli die "Neue Zeit" (CDU) und am 3. August "Der Morgen" (LDPD). Die Berechtigung, Zeitungen herauszugeben, erhielten Organisationen. Zu den Parteien kam der Gewerkschaftsbund mit "Die freie Gewerkschaft", später "Tribüne", ab 9. Oktober 1945 und der Bauernverband mit "Der freie Bauer" ab 1. November 1945. Eine Ausnahme aus diesem Schema stellte "Der Nachtexpress" des Journalisten Rudolf Kurtz ab 7. Dezember 1945 dar, eine Mittagszeitung, die Boulevardelemente übernahm. Nachdem im Juni/Juli 1945 die Westmächte zwölf der zwanzig Berliner Bezirke besetzt und sich damit an der Verwaltung Berlins beteiligt hatten, gelangten auch Zeitungen mit amerikanischer, britischer und französischer Lizenz an die Öffentlichkeit. "Die Allgemeine Zeitung", deren Papierzuteilung später "Der Tagesspiegel" übernahm, erschien ab 8. August 1945, die Zeitung "Der Berliner" als britische Militärzeitung wurde, vom Papierkontingent her gesehen, später in den "Telegraph" umgewandelt. Die Franzosen schufen mit der Mittagszeitung "Kurier" ab 12. November 1945 ihr bedeutendstes Blatt. Briten und Amerikaner brachten Berliner Ausgaben ihrer Zeitungen für die deutsche Bevölkerung heraus, die Amerikaner ab 15. März 1947 "Die Neue Zeitung", die Briten ab 26. August 1947 "Die Welt". Bei einer Auflage der Berliner Zeitungen von 4,7 Millionen Ende Dezember 1947 erschienen im Ostteil 3,1 Millionen Exemplare. Das Konzept der Sowjetunion, durch politische Offensive auf allen Ebenen, also auch auf der publizistischen, die Bevölkerung für sich zu gewinnen, ging aber nicht auf. Der Konsens der Besatzungsmächte, der schon während des letzten Kriegsjahres mancherlei Belastungen standhalten mußte, zerbrach an und in Berlin. In der Administration überwog bei den Westmächten eine Stimmung der Solidarität der Kriegsalliierten gerade auch deshalb, weil Goebbels in den letzten Monaten die politische Propaganda vor allem auf die Uneinigkeit der Kriegsgegner abgestellt hatte. Bei den Printmedien konnten Amerikaner, Briten und Franzosen nur auf dem von den Sowjets bestellten Feld weiterarbeiten. Die UdSSR hatte es vermocht, nicht nur die Verlage und Druckereien, sondern auch die Zentralen der Parteien und der Gewerkschaften in ihren acht Innenstadtbezirken zu konzentrieren. Daß das gezielte Politik war, liegt auf der Hand, denn neben einigen kleineren Druckereien in Berlin-West war dort mit dem Ullstein-Druckhaus in Tempelhof die einzig leistungsfähige Druckerei Berlins; sie wurde weitgehend demontiert.

Die Wiederingangsetzung des Rundfunks erfolgte auf ähnliche Weise bereits am 4. Mai. Das Funkhaus im britischen Sektor

erhielt einen Emigranten aus der Sowjetunion als Intendanten, den späteren Vorsitzenden der SEW, Hans Mahle. Radio Berlin, dessen Funktürme im französischen Sektor (Tegel) standen, blieb ohne Beteiligung der Westmächte, so daß die Amerikaner ein Drahtfunknetz aufbauten und später durch den Sender RIAS (Radio im amerikanischen Sektor) weiter ausbauten. RIAS konnte in jenen Jahren nur von einem geringen Teil der Bevölkerung (13 %) empfangen werden. Die Briten schufen eine Niederlassung des Nordwestdeutschen Rundfunks Hamburg, der mithelfen sollte, ein Gegengewicht gegen den Berliner Rundfunk zu schaffen. Auch im Filmbereich suchte die Sowjetunion nicht nach Kooperationspartnern bei ihren Kriegsalliierten. Sie schuf in ihrem Sektor, ausgehend von den Filmgeländen in Babelsberg und Johannistal, die DEFA als Filmproduktionsfirma neu. Trotz vielfältiger Unterstützung durch die Besatzungsmacht gelang es in den Berliner Wahlen vom Oktober 1946 der KPD nicht, eine Mehrheit zu erreichen. Nun drängte die KPD auf Vereinigung mit der SPD, der Widerstand gegen die Vereinigung kam aus den Westsektoren, Sprachrohr war vor allem "Der Tagesspiegel". Die Kontroverse führte, wie bekannt, zur Spaltung Berlins und zum Verbreitungsverbot von Zeitungen und Zeitschriften aus dem sowjetischen Sektor in den Westsektoren und umgekehrt. Dadurch war die auch im sowjetischen Sektor und in der angrenzenden sowjetischen Zone vielfach gelesene "Westpresse" wirtschaftlich entscheidend getroffen. Ihre Auflage hat sich von diesem Eingriff nie erholt; es gelang auch nicht, zusätzliche Verbreitungsgebiete in Westdeutschland zu finden. Die Berliner Blätter sucht man heute an bundesdeutschen Kiosken auch in großen Bahnhöfen vergebens. Die Pressezentren der Bundesrepublik sind Hamburg, Frankfurt und München. Der Berliner Rundfunk wurde in neue Gebäude im Ostsektor verlegt, das Rundfunkhaus bis 1956 von der Sowjetunion besetzt, erst dann an den Sender Freies Berlin übergeben. Dieser 1954 in Ablösung des NWDR Berlin gegründete eigene Sender Westberlins ist in seiner Bedeutung im Hörfunk regional begrenzt. Durch die fehlende weittragende Mittelwelle ist er für den Rundfunkempfang in der Bundesrepublik nicht erreichbar; auch die Mitarbeit am Ersten Deutschen Fernsehen (ARD) mit einem Beitrag, wie er einer kleinen Rundfunkanstalt zusteht, kann Hauptstadtpräsenz nicht bieten. Der RIAS erreicht durch zusätzliche Ausstrahlung seiner Programme an der Grenze zur DDR in Niedersachsen und Bayern den gesamten östlichen Teil Deutschlands. Seine Arbeit aber als Fortsetzung der Rundfunktradition Berlins zu verstehen, verbietet sich angesichts der Tatsachen. Im Film ist die DEFA in Ostberlin in der Tat die führende Produktionsfirma der DDR geworden; die Westberliner Ateliers stehen trotz Senatsförderungsprogramm weitgehend leer. Wenn die Coproduktion mit dem Fernsehen ausbliebe, könnte Berlin als Filmstadt kaum mehr Bedeutung haben. Film- und Fernsehproduktionszentren in der Bundesrepublik sind vor allem Hamburg und München. Das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges hat die deutsche Medienhauptstadt Berlin zu lokaler, allenfalls regionaler Bedeutung herabgestuft. Auch das Kabelfernsehpilotprojekt dürfte an dieser politisch verursachten Entwicklung nichts entscheidendes ändern.

Hinweise zur Literatur

Quellen und Darstellungen zur Mediengeschichte Berlins weist Peter Leudts in seinem Aufsatz "Zur Mediengeschichte Berlins 1945 - 1955" (MITTEILUNGEN, 1o, 1984, S. 282 ff. und 11, 1985, S. 59 ff. nach. Zusätzlich wird auf folgende Titel hingewiesen:

Background Notes on the Berlin Press and Periodicals, January 1st 1946. Prepared by Berlin Information Control Unit. Berlin: Information Services Control 1946.

Bausch, Hans: Rundfunkpolitik nach 1945. München 198o (dtv), T. 1. 1945-1962, Rundfunk in Deutschland, Bd. 3.

Betz, Klaus und Maksut Kleemann: Der Tod des Abend. Eine Berliner Zeitungsposse, Berlin: Spieß 1985.

Kersten, Heinz: Das Filmwesen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschland, 2. Aufl. T. 1: Textteil, Bonn, Berlin 1963: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland.

Kuby, Erich: Die Russen in Berlin 1945. München (u.a.): Scherz 1965.

Kundler, Herbert: Fernsehstadt Berlin. Von der Funkausstellung 1928 zur modernen Farbelektronik. Berlin 1971: Berliner Forum.

Kutsch, Arnulf: Die Sowjets und der Rundfunk nach 1945. Sergej Iwanowitsch Tulpanow (19o2-1984), in: MITTEILUNGEN, 1o, 1984, S. 233-239.

Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln, Berlin: Kiepenheuer & Witsch 1955.

Raue, Günter: Im Dienste der Wahrheit. Ein Beitrag zur Pressepolitik der sowjetischen Besatzungsmacht 1945-1949, Leipzig 1966: Fakultät für Journalistik.

Scholz, Arno: Null Vier. Ein Jahrgang zwischen den Fronten, Berlin: Arani 1962.

Schulz, Edmund (Bearb.): Zeittafel zur Geschichte des Journalismus der BRD und Westberlins 1945-198o, 2. Aufl. Leipzig 1984: Sektion Journalistik, Karl Marx-Universität.

Walther, Gerhard: Der Rundfunk in der sowjetischen Besatzungszone Deutschland. Bonn, Berlin 1961: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland.

Gerd Albrecht

FILMWIRTSCHAFT UND FERNSEHEN IN IHREN BEZIEHUNGEN 1950-1960
Fakten, Entwicklungen, Wertungen

Vorbemerkungen

1. Das Referat wurde an Hand von Sprechzetteln und Unterlagen frei gehalten, ist aber nicht aufgezeichnet worden. Der folgende Text stellt eine Zusammenfassung dar; eine wörtliche Wiedergabe war von vornherein nicht beabsichtigt.

2. Das Referat versteht sich - auf Grund einer Absprache mit dem Vorsitzenden des Studienkreises - als Korreferat zu der Publikation von Gunther Faupel: Medien im Wettstreit - Film und Fernsehen, Verlag Regensberg, Münster 1979, dem es sich in vielem verpflichtet weiß, ohne mit seinen Urteilen und Wertungen in allem übereinzustimmen.

3. Die Quellenlage über die Film/Fernseh-Beziehungen erweist sich, zumindestens für die damaligen Jahre, als schwierig, zumal das Geschehen nicht öffentlich publik war, sondern trotz und wegen seiner Relevanz für die Öffentlichkeit nur in vertraulichen Besprechungen und Papieren seinen Ausdruck und Niederschlag fand. Die hieraus für die Öffentlichkeit destillierten Mitteilungen über (tatsächliche, vermeintliche, vorgebliche) Erfolge und Mißerfolge gaben einerseits die Tatbestände nur wieder, wie sie nach sorgsamer Filterung im Blick auf langwie kurzfristige Ziele gesehen werden sollten, waren andererseits aber auch nur an die relativ begrenzte "interessierte bzw. unmittelbar involvierte" Öffentlichkeit adressiert. Die Ereignisse tragen insofern den Charakter der Verbands- bzw. Verbände-Geschichte, deren Relevanz erst aus den für die Öffentlichkeit resultierenden Konsequenzen erhellt.

Entsprechend dieser institutionell primären Verbandsbezogenheit der Ereignisse und Entscheidungen befinden sich die Quellen fast vollständig bei den beteiligten Verbänden (wobei es wenig ausmacht, daß es sich bei den ARD-Anstalten um öffentlich-rechtliche Anstalten, bei der SPIO - Spitzenorganisation der Filmwirtschaft - um eine privatrechtliche Vereinigung handelt), sehr häufig aber auch als frühere Privat- bzw. Handakten im Besitz der beteiligten Verbandsvertreter. Der Zugang zu den Quellen ist infolgedessen sehr stark durch die (mehr gegenwärtigen als damaligen) Interessen, d.h. Zielsetzungen und persönliche Eigenarten der Beteiligten bestimmt, wobei die zwischenzeitliche Legendenbildung, mehr oder weniger präzise Erinnerungen an die Rücksichtnahme auf einzelne Personen und Verbandskonstellationen (oder das Gegenteil) mitbestimmend sind.

Trotz aller dieser Vorbehalte erscheint die "Frühgeschichte" der Film/Fernseh-Beziehungen wichtig, weil spätere Entwicklungen sich oft nur aus den damaligen Entscheidungen und (auch persönlichen) Beziehungen verstehen lassen. Der Zusammenhang und der Übergang von Verbandsgeschichte und Personalgeschichte wie -legende zur öffentlichen und öffentlich relevanten Geschichte kann insofern (auch) an diesem Paradigma nachgewiesen und studiert werden.

4. Die Darstellung ist nicht um Vollständigkeit bemüht, sondern setzt Schwerpunkte, um daran Trends und Prinzipien zu verdeutlichen. Ihr Ziel ist keine Aktualisierung der damaligen Beziehungen zwischen Fernsehen und Film im Blick auf die gegenwärtigen Streitfragen. Andererseits läßt es sich nicht vermeiden, daß angesichts der seinerzeitigen Problembereiche auch die aktuellen Beziehungsfragen gelegentlich in den Blick geraten.

I. Die Film/Fernseh-Beziehungen bis 1952

Die Entwicklung ist in dieser Phase gekennzeichnet durch eine nach dem Kriegsende erstarkte und weiter expandierende Filmwirtschaft und durch ein Fernsehen, das vor bzw. zu Beginn des öffentlichen Sendebetriebs seiner medien- und rezeptionsspezifischen Besonderheiten noch nicht oder kaum bewußt geworden ist. Die Filmwirtschaft, die im Jahr vor dem Kriegsende mehr als 1 Milliarde Zuschauer zum Kinobesuch bewegen konnte, war 1945 bei einem weitgehend zerstörten Filmtheaterpark mit (schätzungsweise) 15o Millionen Zuschauern zwar auf einem Tiefpunkt angelangt; überdies waren die Produktionsstätten ebenfalls zerstört, viele Mitarbeiter gefallen oder in Gefangenschaft und vor allem die Arbeits-Lizenzen von den Alliierten nur schwer zu bekommen. Aber bis 1952 stieg die Besucherzahl recht kontinuierlich wieder auf 615 Millionen; es gab inzwischen mehr als 4 5oo Filmtheater, und die Zahl der jährlich produzierten Spielfilme lag immerhin schon wieder bei 8o. Vor allem aber schien diese Entwicklung ungebremst anzudauern, und in der Tat stieg die Zahl der Filmbesucher auf 818 Millionen (1956), die der Filmtheater auf über 7 ooo (196o) und die der Spielfilme auf 12o (1955). Allerdings beginnt nach diesen wirtschaftlichen Höhepunkten der unaufhaltsame Abstieg des deutschen Films als eines wirtschaftlichen Faktors und eines im Dialog der Gesellschaft wesentlichen Partners: bis 1961 hat sich die Zahl der Filmtheater zwar nur um 135 vermindert, die Zahl der jährlichen Filmbesuche ist 196o aber bereits um eine Fünftel auf 6o5 Millionen gesunken, und die deutsche Spielfilmproduktion beläuft sich 196o nur noch auf 83 Filme.

Die Entwicklung des Fernsehens war demgegenüber bis 1952 weder in seinen inhaltlichen Programmangeboten noch nach der täglichen Sendedauer vorhersehbar. Zwar kann man die stürmische Entwicklung in den USA auf die Bundesrepublik umrechnen - und würde damit, wie sich gezeigt hat, recht behalten haben. Doch sind die für Redaktion, Technik, Wirtschaft, Produktion und Einkauf (soweit daran überhaupt schon gedacht wird) Verantwortlichen trotz aller Aufgeschlossenheit gegenüber dem neuen Medium in der Vorstellung befangen, daß Fern-SEHEN allenfalls eine Komplementärfunktion gegenüber dem vom Rundfunk ermöglichten Fern-HÖREN übernehmen kann. Aus der gleichen Aufgeschlossenheit gegenüber dem neuen Medium resultiert auch ihre Vorstellung, daß die medienspezifischen Unterschiede eine Auswertung von Filmen im Fernsehen nur gelegentlich erlauben würden.

Trotz der stürmischen Entwicklung, die das Fernsehen in der Publikumsgunst während dieser Jahre nimmt und die sich in der Zahl der erteilten Fernsehgenehmigungen (über 4,5 Millionen Ende des Jahres 196o) und der täglichen Programmangebote von durchschnittlich 5 Stunden 26 Minuten 196o nur unzureichend

ausdrückt, sind in der Anfangsphase der Fernseh/Film-Beziehungen die Rundfunkanstalten gegenüber der Filmwirtschaft, den Produzenten, den Kinos, den Schauspielern und Technikern des Films von einer Zurückhaltung, die vorwiegend unerkannten Konflikt- und Kooperationsmöglichkeiten entspringt. In diesem Sinne kann man in den Anfangsjahren auch nicht davon sprechen, die eine oder die andere Seite habe eine - wie auch immer geartete - Medienpolitik verfolgt. Denn dies würde voraussetzen, daß ein mehr oder weniger einheitliches Konzept der gegen- bzw. wechselseitigen Beziehungen hätte vorhanden sein müssen. Zwar gibt es bei den beteiligten Institutionen und mehr wohl noch bei den Personen, die sie vertreten, nachweisbare und, wie sich noch zeigen wird, relativ stringente Wertkonzepte, die allerdings sich erst gegen Ende der fünfziger Jahre in medienpolitische Strategien umzusetzen beginnen und erst viel später, als mit Sendebeginn des ZDF nicht nur die Binnenkonkurrenz, sondern auf Grund wachsender Attraktivität des Mediums auch die Außenkonkurrenz zwischen den verschiedenen Medien wächst, innerhalb der Anstalten, aber vor allem auch im politischen Raum der Parteien der Regierung und der großen gesellschaftlichen Gruppen zu Ansätzen einer Medienpolitik klassischer Provenienz führt. Am 14. Dezember 1949 wird die SPIO gegründet, die in der Folgezeit und bis heute auf seiten der Filmwirtschaft zwar nicht der einzige, aber doch der vorrangige Gesprächspartner der Rundfunk- und Fernsehanstalten (nach der ZDF-Gründung) bleibt. Im folgenden Jahr (5. August 195o) erfolgt die Gründung der ARD, die ebenfalls nicht der alleinige, aber doch der wesentliche Verhandlungspartner der Filmwirtschaft bis zur Einbeziehung des ZDF in diesen Dialog war. Es dauerte allerdings lange, ehe es zu Begegnungen zwischen Vertretern der beiden Medien kam, obwohl in der ARD eine vorbereitende "Fernsehkommission" schon sehr schnell, im September 195o, gebildet wurde.

Erst im Oktober 1952 kommt es zu verschiedenen Treffen zwischen einzelnen Vertretern der auf seiten des Films und des Fernsehens mit den Sachfragen befaßten Gremien, doch handelt es sich dabei um Informationsgespräche, die Standpunkte erfahren zbw. erläutern wollen, nicht aber um Verhandlungen. Die Filmwirtschaft hat allerdings im Rahmen des von ihr gebildeten Fernsehausschusses Mitte Oktober 1952 festzustellen versucht, welche Forderungen die einzelnen Sparten der SPIO "zur Erhaltung ihrer Existenz zu erheben haben und welche Übereinkommen zwischen den einzelnen Sparten und der Gruppe der Fernsehbetriebe (sic!) erzielt werden soll". Dabei ergab sich, daß der Verband der Filmtechnischen Betriebe sich "durchaus in der Lage" sah, "filmtechnisch die Bedürfnisse der Fernsehbetriebe voll zu befriedigen"; der Verband Deutscher Filmproduzenten wünschte sich Fernsehprogramme, die "im Wege der Auftragsvergebung von den deutschen Filmproduzenten geschaffen werden"; der Verband der Filmverleiher forderte, es müsse "die Verwendung von Spielfilmen im Fernsehbetrieb ausgeschlossen werden. Der Verleih ist nur insoweit bereit, Filme in Fernsehsendungen zu zeigen (sic!), wie die ausschnittweise zur Werbung zur Verfügung gestellten Filmteile (!) Anregung für den Besuch des Films geben; der Zentralverband der Deutschen Filmtheater (ZDF, später vom HDF, dem Hauptverband der deutschen Filmtheater, abgelöst) war "grundsätzlich gegen eine Verwendung von Spielfilmen in der Fernsehdarbietung", wollte allerdings Filme mit einer Spieldauer von ca. 2o Minuten, also die üblichen Kurz-

filme, konzedieren, forderte andererseits jedoch Möglichkeiten, "um gewisse Fernsehsendungen ausschließlich in den Filmtheatern zu zeigen".

Damit waren für die Zusammenarbeit von Film und Fernsehen die Weichen einigermaßen gestellt. Produzenten und filmtechnische Betriebe waren an einer Kooperation mit dem Fernsehen, in dem dieses als Auftraggeber Kapazitätsausnutzungen ermöglichte, durchaus interessiert; Filmverleih und Filmtheater wollten demgegenüber sicherstellen, daß das Fernsehen keinerlei Spielfilme (auch nicht älteren Datums) senden dürfe, sondern für die in den Kinos laufenden Filme allenfalls Werbung zu machen habe, wohl aber allein die Kinos, nicht dagegen Gaststätten, Hotels, Vereinshäuser Fernsehsendungen in Großprojektion der Öffentlichkeit zugänglich machen dürften. Dieser Gegensatz zwischen den verschiedenen Sparten ist späterhin nicht mit der gleichen Schärfe zum Ausdruck gekommen, blieb aber bis heute konstitutiv und hat, da die "Fernsehbetriebe" den Forderungen der ersten Gruppe auf die Dauer nur allzu gern, denen der Verleiher und Theater aber keinesfalls entsprechen wollten, tiefgreifend nicht nur das Verhältnis von Fernsehen und Film, sondern auch die Beziehungen der Spartenverbände innerhalb der Filmwirtschaft bestimmt. (Die spätere Einstimmigkeitsvoraussetzung für SPIO-Beschlüsse ist unmittelbare Folge der Angst vor den Konsequenzen divergierender Interessen. In diesem Zusammenhang ist nicht unerheblich, daß die Real-Film in Hamburg schon im März 1952 ihr Filmateliergelände dem NWDR zum Verkauf, später auch zur Verpachtung angeboten hatte.)

Als am 17. Dezember 1952, in der Woche vor dem offiziellen Beginn öffentlicher Fernsehsendungen in der Bundesrepublik, sich erstmalig die Vertreter der Filmwirtschaft, nämlich der Fernsehausschuß der SPIO, und die Vertreter des Fernsehens, d.h. die Fernsehkommission der ARD, begegnen, kommt es jedoch nicht etwa zu einer großen Auseinandersetzung angesichts der Forderungen der Verleih- und Theaterbranche. Vielmehr sehen die Fachleute des Fernsehens in der Angst vor der Spielfilmausstrahlung keinen Ansatzpunkt zu einem Dissens, da, wie vor allem der HR-Intendant Eberhard Beckmann betonte, ein Spielfilm wegen seiner anderthalb- bis zweistündigen Laufzeit angesichts der viel kürzer anzusetzenden und ständig wechselnden Programmformen sowieso keine Chance habe, ins Programm aufgenommen zu werden. Zwar waren die Verantwortlichen aus den Rundfunkanstalten nicht willens, die einzelnen Funkhäuser oder die ARD auf eine vertragliche Regelung mit der Filmwirtschaft festzulegen, doch war dies weniger durch die Besorgnis einer möglicherweise zu verbindlichen oder zu detaillierten Vertragsregelung motiviert als durch die Erwartung: "Film und Fernsehen werden nach anfänglichen Schwierigkeiten als zwei völlig verschiedene Medien nebeneinander existieren; wir wollen dem Film nichts wegnehmen, der Film kann uns aber auch nicht so viel bringen" (Beckmann). Rückblickend ist man geneigt, derartige "Prognosen" als sarkastischen Zynismus zu interpretieren, doch ist nach Lage der Quellen wie nach Kenntnis der Personen und ihrer Einstellungen, schließlich auch nach dem zeitgeschichtlichen Umfeld der Äußerungen davon auszugehen, daß sie durchaus ernst gemeint und guten Willens getan waren.

Zieht man ein Resumee der damaligen Verhandlungsziele, -posi-

tionen und -ergebnisse, so zeigt sich, daß die Filmwirtschaft in erheblich stärkerem Maße als die Fernsehvertreter ökonomisch-technische Fragen in den Vordergrund stellte. Die Verhandlungspartner und Entscheidungsträger des Fernsehens bringen demgegenüber zwar programmorientierte publizistische Kategorien in die Überlegungen ein, maßen dabei allerdings das Medium Fernsehen zu unreflektiert an den Gegebenheiten des Rundfunks. Darüber hinaus war die Filmseite in viel stärkerer Weise daran interessiert, sich das Fernsehen zunutze zu machen - und dies nicht nur bei Produzenten und Filmtechnischen Betrieben, sondern auch bei den Verleihern und Theatern. Demgegenüber nahm die Fernsehseite eine Haltung unbetroffenen Desinteresses ein. Natürlich konnte man freundlich-herablassend die, versteht sich, unbegründeten Sorgen der Filmwirtschaft mit deren Vertretern besprechen, doch bestand, wie wir mit einem heutigen Modewort bildkräftig die Meinung der Fernsehleute formulieren können, hier kein Entscheidungsbedarf.

Man könnte diese erste Phase der Film/Fernseh-Beziehungen daher auch drastisch verkürzt auf die Formel bringen: Man redete immerhin miteinander, aber man redete, ohne es zu bemerken, aneinander vorbei.

II. Die Film/Fernseh-Beziehungen 1953-1957

Die fraglichen Jahre sind durch die stürmische Entwicklung des Fernsehens charakterisiert. Die erteilten Fernsehgenehmigungen überschreiten die Millionengrenze; das Fernsehen in der Bundesrepublik steht damit an fünfter Stelle einer (imaginären) Weltrangliste. Das Programmangebot (aus der heutigen Perspektive gesehen) komplettiert sich. Als erster Sender beginnt der Bayerische Rundfunk mit dem Werbefernsehen, die Tagesschau des Deutschen Fernsehens wird zum täglichen Ereignis (beides 1956), im Tagesdurchschnitt werden am Ende dieses Zeitraums fast viereinhalb Programmstunden ausgestrahlt. Und gegen Ende der Periode geht mit "Der Richter und sein Henker" der erste abendfüllende deutsche Fernsehfilm (für 1oo ooo DM vom Süddeutschen Rundfunk hergestellt) über die Sender.

Angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung des Fernsehens kam es 1953 zu Vertragsverhandlungen über den Filmeinsatz im Fernsehprogramm wenigstens eines Senders, nämlich mit dem NWDR, Außenstelle Berlin, dem späteren SFB. Der Sender sollte danach Filme bzw. Sendelizenzen ausschließlich von der Filmwirtschaft übertragen; außerdem sollte eine Sperrfrist nicht nur für die Sendung von Spielfilmen, sondern für den Erwerb von Senderechten (!) innerhalb des fünfjährigen Erstmonopols vereinbart werden, und zwischen 2o und 22 Uhr sollte jede Sendung von nicht fernseheigenen Filmen ausgeschlossen sein. Die Verhandlungen über einen für das Fernsehen derartig restriktiven Vertrag bezogen sich zwar nur auf den NWDR Berlin und wurden dementsprechend auch nicht von der SPIO der gesamten Filmwirtschaft geführt, sondern von dem ebenfalls als SPIO titulierten Zusammenschluß der Berliner Filmwirtschaft. Wäre es jedoch zu einem Vertragsabschluß gekommen, so hätte er mit Gewißheit Auswirkungen auf die anderen Rundfunkanstalten und damit auch auf die ARD haben müssen.

Daß sich der NWDR aus diesen Verhandlungen ziemlich abrupt zurückzog, wurde zwar mit der künftigen Selbständigkeit des Berliner Senders begründet, läßt aber den Schluß zu, daß man sich beim NWDR bewußt war, in welchem Maße ein solcher Vertrag im Verhältnis von Fernsehen und Film nicht nur den vertragschließenden Sender binden würde. Darüber hinaus ist zu überlegen, wenn auch nicht aus den Quellen zu belegen, inwieweit die bei den Rundfunkanstalten inzwischen gängige Praxis, "ältere Filme.... als ein - unter den gegebenen Verhältnissen notwendiges und vertretbares - Notprogramm" zu senden, eine Wende in der Einstellung zum Spielfilm als Programmbestandteil ankündigte und insofern die durch einen engeren Vertrag erzwungenen Einschränkungen als inopportun erscheinen lassen mußte.

Zwar hatten noch vor dem Ende der Vertragsverhandlungen bei einer Intendantentagung der Hessische Rundfunk und der Südwestfunk festgestellt: "Filme an sich sollten kein Fernsehprogramm sein und auch nicht als ordentliches Programmelement angesehen werden. Filmsendungen müßten außerhalb des Programms laufen, das (...) Gemeinschaftsprogramm (der ARD) dürfe nur ein Live-Programm sein." Doch der NWDR hatte dem nur begrenzt zugestimmt, wollte vielmehr "bestimmte Filmsendungen" ausgenommen wissen, "die - in Verbindung oder als Teil von andersartigen Sendungen - als typische Programmsendungen anzusehen seien".

Dementsprechend stehen sich innerhalb der ARD schon im Herbst 1953 zwei Ansichten gegenüber: daß der Spielfilm dem Fernsehen "nicht wesensgemäß" bzw. "nicht abträglich" sei (Beckmann, HR) und daß man aus Gründen der Praktikabilität (Entlastung des Studio- und Produktionsbetriebs und damit Kostenersparnis) "vorläufig auf die Verwendung von Filmen nicht verzichten" könne (Pleister, NWDR). Diese Standpunkte schließen sich zwar nicht aus, sondern konnten als Notlösung - wie es dann ja auch geschehen ist - durchaus nebeneinander und sich ergänzend existieren, sie waren jedoch, sobald man auf die medienspezifischen Kategorien abstellt, nur begrenzt konsensfähig, da dann entweder die "Notlösung" zur positiv beurteilten Dauerinstitution aufgewertet oder zum minderwertigeren Programmbestandteil degradiert werden mußte.

Nach dem offiziellen Start des Gemeinschaftsprogramms Deutsches Fernsehen (1. November 1954) ergab sich denn auch bald, "daß die im Fernsehen übertragenen Kinofilme in der Praxis (d.h.: in der Sehbeteiligung der Zuschauer) am erfolgreichsten gewesen seien". Allerdings war die Zahl der im Fernsehen gezeigten Spielfilme keineswegs gewachsen, sondern von 67 im Jahre 1953 auf nur noch 49 im Jahre 1954 gesunken; in den folgenden drei Jahren waren es 45, dann 38 und schließlich 49 Spielfilme. Dementsprechend wurde pro Woche im Durchschnitt ein Spielfilm ausgestrahlt.

Für die Verantwortlichen des Gemeinschaftsprogramms deutete sich allerdings in der starken Sehbeteiligung gerade bei Spielfilmen der Konflikt schon an, der die gegensätzlichen, medienspezifisch bzw. wirtschaftlich orientierten Ansichten über Vor- und Nachteile von Spielfilmsendungen verschärfen mußte. Denn mit der Einbeziehung der Entscheidungskategorie "Sehbeteiligung" mußte sich für die Praxis das Gewicht der Argumente zugunsten

einer verstärkten Einbeziehung des Spielfilms auswirken, konnten jedenfalls die mehr medientheoretischen Überlegungen von den Spezifika des Fernsehens und seiner Divergenz gegenüber dem Film nicht mehr die bisherige Überzeugungskraft in Anspruch nehmen.

Es beginnt sich jetzt übrigens eine Doppelstrategie der Rundfunkanstalten abzuzeichnen, mit der allerdings auch ein entsprechendes Verhalten auf seiten der SPIO-Partner korrespondiert. Die Filmwirtschaft kann auf Grund ihrer unterschiedlichen Interessenlage nicht mehr als Einheit operieren, als Einheit aber auch nicht mehr vom Fernsehen behandelt werden. Infolgedessen kommt es zu Alleingängen bzw. Separatverhandlungen, die insgesamt dem Fernsehen zugute kommen, da auf die Dauer nur die Filmtheater eine ablehnende Haltung gegenüber dem Medium einnehmen, während die Verleiher Lizenzen an die Anstalten verkaufen, die Produzenten und technischen Betriebe von ihnen Aufträge erhalten.

Als Beispiel für dieses Auseinanderbrechen einer einheitlichen filmwirtschaftlichen Verhandlungsposition sei ein Fünf-Punkte-Katalog angeführt, der nach Wunsch der Filmtheatersparte einem Vertrag mit dem Fernsehen zugrunde liegen sollte, aber deutlich auch demonstriert, daß Belange der anderen Sparten nicht mehr zur Debatte standen. Nach diesem Katalog sollten 1) der Einsatz von Spielfilmen im Fernsehen nur nach Ablauf des fünfjährigen Erstmonopols möglich sein, 2) eine Zusammenarbeit zwischen Filmwochenschau und Tagesschau obligatorisch werden, 3) im Abendprogramm des Fernsehens kein Spielfilm eingesetzt werden, 4) Großraumprojektion von Fernsehsendungen nur im Kino stattfinden, 5) die gewerbliche Fernsehwerbung unterbleiben. Es zeigt sich an diesen Forderungen, nimmt man einmal Punkt 4 aus, die Angst der Filmtheatersparte vor einer Beeinträchtigung durch das Fernsehen - eine gewiß berechtigte Angst, wie damals schon sicher war, aber dennoch eine Angst, die die Kräfteverhältnisse nicht mehr angemessen einzuschätzen wußte. Dementsprechend gab man sich (auch aus der damaligen Perspektive) unrealisierbaren Wunschträumen hin, die nicht mehr durch vertragliche Vereinbarungen zu realisieren waren, sondern medienpolitischer Entscheidungen bedurft hätten. Gerade sie aber konnten nicht mehr von der Filmwirtschaft oder den Rundfunkanstalten getroffen werden, sondern erforderten den Gesetzgeber und damit die Öffentlichkeit und die gesellschaftlichen Gruppen und Kräfte mit den ihnen angemessenen Eingriffsmöglichkeiten. (Die Großraumprojektion hat im Verlaufe der Entwicklung aus technischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen an Bedeutung verloren, so daß auf sie hier nicht weiter eingegangen werden muß.)

Gerade auf Grund der Tatsache, daß die "Front" der SPIO zusehends sich zersplitterte, ist verständlich, daß die Filmwirtschaft, wollte sie (auch bei den für das Fernsehen nötigen Branchen) nicht jede Einflußmöglichkeit und die Durchsetzung ihrer berechtigten Interessen preisgeben, auf Konsens und gemeinsames Handeln bedacht sein mußte. Dementsprechend hat ein Ereignis, das die Film/Fernseh-Beziehungen für lange Zeit belasten sollte, in erster Linie nicht Signalcharakter gegenüber dem Fernsehen gehabt, sondern muß nach seinen internen filmwirtschaftlichen Ursprüngen und Zielsetzungen beurteilt werden. Die Rede ist von einer SPIO-Mitgliederversammlung, die im

Oktober 1955 die Frage erörterte, "ob überhaupt und auf welcher Basis ein Übereinkommen mit dem Fernsehen erzielt werden kann". Je mehr die Branche sich in ihren unterschiedlichen wirtschaftlichen Beziehungen und Kooperationswünschen gegenüber dem Fernsehen zersplitterte, dieses als Wirtschaftspartner und als Dialogpartner der Öffentlichkeit immer wichtiger und gewichtiger wurde und andererseits das Kino an Besuchern und damit auch an Bedeutung immer mehr verlor, war es ein notwendig zu klärendes, wenn auch vielleicht nicht zu lösendes Problem, "ob überhaupt und auf welcher Basis ein Übereinkommen mit dem Fernsehen erzielt werden kann". Daß hierüber in einer Mitgliederversammlung der SPIO beraten wurde, darf deshalb nicht verwundern. Gelang nicht wenigstens innerhalb dieses Dachverbands die Verständigung über die unterschiedlichen fernsehbezogenen Positionen, über Ziele, bisherige Verhandlungen und mögliche Kooperationsformen, so stand auch für den Bereich des Kino- und Filmgeschäfts der Zusammenhalt der SPIO, konkret also: die erforderliche Zusammenarbeit zwischen Verleih und Produktion einerseits und zwischen Verleih und Theater andererseits, auf dem Spiel. Ein "Schulterschluß" der in der SPIO zusammengeschlossenen Spitzenverbände war daher zumindest erforderlich, um in dieser durch "Rückzugsgefechte" bestimmten Lage für das Kinofilmgeschäft zu retten, was zu retten war. In einer derartigen Situation sind Emotionalisierungen naheliegend, wohl oft auch zweckdienlich, allerdings in ihrem Ausmaß wie ihren Auswirkungen nicht immer unter Kontrolle zu halten. So kam es bei dieser Mitgliederversammlung zu Äußerungen wichtiger Vertreter der Produzenten (Koppel) und der Theater (Theile), die pointierend formuliert waren, von den Beteiligten aber, je nach ihrer Einstellung zum Fernsehen, als Parolen oder Provokationen interpretiert wurden; "Fernsehen ist kein Fortschritt, sondern eine Belästigung" hieß einer dieser Sätze, "Keinen Meter Film für das Fernsehen" ein anderer.

Hinter solch gewiß kraftmeierisch klingenden Worten stand die Überzeugung, daß Film und Fernsehen "Konkurrenten mit höchst unterschiedlichen Wettbewerbsvoraussetzungen" seien, weil 1) die Zugänglichkeit zum Fernsehapparat ("Pantoffelkino") und zum Kinoprogramm ("Mach dir ein paar schöne Stunden, geh (!) ins Kino") erheblich divergiere; weil 2) die öffentliche Kritik an einem Film schon vor der Sehentscheidung bekannt sei, beim Fernsehen dagegen nicht die Entscheidung (positiv oder negativ) beeinflussen könne; weil 3) das Fernsehen steuerfrei Gebühren erhalte, während die Filmwirtschaft vom steuerlich noch besonders beschwerten Verkauf einzelner Eintrittskarten lebe, und weil 4) das Fernsehen in Gestalt von öffentlich-rechtlichen Körperschaften auftritt, der Film dagegen auf privatwirtschaftlicher Grundlage arbeite, daher zusätzlichen Restriktionen unterliege. Vor allem hinter den beiden letzten Argumenten stand die Erkenntnis (und wurde auch ausgesprochen), daß die medienpolitische Verantwortung des Staates im Rahmen seiner Ordnungs- und Wirtschaftspolitik an dieser Stelle gefordert sei, daß also Vereinbarungen zwischen Film und Fernsehen zur Regelung der anstehenden Fragen nicht ausreichen, sondern allenfalls im Rahmen ihrer Mitverantwortlichkeit ins Gewicht fallen könnten.

Hinter den scheinbar provokativen Parolen standen demnach medienpolitische Forderungen, denen sich Regierung und Parlament,

hätten sich Film und Fernsehen verbündet, nicht hätten entziehen dürfen. Doch war, aus der Vorgeschichte zwar nicht begründet, aber immerhin verständlich, der Stand der Beziehungen zwischen Film und Fernsehen einem solchen Bündnis oder auch nur der Einsicht in seine Notwendigkeit nicht günstig. Infolgedessen kam es auch nicht zu den von der Filmwirtschaft als notwendig erkannten medienpolitischen Entscheidungen, ja selbst entsprechende öffentliche oder parlamentarische Debatten unterblieben. Das Verhältnis von Film und Fernsehen war durch das Getümmel, das die Äußerung plakativer Floskeln nach dieser Mitgliederversammlung der SPIO auslöste, jedenfalls für lange Zeit erheblich gestört.

Als Resumee bleibt festzuhalten: In den Jahren 1953 bis 1957 entwickeln sich die Beziehungen zwischen Film und Fernsehen auf Grund gewisser "Sachzwänge" (Kostenersparnis, Notlösung, Sehbeteiligung) in Richtung auf eine faktisch stärkere Einbeziehung des Spielfilms in das Fernsehprogrammangebot. Gegensätzliche Vorstellungen, daß der Spielfilm aus medien- und programmspezifischen Gründen nicht ins Fernsehen gehöre, werden von diesen Tatsachen beiseitegedrückt. Überlegungen, daß angesichts der Sachlage medienpolitische Entscheidungen erforderlich sind, erschweren noch die Zusammenarbeit und das Verständnis für die Position des Partners.

III. Die Film/Fernseh-Beziehungen 1958-1960

In den Jahren 1958 bis 1960 werden (endlich?) wesentliche Entscheidungen getroffen, die nicht nur in ihren Auswirkungen, sondern auch in ihrer Materie bis heute Bestand haben. Insofern interessieren in dieser Phase weniger die Motivationen, Zielsetzungen und Proklamationen, sondern die Fakten, die vom Fernsehen geschaffen werden. Eine Verwertungsgesellschaft für Fernsehrechte, die die Filmwirtschaft Ende 1958 gründet, erweist sich als ineffektiv, obwohl sie von der richtigen Erkenntnis ausgeht, die Rundfunkanstalten seien "nicht gewillt, mit der Filmwirtschaft weiterhin zu verhandeln", und auch von der ebenfalls zutreffenden, später im Filmförderungsgesetz verwirklichten Einsicht, daß unter den Bedingungen jener Jahre eine solche Verwertungsgesellschaft größere Chancen der Marktnutzung hat. 1958 war jedoch - ohne die Voraussetzung eines gesetzlichen Erfordernisses - die Chance einer solchen Verwertungsgesellschaft bereits vertan, da sie keinerlei auswertbare Rechte besaß oder erwerben konnte und da sich die Rundfunkanstalten inzwischen zum unmittelbaren Vorgehen ohne Berücksichtigung der SPIO bzw. ihrer einzelnen Spartenverbände entschlossen hatten; ihre Partner waren in Zukunft (wie eigentlich auch bisher) die Einzelfirmen. (Wegen ihrer Ineffektivität hat sich die Verwertungsgesellschaft schon 1962 wieder aufgelöst.)

Ende 1958 kam es zur Gründung der ARD-Filmkommission, die unter veränderten Arbeits- und Organisationsbedingungen ihre Arbeit bis heute fortgesetzt hat. Unmittelbar danach, Anfang 1959, wird auch innerhalb der Programmkonferenz des Deutschen Fernsehens ein Filmreferat gebildet, wodurch der Spielfilm der Zuständigkeit der Rundfunkanstalten entzogen ist, soweit es ihren Anteil am Gemeinschaftsprogramm betrifft. Ebenfalls 1959, im Frühjahr, wird die DEGETO-GmbH (die sich mit der nichtkommerziellen Auswertung von Filmen schon seit den dreis-

siger Jahren befaßte) zu einer Filmeinkaufsgesellschaft der ARD umgegründet, so daß der ARD in kürzester Zeit nun für einen extensiven Spielfilmeinsatz die erforderlichen Instrumente zur Verfügung standen.

Dies hatte zur Folge, daß bis Ende 1959 bereits 71 Spielfilme für das Deutsche Fernsehen angekauft werden konnten. Dementsprechend geht auch die Programmkonferenz der ARD in einem Beschluß von Ende 1960 davon aus, daß die Ausstrahlung von einem Spielfilm pro Monat in Zukunft das Minimum sein soll. Berücksichtigt man, daß in der vorangegangenen Zeit schon pro Woche durchschnittlich ein Spielfilm gesendet wurde, kann man den Eindruck gewinnen, der Spielfilmeinsatz solle durch diesen Beschluß in Zukunft reduziert werden. Dies ist jedoch nicht der Fall, wie schon die Entscheidung deutlich macht, daß die Zahl von einem Spielfilm pro Monat nach Möglichkeit überschritten werden soll (ohne daß übrigens eine Obergrenze angegeben wird). Bedeutung und Sinn des Beschlusses werden aber vor allem dann deutlich, wenn man die in ihm liegende Abkehr von der Notlösungs-Theorie begreift; aus der Not der einzelnen Rundfunkanstalten ist eine Tugend des Deutschen Fernsehens geworden. Sehbeteiligung und Kostenersparnis können infolgedessen ausschlaggebend werden, die Spezifika des Fernsehmediums interessieren im Blick auf den Einsatz von Spielfilmen nun nicht mehr. (Erst Günter Rohrbach wird mit dem Wort vom "amphibischen Film" diese Diskussion innerhalb der Anstalten wieder aufgreifen, allerdings sich später von diesem Begriff auch wieder distanzieren.)

Mit der Gründung der Bavaria Atelier Gesellschaft im Sommer 1959 durch WDR bzw. Westdeutsches Werbefernsehen, SDR und Bavaria Filmkunst schafft sich das Fernsehen ein Unternehmen, das für Kino und Anstalten "Herstellung, Erwerb, Verwertung und Veräußerung" von Fernsehsendungen und Filmen, "das Dienstleistungsgesellschaft für Film und Fernsehen, die Synchronisationstätigkeit für Film und Fernsehen sowie jegliche Tätigkeit im Zusammenhang mit der Heranbildung, Pflege und Förderung des Nachwuchses für Film und Fernsehen" übernehmen kann. Ähnliches geschieht Ende 1959 mit der Gründung der Real-Film Atelierbetriebsgesellschaft in Hamburg, wo das Norddeutsche Werbefernsehen und die Gesellschafter der Real-Film, Koppel und Trebitsch, die Gründer sind. Hier werden wie bei der Bavaria das schwindende Filmgeschäft und die aus der Kooperation mit dem Fernsehen wirtschaftlich sich ergebenden Möglichkeiten in den Vordergrund gestellt, daneben vor allem, daß Parteien und Parlament sich der medienpolitischen Fragen nicht in hinreichendem Maße annehmen. Insgesamt hat sich damit die Zusammenarbeit des Fernsehens mit den Filmproduzenten als der intensivste Sektor der Kooperation erneut bestätigt; "Fehlende Kapazitäten auf der Fernsehseite und nicht ausgelastete Kapazitäten im Filmwirtschaftsbereich bildeten somit die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Umstellung und Erweiterung maßgeblicher Betriebe der Spielfilmproduktion auf die Fernsehproduktion." (Faupel, S. 173).

Eine in vieler Hinsicht entscheidende Aussprache fand im Mai 1959 zwischen Vertretern der SPIO und der ARD statt. Entscheidend muß diese Aussprache, deren informeller Charakter allerdings schon von vornherein vereinbart war, deshalb genannt

werden, weil in ihr zwar alle zwischen den beiden Medien anstehenden Fragen zur Sprache kamen, das Gespräch selbst aber zu keinerlei Entscheidungen innerhalb der Anstalten bzw. der ARD oder innerhalb der SPIO führte, sondern auch intern folgenlos blieb. Man sprach zwar miteinander und sprach auch nicht mehr aneinander vorbei, aber man hatte sich auch jetzt nichts zu sagen, was Veränderungen der eigenen oder der anderen Position zur Folge gehabt hätte.

So wurden denn von beiden Seiten die Vorstellungen über in- und ausländische Spielfilme im Fernsehen, über die Abstimmung von Sendezeiten für Spielfilme, über die Auftragsproduktionen an Filmproduzenten vorgetragen, natürlich auch über die Verwertungsgesellschaft für Filmrechte, über die Großraumprojektion und über die (von der Filmwirtschaft befürchtete) Auswertung von Fernsehfilmen in Filmtheatern, über Fernsehsendungen, die sich gegen die Vergnügungssteuer wenden sollten, und solche, die sich nach Meinung der Filmbranche nachteilig für das Film- und Kinogeschäft auswirkten, schließlich auch über die Beschäftigung von Filmstars im Fernsehen. Die ganze Palette der Probleme kam demnach zur Sprache - und dabei blieb es. Zwar hatte die Filmwirtschaft durchaus das "Ziel späterer vertraglicher Abmachungen" vor Augen, doch scheint auf Seiten des Fernsehens den Beteiligten ein tatsächliches Eingehen auf die Belange der Filmwirtschaft nicht mehr notwendig gewesen zu sein, wie sich, kurz vor der Gründung von Bavaria und "Studio Hamburg", aus ihrer Bekundung ergibt, man wolle die Zusammenarbeit mit den filmtechnischen Betrieben verstärken, zumal der Betrieb in rundfunkeigenen Aufnahmestudios erst in Jahren aufgenommen werden könne.

Man traf sich ein nächstes Mal im Juni 1959 und dann wieder im Januar 1960, zu einem Zeitpunkt also, da die Entscheidungen innerhalb der ARD über den künftigen Einsatz von Spielfilmen nicht nur gefallen waren, sondern teilweise auch erste Folgen zeitigten. Allerdings zeigte sich dann relativ schnell, daß an einer Weiterführung der Gespräche zumindestens die ARD nicht mehr interessiert war. Denn die Ständige Programmkonferenz der ARD beschloß Anfang Juni 1960 die Aussetzung der Gespräche, weil "keine der beiden Gruppen in diesem Augenblick von der Fortführung der Gespräche (...) bedeutende Förderung erwarten kann". Damit war die Verbindung zwar nicht abgerissen, wie sich später herausstellen sollte, jedoch zuerst einmal unterbrochen. Es bedurfte anderer Anstöße von außen - wie etwa das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 1961 und die Länderentscheidung über die Gründung des Zweiten Deutschen Fernsehens vom April 1961 -, damit auch die Beziehungen zwischen Filmwirtschaft und Fernsehen erneut zwischen diesen beiden Partnern und in Öffentlichkeit wie Parlamenten verhandelt werden konnten.

Resümiert man die Entwicklung dieser letzten drei Jahre, von 1958 bis 1960, so zeigt sich, daß durch das Handeln des Fernsehens die deutschen Filmproduktionsstätten und -betriebe überhaupt erst am Leben erhalten wurden, daß jedoch Filmverleih und Filmtheater für die Zukunft mit einem aktiveren Vorgehen der ARD beim Spielfilmeinsatz rechnen mußten. Schon Ende 1958 war mit dem italienischen Spielfilm "Freunde fürs Leben" der

erste Spielfilm vom Fernsehen gesendet worden, der vorher nicht in den Filmtheatern gezeigt wurde. Dies war, so ergibt sich aus den ARD-Entscheidungen der Jahre 1958 bis 1960, aber nur der Anfang jenes Vorgehens, das einerseits zwar Filme auf den Bildschirm brachte, die im Kino nur geringe finanzielle Chancen des Erfolgs haben konnten, auf der anderen Seite aber in verstärktem Maße die Senderechte auch für solche Filme in Anspruch nahm, deren Erfolg an der Kinokasse nicht außer Frage stehen konnte. Die Filmwirtschaft hatte diesem Vorgehen nichts entgegenzustellen. Wirtschaftlich, publizistisch und politisch war sie der schwächere Partner in einem ungleichen Wettbewerb. Dies hatte sie zwar früh erkannt (früher auch als das Fernsehen mit seinen Verantwortlichen), doch änderte dies die Sachlage nicht, sondern verschärfte allenfalls bei den Benachteiligten Gefühle der Ohnmacht und Sehnsucht nach Besserstellung.

IV. Schlußbemerkung

Ausgehend von derartigen Entwicklungen, läßt sich mit gewisser Vorsicht formulieren, was die Film/Fernseh-Beziehungen des Jahrzehnts von 1950 bis 1960 an Erkenntnisgewinn vermitteln können.

1. Das Fehlen einer staatlichen Medienpolitik überließ die Film/Fernseh-Beziehungen den Betroffenen. Dabei macht es wenig aus, ob und wieweit die Beteiligten den damit gestellten Anforderungen Genüge tun konnten, denn es wäre nicht eine zwischen ihnen ausgehandelte "bessere" Lösung schon "richtiger" gewesen. Vielmehr stellt sich die Frage, ob und wieweit ein derartiges Entscheidungsfeld vom Staat den Betroffen überlassen werden kann. Es kann dahingestellt bleiben, zu welchen Konsequenzen ein damaliges Eingreifen des Gesetzgebers oder der Regierung hätte führen können oder müssen; die Deutschland-Fernsehen-GmbH und die damit verbundenen Entwicklungen haben in der Folgezeit einiges Anschauungsmaterial geliefert.

2. Die SPIO als eine privatwirtschaftliche Vereinigung mit divergierenden Teilinteressen der beteiligten Branchendachverbände war zu einer einheitlichen Willensbildung nur in einem inhaltlich wie zeitlich eng begrenzten Ausmaß befähigt. Generell dürfte dies ein Mangel ähnlicher Institutionen unter vergleichbaren Bedingungen sein, vor allem, wenn ihnen eine öffentliche oder rechtliche Legitimation fehlt. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob unter anderen Auspizien und mit anderen Persönlichkeiten die Entwicklung der Film/Fernseh-Beziehungen einen anderen Verlauf genommen und zu anderen Ergebnissen geführt hätten; auch eine "bessere" SPIO wäre gegenüber dem Fernsehen nicht besser legitimiert gewesen.

3. Die Rundfunkanstalten und ihre Arbeitsgemeinschaft, die ARD, haben auf Grund der Entwicklung des Fernsehens zu einem wesentlichen Faktor der Massenkommunikation und auf Grund ihres öffentlich-rechtlichen Charakters sowohl in ihren eigenen Augen wie vor der Öffentlichkeit sich legitimiert gefühlt, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, ohne daß ihnen ein medienpolitischer Gesamtrahmen zugrunde lag. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob bessere Einsichten in das mediale und publizistische Zusammenwirken von Film und Fernsehen, wie später etwa

Hans Abich, Werner Hess und Günther Rohrbach sie vertreten haben, zu "richtigeren" Ergebnissen geführt hätten; auch eine "bessere" ARD hätte keinen medienpolitischen Gesamtrahmen als Vorgabe gehabt, sondern hätte sich diesen "auf eigene Faust" erarbeiten müssen.

4. Insgesamt zeigt sich, daß institutionelle Wandlungen politischer, ökonomischer, rechtlicher und organisatorischer Art stärker diskutiert wurden und erheblicher sich ausgewirkt haben als inhaltliche Wandlungen der Programmformen und -inhalte und als die medialen und rezeptionsspezifischen Unterschiede. Ob und wieweit dies als positiv oder als negativ zu beurteilen ist, muß im vorliegenden Zusammenhang dahingestellt bleiben, weil es kommunikations- und medienpolitische Optionen in einem sehr viel umfassenderen Rahmen erforderte.

Susanne Neumann

CHANCEN DES KINDERHÖRFUNKS IM FERNSEHZEITALTER

Anforderungen, die sich den Kinderprogrammen stellen, aufgezeigt am Beispiel der Sendereihe "Der Grüne Punkt" +

"Wir, die Macher von Kinderfunkprogrammen, sind nicht mehr in der beneidenswerten Situation der fünfziger Jahre; wir müssen uns heute nicht nur gegen die Konkurrenz des Fernsehens behaupten, sondern auch gegen diese Waren, die eingeschaltet werden zum Abschalten, die als Geräuschkulisse beim Spielen, bei den Schularbeiten, zum Tagträumen und zum Abschlaffen dienen." 1) Diese Feststellung gibt Aufschluß darüber, daß sich der Kinderhörfunk der achtziger Jahre einer Vielzahl von Problemen gegenübergestellt sieht, nicht nur, was seine Formen und Inhalte betrifft, sondern auch in Bezug auf seine weitere Existenz.

Der Kinderfunk, nahezu so alt wie die ersten Rundfunksendungen in Deutschland und traditioneller Bestandteil des Radioprogramms, hat an Bedeutung verloren. Dies dokumentiert sich nicht nur an schwindenden Hörerzahlen und knapp gehaltenen Budgets der Redaktionen, sondern auch daran, daß er in der aktuellen Medienliteratur kaum zur Kenntnis genommen wird. Eine Auseinandersetzung mit den Kinderprogrammen des Hörfunks findet nicht statt. Für viele Autoren medienwissenschaftlicher Literatur sind die Begriffe "Medien" und "Fernsehen" bereits synonym geworden. Unbestritten ist, daß auch für Kinder das Fernsehen das am intensivsten genutzte Massenmedium ist und schon von seinen Anfängen her der schärfste Konkurrent des Hörfunks war. Wie keine Generation zuvor sind Kinder heute einer Vielzahl von Medien ausgesetzt, wobei das Fernsehen eine dominierende Rolle einnimmt. Urie Bronfenbrenner faßte dieses Phänomen in der Feststellung zusammen, daß die meisten Familien heute "aus Vater, Mutter, Kind und Fernsehapparat bestehen" 2). Das Fernsehen ist zu einer Sozialisationsinstanz geworden. Unbegrenzter Zugang und einfache Handhabung lassen es bereits für Kleinkinder zugänglich werden. Kinder sind heute besser über die Welt informiert als je zuvor; die "Teilnahme an der Erwachsenenwelt" 3) ist möglich geworden. Kinder- und Erwachsenenkultur haben sich aneinander angeglichen 4). Kinder schätzen das Erwachsenenprogramm und "umgekehrt erfreuen sich bei Erwachsenen Sendungen großer Beliebtheit, die für Kinder gedacht sind" 5).

+ Der Beitrag stellt die Kurzfassung meiner 1984 an der Universität Erlangen-Nürnberg abgeschlossenen Magister-Arbeit zum gleichen Thema dar.

1) Uta Beth-Hartmann: Mediennutzung durch Kinder, in: Heidi Büchler-Krienke (Protokoll), Kinderfunk - Ein veraltetes Medium? Fortbildungsveranstaltung des Süddeutschen Rundfunks (Stuttgart) vom 25.bis 27. Juni 1984. Internes Papier, Stuttgart 1984, Anhang S. 12.

2) Zitiert nach: Klaus Jensen/Jan-Uwe Rogge (Hrsg.): Der Medienmarkt für Kinder in der Bundesrepublik, Tübingen 198o, S. 1.

3) Heinz Hengst: Kindheit als Fiktion, Frankfurt/Main 1981, S.26.

4) Vgl. Neil Postman: Das Verschwinden der Kindheit, Frankfurt/Main 1983.

5) Heinz Hengst: Kindheit als Medienkindheit oder Kindheit vor der Auflösung. Sendemanuskript. Radio Bremen vom 31. Juli 1982, Teil I, S. 12.

Dieser Prozeß ist bei den Radioprogrammen für Kinder nicht zu beobachten. Die Geschichte des Kinderfunks von den Anfängen bis heute enthält Hinweise darauf, wie dessen schwindende Attraktivität zu erklären ist. Bereits die ersten Jahre des Kinderfunks in der Weimarer Republik sind gekennzeichnet durch strenge staatliche Kontrolle und absolute politische Neutralität 6). Aufgrund ihrer Gesellschaftsferne und politischen "Abstinenz" hatten auch die Nationalsozialisten keinerlei Probleme mit dieser Gattung. Nach Kriegsende gab es keinen Neubeginn; gesellschaftsferne, "brave" und vor allem unpolitische Inhalte blieben maßgebend. Der Kinderfunk blieb eine fern von der Realität der Trümmerwelt angesiedelte Idylle, eine abgehobene "heile Welt". Erst in den fünfziger Jahren, also mit einer Verspätung von Jahrzehnten, gab es erste wissenschaftliche Überlegungen und Untersuchungen, die sich mit dem rundfunkhörenden Kind befaßten. Überkommene Inhalte, Methoden und Formen des Kinderfunks mußten verändert werden; die Märchentanten und Gute-Nacht-Geschichten-Onkel wurden zwar weitgehend beibehalten, doch das Erscheinungsbild des Kinderfunks erweiterte sich mit Rätsel- und Quizsendungen, Reportagen, Interviews und Magazinen und nutzte damit "alle Möglichkeiten des Erwachsenenfunks" 7).

Der Wunsch, von überholten Darbietungsweisen abzukommen, scheiterte jedoch oft an der personellen Unterbesetzung der Redaktionen, an fehlenden Untersuchungen über die Hörgewohnheiten von Kindern und am Geld, denn "die Kinderfunk-Budgets der einzelnen Sender sind klein, es muß gespart werden" 8). Bei vielen Sendeanstalten ist es bis heute üblich, freie Mitarbeiter und Autoren der Kinderprogramme schlechter zu bezahlen als die anderer Sparten. Erst mit Aufkommen der internationalen Vorschul-Bewegung, und seit das Fernsehen Sendungen für die Zielgruppe Vorschulkinder produzierte, von denen die Sendereihe "Sesame Street" die herausragendste war, wurden politische Bildung und soziales Lernen auch für den Kinderfunk relevant und Kinder im Vorschulalter als Hörerpublikum beachtet. Nicht zuletzt unter dem Druck der rückläufigen Hörerzahlen sind die Ansprüche an den Kinderfunk größer geworden. Über Unterhaltung, Amusement, Originalität und Wissensvermittlung hinaus sucht man verstärkt den Kontakt zum Hörer. Manche Kinderfunkredaktionen formulieren es als ihr erklärtes Ziel, den Rezipienten in seiner Lebenswelt anzusprechen und dessen Probleme ernstzunehmen, doch überwiegen weiterhin die konventionellen und traditionellen Angebote; Alternativen sind rar.

---

6) Vgl. Brunhild Elfert: Die Entstehung und Entwicklung des Kinder- und Jugendfunks in Deutschland von 1924 bis 1933 am Beispiel der Berliner Funk-Stunde AG. Diss.Phil. Münster vom 29. Juni 1984.
7) Brigitte Knott: Die Kinderprogramme des Hörfunks, in: FUNK-Korrespondenz 26 Jg. (1978), Nr. 45, Beilage S. 2.
8) Wolfgang Hartlieb: Die öffentlich-rechtliche Konkurrenz, in: Heinz Hengst: Auf Kassetten gezogen und in Scheiben gepreßt. Tonkonserven und ihre Funktionen im Medienalltag von Kindern, Frankfurt/Main 1979, S. 168.

Eine Übersicht über die Angebote der Kinderfunkredaktionen der ARD-Anstalten 9) läßt folgende Regelmäßigkeiten erkennen: Bei nahezu allen Kinderfunkredaktionen fallen festgelegte, regelmässige Sendezeiten und Seriencharakter auf. Die festen Sendezeiten sind von Vorteil für die Ausbildung von Hörgewohnheiten, doch wird damit den Redakteuren auch die Möglichkeit entzogen, über diese Sendezeiten hinaus auf aktuelle Ereignisse zu reagieren. Bis auf zwei Sendeanstalten (Radio Bremen und RIAS) ist der Kinderfunk nahezu täglich präsent; nur am Wochenende kommt es zu Abänderungen. Im Durchschnitt kann man etwa von 2o-25 Minuten Kinderfunk pro Tag ausgehen. Die vorherrschenden Programmplätze sind im ersten und zweiten Programm, nur zwei Rundfunkanstalten (SR, SFB) senden partiell auch im dritten Programm. In der Sendezeit ergeben sich Streuungen von 7.3o Uhr (Bayerischer Rundfunk) bis 19.15 Uhr (Sender Freies Berlin); die häufigste Sendezeit liegt in den Nachmittags- und frühen Abendstunden. Nur zwei Sendeanstalten (SDR, SFB) senden am Vormittag. Auffallend ist, daß die Mehrzahl der Redaktionen (sieben von zehn) von Frauen geleitet werden.

Betrachtet man die inhaltliche Konzeption, so fällt auf, daß die traditionellen Kinderfunk-Tabus Politik, Religion und Sexualität von dem Gros der Sendungen nicht durchbrochen werden. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus der Tatsache, daß Kinderfunk lange Zeit nahezu identisch mit Märchenfunk war und dies auch heute noch zum Image gehört, verbunden mit einer gewissen Erwartungshaltung. Immer noch hält sich die Vorstellung, daß fiktive Inhalte, narrativ aufbereitet, das ideale Programm für die kleineren Hörer darstellten und Kinder von der gesellschaftlichen Realität möglichst fern gehalten werden sollten, weil es sie frustriere und weil sie eine "heile Welt" zum Aufwachsen brauchten. Das Kind solle vor problematischen oder negativen Gefühlen weitgehend bewahrt werden. Dagegen steht die Auffassung, über den Kinderfunk politische Bildung und soziales Lernen vermitteln zu wollen. Das bedeutet, "die reale Umwelt der Kinder, ihre Bedürfnisse, Probleme, Ängste, Hoffnungen und Möglichkeiten zur Sprache zu bringen, Erkenntnisse und Sensibilität zu wecken und zu fördern, also die Grenzen dessen zu sprengen, was man - etwa im Zeichen der Reformpädagogik - als 'kindgemäß' verstand" 1o). Doch erfordert die Darstellung von Realität auch das Aufzeigen von Alternativen, wenn nicht Resignation entstehen soll. In diesen beiden gegensätzlichen Positionen lassen sich literarische und pädagogisch-aufklärerische Grundorientierungen 11) des Kinderfunks erkennen.

Eindeutig pädagogisch-aufklärerisch orientiert ist die Sendereihe "Der Grüne Punkt" vom Süddeutschen Rundfunk. Sie ist nach wie vor die einzige Sendung, die sich an Kinder und Erwachsene wendet.

---

9) Rose-Marie Schwerin: Übersicht über die Programmschemen des Jahres 1984 der Kinderfunkredaktionen, in: Heidi Büchler-Krienke (Protokoll), Kinderfunk - Ein veraltetes Medium? a.a.O., Anhang.
1o) Klaus Klöckner: Hörfunk, in: Dietrich Grünewald/Winfried Kaminski (Hrsg.), Kinder- und Jugendmedien, Weinheim 1984, S.2o5.
11) Das Beschreibungsinstrumentarium der Grundorientierungen wurde entwickelt von: Brigitte Knott: Die Kinderprogramme des Hörfunks, a.a.O., S. 26.

Allerdings hat sie bis heute keinen Signalcharakter für die Konstituierung ähnlicher Kinderfunkprogramme gehabt. "Die wohl ungewöhnlichste Kinderfunk-Redaktion innerhalb der ARD" 12) hat nach etwa zweijähriger Planungsphase im März 1973 die erste Sendung vorgestellt. Ziel war es, erstmals auch Vorschulkinder als Rezipienten eines Hörfunkprogramms anzusprechen. Da es an diesbezüglicher Erfahrung mangelte, orientierte man sich zunächst am Kinderfunk und an dessen traditionellen Vorstellungen, doch verlief dies unbefriedigend. Das Projekt, als unbefristetes Kooperationsvorhaben von SDR, SWF und SR eingerichtet, verselbständigte und löste sich vom Kinderfunk ab. Somit beschäftigt der SDR als einzige ARD-Anstalt zwei Kinderfunkredaktionen, die unabhängig voneinander sind. Um ihre Zielgruppe nicht aus den Augen zu verlieren, hat die Redaktion feste Kontakte zu Kindergärten, Erziehern und Eltern geknüpft. Regelmäßig wird in Kindergärten protokolliert, wie Sendungen vom "Grünen Punkt" bei den Rezipienten ankommen. Nach Angaben der Redaktion kann man annehmen, daß die Sendungen täglich ca. 16o.ooo bis 17o.ooo Hörer erreichen. Sie gehen in ihren Inhalten von der unmittelbaren Lebenswirklichkeit der Kinder aus. Das bedeutet, daß für viele Themen Familie und Kindergarten den Rahmen bilden. Jedoch macht auch dieses Projekt Probleme des Kinderfunks deutlich: "Der Grüne Punkt" ist im zweiten Programm des SDR angesiedelt. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil das zweite Programm des SDR im Vergleich zum ersten und dritten Programm die wenigsten Hörer hat. Zudem ist "Der Grüne Punkt" in ein Programmumfeld, bestehend aus E-Musik ("Musikstunde" und "Hörer wünschen Klassik") eingebettet, was "die Hemmschwelle, sich eine solche Sendung regelmäßig anzuhören" 13), noch vergrößert. Zu wünschen wären ein besseres Programmumfeld und mehr Sendeplätze, auch in den beiden anderen Programmen. Am 1. Januar 1985 wurde die Sendezeit des "Grünen Punkts" von 3o auf 25 Minuten pro Tag verkürzt. Diese Neuerung hat zur Folge, daß Inhalte noch mehr verdichtet und gepreßt werden müssen. Das kann auf Kosten der Verständlichkeit gehen: Redundanzen wie Pausen, Songs und Wiederholungen, die das Programm auflockern, müssen eingeschränkt werden oder gar wegfallen.

Zu diesen in allen Sendeanstalten ähnlich ungünstigen Rahmenbedingungen kommt neben dem Fernsehen ein weiterer Kontrahent des Kinderfunks, der kommerzielle Tonträgermarkt. Dieser massiven Konkurrenz hat der Kinderfunk wenig entgegenzusetzen; man könnte sogar behaupten, daß er den Tonträgern den Markt nahezu kampflos überlassen hat. Dies ist um so verwunderlicher, als Tonträger und Kinderfunk eine enge Verwandtschaft aufweisen, nicht nur, weil sie akustische Medien sind. Die Phonoindustrie hat die Hörspiele für Kinder nicht erfunden: "Inhalte und Formen dieses Genres hatten sich in den Kindersendungen des Hörfunks längst ausgebildet." 14) Doch hat sich der Kinderfunk mit seinen Produktionen, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen 15),

---

12) ebenda, S. 6.
13) Gabriele Hoffmann/Rieke Müller-Kaldenberg: Sozialisations- und Erziehungshilfen durch den Hörfunk? Am Beispiel des Vorschulprogramms "Der Grüne Punkt", in: Fernsehen und Bildung 11. Jg. (1977), Nr. 3, S. 196.
14) Wolfgang Hartlieb: Die öffentlich-rechtliche Konkurrenz, a.a.O., S. 162.
15) Beispielsweise wurden 1979 in Kooperation mit einem Verlag Tonkassetten mit Hörspielen vom "Grünen Punkt" samt Begleitbüchern auf den Markt gebracht.

nie auf den Markt gedrängt. Da die Phonoindustrie somit keinen gleichartigen und ernstzunehmenden Konkurrenten hatte, konnte man sich ganz auf einen schnellen Profit orientieren. Dem fielen als erstes Qualitätsmaßstäbe zum Opfer. Die Produktionen müssen vor allem billig sein; das bedeutet einen möglichst geringen Aufwand, was die dramaturgische Bearbeitung, die Auswahl der Sprecherstimmen, die Regie und die Geräuschzuspielungen angeht. Der massenhafte Absatz dieser Produkte zeigt, daß es auf Qualität nicht ankommt.

Diese Entwicklung ist als bedrohlich anzusehen, da "die Phonoindustrie... die Hörgewohnheiten der Kinder (prägt und)... sich durch frühzeitige Gewöhnung ein eigenes Publikum, das taub geworden ist für andere, für neue Klänge" 16), schafft. Das bedeutet, daß noch mehr Publikum auf diese Weise vom Kinderfunk, dessen Produktionen sich grundlegend von denen der Phonoindustrie unterscheiden, abgezogen wird. Der Hörfunk ist ohnehin durch seine Unwiederholbarkeit und nur gelegentliche Verfügbarkeit kein attraktives Medium.

Zusätzlich zu dieser Konkurrenz stellt sich die Frage, wie es mit dem Kinderfunk in einer veränderten Medienlandschaft weitergehen soll und wie die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Anstalten aussehen wird, denn: "Bei den Privaten wird man pädagogisch verantwortete Programme vergeblich suchen." 17) Wenn sich Notwendigkeit, Berechtigung und Relevanz von Kinderprogrammen nachweisen lassen, ist bereits ein entscheidendes Argument gegen den kommerziellen Rundfunk gewonnen.

Auch indirekt ist der Hörfunk von den zukünftigen Programmausweitungen betroffen, nämlich durch "die Erhöhung der Sehzeit bei Kindern in Verbindung mit einer Vermehrung von Fernsehangeboten" 18). Das hat zur Konsequenz, daß die Zeit für Hörfunknutzung weiter abnehmen und darüber hinaus ein Phänomen Bedeutung erlangen dürfte, das von der Wissenschaft als "increasing knowledge gap", als Wissenskluft beschrieben wird. Jeder kann sich sein Programm je nach individuellem kognitiven Entwicklungsstand auswählen, woraus folgt, daß "durch leicht erreichbare Programmangebote die Dummen dümmer und die Klugen klüger werden" 19).

Ausreichende finanzielle Mittel und Unabhängigkeit sind Voraussetzungen für ein gutes, qualitativ hochstehendes und vielseitiges Programm. Wenn die Rundfunkanstalten in Geldnot kommen, werden als erstes die - von den Einschaltquoten her wenig effektiven - Minderheitenprogramme von Änderungen und Kürzungen betroffen sein. Eine Kinderfunkredakteurin formuliert das so: "Der Legitimationsdruck für unsere Programme wird wahrscheinlich noch

---

16) Wolfgang Hartlieb: Die öffentlich-rechtliche Konkurrenz, a.a.O., S. 166.
17) Reinfried Hörl, zitiert nach: Heidi Büchler-Krienke (Protokoll), Kinderfunk - Ein veraltetes Medium? a.a.O., S. 8.
18) Hertha Sturm: Programmausweitungen: Das Problem sind die Kinder, in: Media-Perspektiven Jg. 198o, Nr. 9. S. 621.
19) ebenda, S. 623.

stärker werden, wenn wir auch noch die Konkurrenz der kommerziellen Sender zu spüren bekommen." 2o) Um den Kinderfunk trotz allem noch attraktiv zu gestalten, sieht die Redakteurin nur einen Weg: "Ich denke, bei uns müßten sie (die Kinder und Jugendlichen) etwas kriegen, was ihnen sonst nicht geboten wird." 21)

Die Anforderungen, die der Kinderfunk zur Bewältigung seiner Aufgaben erfüllen müßte, stellen sich - sicher noch ergänzungsfähig - zusammengefaßt so dar: Vorbedingung für ein besseres Programm ist, daß der Kinderfunk nicht unter personellen und finanziellen Engpässen leidet; Experimente mit neuen Hörformen kosten Geld. Beispielsweise gibt es nur noch wenige speziell für den Kinderfunk geschriebene Lieder, weil das Budget zu klein ist. Der Kinderfunk sollte "betonter als bisher seine Isolation verlassen, sich stärker in andere Programme integrieren und sich an der Entwicklung von neuen Programmformen beteiligen" 22). Die Zusammenarbeit der Kinderfunkredaktionen könnte noch intensiviert werden. Bessere Sendezeiten, feste Programmplätze und ein attraktives Umfeld können den Kinderfunk einem größeren Publikum bekanntmachen. Die Sendeeinheiten sollten überschaubar und nicht zu klein angelegt sein; wer wird sein Radio wegen einer fünfminütigen Sendung einschalten? Abgesehen davon kann in dieser Zeit kein zu vermittelnder Inhalt erschöpfend behandelt werden; Redundanzen sind bei fünf Minuten Sendezeit nicht möglich. Die Sendezeiten müssen das Element der Wiederholung in sich tragen; das meint sowohl Wiederholung der ganzen Sendung als auch Wiederholung innerhalb der Sendung. Auch muß die Zielgruppe genau definiert und die Sendung auf die jeweilige Entwicklungsstufe ausgerichtet sein, denn unter dem Überbegriff Kind läßt sich vom Säugling bis zum Pubertierenden alles fassen. Der Kinderfunk ist mehr als andere Zielgruppenprogramme auf Vermutungen angewiesen, da die Funkmedienanalysen kindliche Hörer nicht berücksichtigen 23). Dies müßte unbedingt geändert werden. Sehr aufschlußreich ist das Verfahren der Redaktion "Der Grüne Punkt", diese Lücke durch die Erstellung von Hörer-Protokollen zu schließen. Das erfordert allerdings auch die Bereitschaft, ein aufgestelltes Konzept eventuell wieder zu ändern.

2o) Uta Beth-Hartmann: Mediennutzung durch Kinder, a.a.O., S. 1o.
21) ebenda, S. 13.
22) Reinfried Hörl, zitiert nach: Heidi Büchler-Krienke (Protokoll), Kinderfunk - Ein veraltetes Medium? a.a.O., S. 7.
23) "Es gibt praktisch keine Untersuchungen über die Hörgewohnheiten von Kindern. Offensichtlich will man es auch gar nicht wissen, denn als die ARD vor einiger Zeit eine Untersuchung über Hörerminderheiten startete, wurden zwar auch Kinderfunkredaktionen aufgefordert, mitzuteilen, was sie über ihre Hörer wissen wollten, als die Untersuchung dann aber fertiggestellt war, erfuhren die Kinderfunkmacher zu ihrer großen Verblüffung, daß man die Kinder außer acht gelassen und erst mit den 14jährigen begonnen hatte. Für die Redakteurinnen und Redakteure des Kinderfunks ein deutlicher Hinweis darauf, wie ihre Arbeit innerhalb der Rundfunkanstalten eingeschätzt wird. Was ihre Hörer angeht, bleiben sie nach wie vor auf Vermutungen angewiesen." Wolfgang Hartlieb: Die öffentlich-rechtliche Konkurrenz, a.a.O., S. 165.

Die Idee, auch Erwachsene in Kindersendungen anzusprechen, muß größere Resonanz finden. Sie hat den positiven Nebeneffekt, daß solche Programme ernster genommen und auch mit mehr Sorgfalt produziert würden, weil sich nicht mehr sagen ließe: "Kinder merken den Unterschied sowieso nicht!" Außerdem: die Mediennutzungsgewohnheiten der Eltern gehen auf die Kinder über. Die Sendungen sollten sich mehr an der Lebenswelt der Kinder orientieren. Deshalb müssen sie noch lange nicht lehrhaft sein. Zu häufig werden nur fiktionale Inhalte als unterhaltend und phantasieanregend angesehen.

Abzulehnen ist jegliche Form von Kindertümelei. Viele Kinderprogramme bieten Identifikationsfiguren an, die sich als "niedlich, aber ein bißchen doof" charakterisieren lassen. Dahinter steht eine traditionelle Einschätzung, die Erwachsene von Kindern haben. Wenn im Kinderfunk solche überholten Vorstellungen tradiert werden, ist es nicht möglich, Kinder als Partner zu sehen, von denen auch Erwachsene noch etwas lernen könnten. Die Kinderfunkredakteure dürfen ihr Tun (wahrscheinlich eine Quelle permanenter Minderwertigkeitsgefühle) nicht am massenhaften Erfolg anderer Medien messen. Zu leicht wird über Einschaltquoten alles andere vergessen. Um der Konkurrenz des kommerziellen Tonträgermarktes besser zu begegnen und das Qualitätsniveau des Marktes anzuheben, sollten die Rundfunkanstalten versuchen, ihre eigenen Produktionen auf Kassetten zu ziehen, sei es in Kooperation mit einem Verlag oder in Eigenregie.

An die medienspezifischen Vorteile des Hörfunks - Intimität, Zielgruppenforum, Unmittelbarkeit, Konzentrationsschulung, Phantasieförderung - wird selten gedacht; die Kinderfunkredakteure machen nicht bewußt und gezielt von ihnen Gebrauch. Aus der Tatsache, daß Kinder sehr gerne fernsehen, muß nicht zwingenderweise folgen, daß dieser Medienkontakt für Kinder befriedigend ist oder daß sich "für die Kindergarten- und Vorschulkinder... das optische Medium besser" 24) eigne.

Von entscheidender Bedeutung ist die sprachliche Präsentation der Sendungen. Sie sollte attraktiv und zugleich leicht verstehbar sein. Die Unmöglichkeit eines sofortigen Feedbacks, die Zeitgebundenheit und Einmaligkeit massenmedialer Aussagen erfordern es, Sprache nicht rein intuitiv, sondern gezielt einzusetzen. Da die Kommunikatoren, in diesem Falle die Journalisten, von ihrer eigenen sprachlichen Kompetenz ausgehen, unterschätzen sie Sprachbarrieren. Weil die Verarbeitung gesprochener Sprache komplexe Fähigkeiten des Rezipienten erfordert und die kindlichen Kapazitäten der Informationsverarbeitung noch nicht voll ausgebildet sind, muß die sprachliche Gestaltung von Kinderprogrammen besonders durchdacht sein. Freude am Zuhören kann es nur geben, wenn das Kind die Aussagen verstehen und verarbeiten kann.

---

24) Georg Bossert: Der Kinderfunk, in: Paul Engstfeld/Peter Gutjahr-Löser (Hrsg.), Kinder und Medien, München 198o, S. 36.

BIBLIOGRAPHIE

Rundfunkbezogene Hochschulschriften aus kommunikationswissenschaftlichen Fachinstituten

Die Dokumentation rundfunkbezogener Hochschulschriften (Habilitationen, Dissertationen, Magisterarbeiten) liegt im Argen. Eine bis zu ihrem Erscheinungsdatum erstmalig vollständige Bibliographie der Rundfunkdissertationen von Winfried B. Lerg (Rundfunkdissertationen an deutschen Hochschulen 192o-1953 (1957); in: Publizistik 2. Jg. (1957), Nr. 3, S. 185-189; Nr. 4, S. 249-252; Nr. 5, S. 31o-315) hat keine Fortsetzung gefunden. Bis zum Jahre 1967 sind indes rundfunkbezogene Hochschulschriften in dem Gesamtverzeichnis von Volker Spiess (Verzeichnis deutschsprachiger Hochschulschriften zur Publizistik 1885-1967, Berlin und München-Pullach: Verlag Volker Spiess und Verlag Dokumentation 1969) erfaßt. In den MITTEILUNGEN hat Ansgar Diller vor nunmehr zehn Jahren den Versuch einer regelmäßigen Berichterstattung begonnen (Dissertationen: Rundfunkgeschichte, in: 1. Jg 1974/75, Nr. 1, S. 11-12; Nr. 2, S. 16-17; Nr. 5, S. 13 sowie: Diplom-, Magister-, Staatsexamensarbeiten, in: 1. Jg 1974/75, Nr. 3, S. 16-17; Nr. 4, S. 21). Doch auch seine Bemühungen blieben ohne Fortführung.

Beginnend mit der vorliegenden Nummer versuchen die MITTEILUNGEN, diese empfindliche Lücke durch regelmäßige Berichte der kommunikationswissenschaftlichen Fachinstitute über abgeschlossene, einschlägige Hochschulschriften zu schließen. Dem ersten Bericht aus dem Institut für Publizistik der Universität Münster für den Zeitraum von Wintersemester 198o/81 bis Wintersemester 1984/85 sollen in den kommenden Nummern Berichte der anderen bundesdeutschen Fachinstitute, aber auch derjenigen des deutschsprachigen Auslands, folgen.

Institut für Publizistik der Westfälischen Wilhelms-Universität
Bispinghof 9-14, 44oo Münster/Westf.
Wintersemester 198o/81 - Wintersemester 1984/85

Habilitation

Klaus Schönbach: Politische Wirkungen von Presse und Fernsehen: Ein Vergleich anhand ihrer Einflüsse bei der Europawahl. Habil. vom 15. Dezember 1982 (München et al.: K.G. Saur 1983 unter dem Titel: "Das unterschätzte Medium. Politische Wirkungen von Presse und Fernsehen im Vergleich".)

Dissertationen

Michael Crone: Die Rundfunkpolitik der Nationalsozialisten in den besetzten Niederlanden in den Jahren 194o - 1945. Diss. vom 19. Dezember 198o (München et al.: K.G. Saur 1983 unter dem Titel: "Hilversum unter dem Hakenkreuz")

Thomas Bellut: Die DDR-Berichterstattung in den Nachrichtenmedien der Bundesrepublik. Diss. vom 7. Dezember 1982 (Münster/Westf.: Lit-Verlag 1983)

Thomas Schneider: Presse, Hörfunk und Fernsehen in Centroamerika. Eine Typologie unter besonderer Berücksichtigung der Unterentwicklungssituation in den Ländern Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica. Diss. vom 4. Februar 1983 (Münster/Westf.: Lit-Verlag 1983)

Bachtiar Aly: Geschichte und Gegenwart der Kommunikationssysteme in Indonesien. Eine Untersuchung zur publizistischen Entwicklung. Diss. vom 18. Juli 1983 (Frankfurt/Main et al.: Verlag Peter Lang 1984)

Joachim Siedler: Die Ausstrahlung der Fernsehserie 'Holocaust' in der Bundesrepublik Deutschland. Diss. vom 2o. Juli 1983 (Münster/Westf.: Lit-Verlag 1984 unter dem Titel: "Holocaust. Die Fernsehserie in der deutschen Presse".)

Wolf Bierbach: Rundfunk zwischen Wirtschaftsinteressen und Politik. (Westdeutscher Rundfunk bis 1933). Diss. vom 3o. Januar 1984

Brunhild Elfert: Die Entstehung und Entwicklung des Kinder- und Jugendfunks in Deutschland von 1924 bis 1933 am Beispiel der Berliner Funk-Stunde AG. Diss. vom 29. Juni 1984

Ingrid Paus-Haase: Soziales Lernen in der Sendung 'Sesamstraße'. Versuch einer Standortbestimmung. Diss. vom 6. Februar 1985

Magisterarbeiten

Gabriele Brüggemann: Das britische Rundfunksystem im Wandel. M.A. vom 28. Januar 1981

Andreas Linke: Die Arbeitsgemeinschaft Schülerfernsehen (Westdeutsches Schulfernsehen). Ein Beitrag zur Entwicklung medienpädagogischer Theorie und Praxis. M.A. vom 9. Februar 1981

Matthias Felsch: Zum Problem der Hörerbeteiligung - die WDR-Sendung 'Hörer machen Programm'. M.A. vom 16. Juli 1981

Franz Heinrich Ott: Ein Vergleich zwischen Themen der Berichterstattung in ausgewählten Medien und das Themenbewußtsein der Bevölkerung. M.A. vom 1o. Februar 1982

Volker Präkelt: Musik im Fernsehen. M.A. vom 16. Juli 1982

Wolfgang Haferkamp: Vergleich der Rezeption von Unterhaltungs- und Informationssendungen des Fernsehens. Ein Studiotest mit Studenten. M.A. vom 8. Februar 1983

Kurt Rolf Hesse: Das Medienverhalten der erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland - Versuch einer Typologisierung anhand einer Panelumfrage anläßlich der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979. M.A. vom 16. Februar 1983

Heinz Peter Schmitz: Verlegerstandpunkte in der Debatte um einen privaten Rundfunk in der Bundesrepublik im Vergleich mit nordamerikanischen Erfahrungen, unter besonderer Berücksichtigung von TV/Newspaper-Cross-Ownership. M.A. vom 16. Mai 1983

Holger Neuhaus: Musikbeiträge im Jugendfunk von Radio Bremen 1946 - 1977. M.A. vom 19. Mai 1983

Margarete Petzold: Axel Eggebrecht - Typus einer Journalistengeneration. Untersucht vor dem zeitlichen Hintergrund der Jahre 1921 bis 1949. M.A. vom 13. Juli 1983

Rita Sarasti: Rundfunk in Finnland. Entstehung und Entwicklung von Rundfunk und Fernsehen. M.A. vom 19. Juli 1983

Eric Schäfer: Rundfunk in Skandinavien. M.A. vom 19. Juli 1983

Peter Widlok: Vancouver Co-operative Radio. Partizipation bei lokalem Hörfunk. M.A. vom 1o. November 1983

Barbara Westmark: Die Region als publizistischer Handlungsraum. M.A. vom 3o. Januar 1984

Klaus Hillebrand: Sport in den III. Fernsehprogrammen. Eine Untersuchung anhand des Westdeutschen Fernsehens (WDF) und Südwest 3 (S 3). M.A. vom 8. Februar 1984

Dieter Menne: Rundfunkverwaltung im Dritten Reich. Die Abteilung Rundfunk im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. M.A. vom 1o. Februar 1984

Hubert Heinrich Konert: Rundfunkkontrolleure in der Weimarer Republik. Eine Vorstudie zur Gremienforschung. M.A. vom 9. April 1984

Dieter Sobotka: Die medienpolitischen Positionen und Ziele der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Dargestellt an der Auseinandersetzung bei der Einführung von Kabel-Pilotprojekten. M.A. vom 17. April 1984

Jens Werner: Massenkommunikation und Herrschaft im Staatssozialismus. Die 'Normalisierung' in der Rundfunkkommunikation der CSR nach 1968. M.A. vom 25. April 1984

Ulrich Heitger: Die Entwicklung und Bedeutung der Nachrichtensendungen des Weimarer Rundfunks als eigenständiger Programmteil bis zur Rundfunkordnung des Jahres 1926. M.A. vom 4. Dezember 1984

Florian Rody: "Video und Fernsehen". Eine Studie der transmediären Beziehungen. M.A. vom 3o. Januar 1985

Arnulf Kutsch

Zeitschriftenlese 34 (1.12.1984 - 28.2.1985 und Nachträge)

- Hermann-Josef Ackermann: Radio in Asien: Bangladesh, in: Kurier. Jg. 19. 1985. Nr. 3. S. 9-1o.
- Holger Bremenkamp: Hörfunk und Fernsehen in Italien, in: Die elektronischen Medien. Heidelberg 1984. S. 93-1o2.
- Chronik des Rundfunks der DDR 1983. (Vom) Lektorat Rundfunkgeschichte (des Staatlichen Komitees für Rundfunk beim Ministerrat der DDR), in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 18. 1984. H. 2. S. 52-9o.
- Helga Dierichs: Ein Sender für uns, in: Frauenstrategien. Frankfurt 1984. S. 65-78. Zur Geschichte des Frauenfunks und zur Situation der Journalistinnen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.
- Ansgar Diller: "Das deutsche Radio wirkt mächtig." Nationalsozialistischer Rundfunk als Propagandawaffe, in: Das Parlament. Jg. 34. 1984. Nr. 49. S. 17.
- Ansgar Diller: Einem wahllosen Stochern im Nebel ähnlich. Der Rundfunk in der "Chronik deutscher Zeitgeschichte" (1918-1945), in: Funk-Korrespondenz. Jg. 32. 1984. Nr. 49. S. 12-15.
- Ansgar Diller: "Wollen wir in Cassel nur fremde Musik und fremde Vorführungen hören?" Vor 6o Jahren bekam auch Nordhessen seinen Sender. Von den Aktivitäten des ehemaligen Oberbürgermeisters und Reichskanzlers a.D. Philipp Scheidemann, in: Frankfurter Rundschau. Jg. 41. 1985. Nr. 4. S. 12.
- Bert Donnepp: Ergänzung einer Chronik - Zum Verhältnis Fernsehen und Volkshochschule, in: Volkshochschule im Westen. Jg. 36. 1984. H. 6. S. 31o-314.
- Terry Doyle: BBC foreign language teaching programmes, in: Media in education and development. Vol. 17. 1984. Nr. 4. S. 2o9-213.
- Marianne Engels-Weber: Mit größter Intensität Geschichten erzählen. Ein Gespräch mit Peter Beauvais anläßlich zweier neuer WDR-Fernsehfilme, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 33. 1985. Nr. 8. S. P1-P2.
- Gabriele Finger-Hoffmann: "Der grüne Punkt". Radio für besseres Zusammenleben, in: W & M. Weiterbildung und Medien. 1984. Nr. 6. S. 27-3o.
- Giuseppe Grizzaffi: Fernsehen in Italien: Der Weg zum Duopol, in: Media Perspektiven. 1984. H. 11. S. 854-861.
- Reynaldo V. Guioguio: A framework for a national communication policy in the Philippines, in: Media Asia. Vol. 11. 1984. Nr. 3. S. 159-166.
- Marianne Hoebbel, Manfred Börner: Fortgeschriebene Programm-Notizen im 2o. Jahr von DT 64 (Jugendfunk DDR), in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 18. 1984. H. 2. S. 42-51.
- (Herbert) J(ansse)n: Das Standbein ist katholisch. Zur Lage der Fernseh-Film-Produktionsgruppe Tellux-Provobis-IFAGE, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 33. 1985. Nr. 6. S. 5-6.
- Hans J. Kleinsteuber: Hörfunk und Fernsehen in den USA, in: Die elektronischen Medien. Heidelberg 1984. S. 136-152.
- Ursel Köbberling: Eskimo-Fernsehen im Norden Kanadas, in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 32. 1984. Nr. 3. S. 341-347.

- Gloria Krupp: Seit zwei Jahrzehnten bewährte Errungenschaft: RADIO DDR II. Zur Entwicklung des Kultur- und Bildungsprogramms, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 18. 1984. H. 2. S. 5-41.
- Peter Kurath: Auf neuen Geleisen gefahren? Versuch einer Bilanz: ein Jahr "Gott und die Welt", in: Funk-Korrespondenz. Jg. 33. 1985. Nr. 2. S. P1-P2.
- Walther von la Roche: Recht und Organisation des Rundfunks in Deutschland, in: Die elektronischen Medien. Heidelberg 1984. S. 19-37.
- Heinz Lorenz: Elfmal guter Rat per Bildschirm, in: Neue Deutsche Presse. Jg. 39. 1985. Nr. 2. S. 17. Überblick über die Ratgebersendungen des DDR-Fernsehens.
- Horst Marx, Ulf Balkhaus: Der nationale Rundfunk- und Fernsehdienst Irlands, in: Kurier. Jg. 19. 1985. Nr. 2. S. 8-1o.
- Heidi Mühlenberg: Überblick über das journalistische System Großbritanniens, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1984. H. 3. S. 189-197.
- Heike Mundzeck: Innen und außen. Die ZDF-Vorschulreihe "Anderland", in: Kirche und Rundfunk. 1985. Nr. 11. S. 4-7.
- Hans-Joachim Netzer: Zur Geschichte von Rundfunk und Fernsehen in Deutschland, in: Die elektronischen Medien. Heidelberg 1984. S. 1-18.
- Rupert Neudeck: Wehe, wenn sie unabhängig werden. Zur Leidensgeschichte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Nordrhein-Westfalen, in: Funk Report. 1984. Nr. 46/47. S. 3-4.
- Max Nyffeler: Avantgarde - gestern und heute. Der WDR machte Köln zu einem Zentrum der Neuen Musik, in: Köln. 1984. H. 4 1985. H. 1. S. 29-31.
- Gert Opitz: Hörfunk und Fernsehen in Frankreich, in: Die elektronischen Medien. Heidelberg 1984. S. 1o3-114.
- Oscar Patterson: An analysis of television coverage of Vietnam War (USA), in: Journal of broadcasting. Vol. 28. 1984. Nr. 4. S. 397-4o4.
- Edeltraut Peschel: Geschichtspropaganda im Journalismus der DDR-Entwicklung, Erfahrungen. Eine historische Betrachtung, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1984. H. 4. S. 223-228.
- Günter Raue: Eine Etappe stürmischer Differenzierung. Zu einigen Strukturveränderungen im journalistischen System nach Gründung der DDR, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1984. H. 4. S. 219-223.
- Günter Raue: Journalismus als Wegbereiter des Arbeiter- und Bauern-Staates, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1984. H. 3. S. 145-153.
- Eine Redaktion feiert Jubiläum. 4o Jahre deutsch in Paris. RFI Paris, in: Radiowelt. Jg. 2. 1985. Nr. 2. S. 14-15.
- Holger Rust: Public TV. Das schlechte Gewissen des US-amerikanischen Fernsehbetriebs, in: Medium. Jg. 15. 1985. H. 2. S.15-19.
- Michael Schacht: Hörfunk und Fernsehen in Großbritannien, in: Die elektronischen Medien. Heidelberg 1984. S. 115-135.
- Alois Schardt: Leistungen und Profil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Oder: Die Bestands- und Entwicklungsgarantie ist kein "medienpolitisches Gnadenbrot", in: Media Perspektiven. 1984. H. 12. S. 913-918.

- W(olfgang) S(cheunemann): This is NBC from Port Moresby. Bei den Rundfunkmachern in Papua/Neuguinea, in: Radiowelt. Jg. 2. 1985. Nr. 1. S. 4-11.
- August Soppe, Horst O. Halefeldt: Vor 6o Jahren: Ersten Hörfunksendungenaus der Region. Dresden, Kassel und Bremen machten den Anfang, in: DRA-Informationen. 1984. Nr. 4. S. 1-7.
- Peter Thomas: Rundfunk für eine Minderheit. Der deutsche Rundfunk in Belgien, in: Radiowelt. 1984. H. 4 (12). S. 4-8.
- Mechthild Zschau: Hessen Drei - gemäßigt, in: W & M. Weiterbildung und Medien. 1984. Nr. 6. S. 8-1o. Über "die Wandlung des Hessischen Fernsehprogramms vom 'weltoffenen, attraktiven Bildungs- und Informationsprogramm' zum gemäßigt-normalen Regional-Vollprogramm".

BESPRECHUNGEN

Walter Först (Hrsg.): Rundfunk in der Region. Probleme und Möglichkeiten der Regionalität (= Annalen des Westdeutschen Rundfunks, Bd. 6, hrsg. von W. Först), Köln-Stuttgart 1984, 4o8 Seiten

Siegfried Quandt, Jörg Calließ (Hrsg.): Die Regionalisierung der Historisch-Politischen Kultur. Nahwelt und Geschichte im Rundfunk (= Geschichte, Politik, Wirtschaft. Gießener Texte-Fachjournalismus, hrsg. von Siegfried Quandt, Bd. 1), Gießen (Walter Schmitz Verlag) 1984, 187 Seiten

Ende der siebziger Jahre war die Region bei den Radiomachern "in". Keine Rundfunkanstalt, Bildungsstätte oder Akademie, die nicht über die Regionalisierung der Programme Seminare veranstaltete. Entsprechende Denkschriften und Aufsätze überfluteten den Markt. Soziologisch, historisch und philosophisch wurde fleißig begründet, warum die Region für den radiohörenden Menschen von heute so wichtig und deshalb endlich fürs Programm zu "entdecken" sei. War das wirklich eine Entdeckung? Kaum. Allenfalls ein erneutes Reflektieren über ein altes, beinahe konstitutives Element des Hörfunks. Gewiß, der deutsche Rundfunk ist zu Beginn der zwanziger Jahre "von oben", d.h. von der Reichspostverwaltung in Berlin konzipiert und nach allem möglichen, nur nicht nach programmlichen Gesichtspunkten organisiert worden. Aber gewissermaßen schon am Tage danach meldeten die Regionen, Kulturbezirke, Städte, Gaue, Landschaften oder wie man sie nennen will, ihre Programmwünsche und -ansprüche an, von Jahr zu Jahr stärker. Von der Mitte der zwanziger Jahre an gab es bereits zahlreiche Regionalprogramme in Deutschland. Dem Postalisch-Zentralistischen von oben wirkte das Regionale von unten entgegen.

Das herausgearbeitet und (wieder) in Bewußtsein gehoben zu haben, ist das Verdienst des 6. Bandes der "Annalen des Westdeutschen Rundfunks", herausgegeben von Walter Först. Das gefällig aufgemachte Buch "Rundfunk in der Region" liefert in elf Aufsätzen und Erinnerungsberichten fundierte Untersuchungen und Nachdenkenswertes für die Problematik Rundfunk (als Organisation und Programm) in seiner Wechselbeziehung zum regionalen, politisch-gesellschaftlichen Umfeld. Die Aufsätze von Winfried B. Lerg ("Über die Entstehung der deutschen Rundfunktopographie") und Klaus Pabst ("Kulturlandschaft als Alibi") bringen neue und wesentliche Erkenntnisse zur frühen Rundfunkgeschichte, trotz gelegentlicher Überschneidungen. Wolf Bierbach ("Besatzungszonen und Länder") arbeitet interessante Zusammenhänge von den Anfängen bis zur Gegenwart heraus. Allein diese drei Aufsätze machen diesen 6. Band der "Annalen" zu weit mehr als einer Publikation, die nur für den WDR relevant ist. Hier wird Neues geboten. Daß die Sendetechnik (Dieter Hoff, "Reichweiten und Standorte") nicht vergessen wurde (leider verstehen

Historiker meistens wenig von Technik), ist erfreulich, zumal auch die Ingenieure zum Stichwort "Regionalisierung" viel beisteuern können. Wolfgang Horn schrieb mit seinem "Frohen Samstagnachmittag" ein schönes Stück Programmgeschichte am Beispiel einer einst sehr populären Sendung und erinnert ein weiteres Mal daran, daß die Programmgeschichte noch ein weites, kaum beackertes Feld der Rundfunkhistorie ist. Das WDR-Sonderproblem, die Beziehung des Senders in Köln zu Westfalen, hat Leo Flamm gut belegt bearbeitet. Programm-Praktiker (Buttler, Casdorff, Thoma) machen zusätzlich deutlich, daß Regionalprogramme wirklich keine Erfindung der siebziger Jahre sind.

Wolfram Köhler

Im Juni 1982 hatte die Evangelische Akademie in Loccum zu einer Tagung zum Thema "Regionalisierung der historisch-politischen Kultur" eingeladen, die inhaltlich von Siegfried Quandt und Jörg Calließ vorbereitet worden war. Der hier anzuzeigende Band enthält die auf der Tagung vorgetragenen Referate, mit deren Abdruck Quandt die von ihm herausgegebene Reihe der "Gießener Texte - Fachjournalismus" eröffnet. In einer knappen Vorbemerkung zur Einführung des Bandes bezeichnen Quandt und Calließ als Ziel, daß "gemäß der Grundintention der Arbeitsgemeinschaft (Geschichtswissenschaft und Massenmedien) Journalisten, Politiker und Geschichtswissenschaftler gemeinsam prüfen (sollten), welche Chancen sich im Prinzip und Prozeß der 'Regionalisierung' (oder auch 'Lokalisierung') des Rundfunks für die Geschichte - das heißt für historische Erinnerungsarbeit und Orientierung - eröffnen und wie sie genutzt werden können".

Unter dieser Aufgabenstellung wecken solche Beiträge das Interesse des Lesers, die paradigmatisch regional- und lokalgeschichtliche Stoffe für das Programm behandelten. Fritz Breuer und Hanno Brühl vom WDR berichten über ihr gemeinsames Projekt "Aus der Geschichte der Arbeit. Sozialgeschichte im Fernsehfilm" (S. 133-141), bei dem sie erst bei der Suche nach Formen der Beschreibung und Vermittlung allgemeiner Erkenntnisse, bei der Suche nach der Erzählform auf die Region stießen. Diese Vorgehensweise erlaubte ihnen, das von wissenschaftlichen Autoren konzipierte Wissen über Produktionsformen und -strukturen konkret zu gestalten. In dem von Henric L. Wuermeling vom Bayerischen Rundfunk verantworteten, von 21 Autoren in vier Blöcken vorbereiteten Projekt "München - Tradition und Brüche einer deutschen Großstadt" (S. 143) soll der "Laborcharakter Münchens in diesem Jahrhundert" getestet, die Erfahrung der Zeitgeschichte im Brennspiegel München demonstriert werden. Friedrich Prinz von der Universität München referiert über sein Konzept für den letzten, den Jahren 1945 bis 1949 gewidmeten Block der Serie, in der er den Versuch sieht, "Wissenschaft im Fernsehen" umzusetzen (S. 144-152).

Entsprechende Programmbeiträge sind in jedem Hörfunk- oder Fernsehprogramm vorstellbar und selbstverständlich in entsprechenden Formen auch aus zurückliegenden Jahrzehnten bekannt. So kann es niemanden überraschen, daß Gustav Strübel, Leiter

des Studios Heidelberg-Mannheim des SDR (S. 35-42), und Walter Först, Leiter der Landesredaktion im WDR (S. 51-57), in ihren Beiträgen an Erfahrungen mit regionalen Programmen aus den Anfangsjahren des Rundfunks in Deutschland, aus dem zwanziger Jahren anknüpfen. Geschichtliche Kultur einer Landschaft, einer Region, eines Sendegebiets wird von jeher in unterschiedlichsten Programmformen angesprochen und vermittelt. Eckhard Pohl, freier Journalist aus Göttingen, der über den "Raum und Vergangenheitsbezug der Regionalredaktion" berichtet und dabei deren Vorzüge gegenüber dem weiteren Blick von Landesredaktionen betont, unterstreicht mit den von ihm behandelten Sendebeispielen, daß die historische Erfahrung der Region zum Paradigma für übergeordnete Strukturen werden kann (S. 59-67).

Das von Quandt und Calließ formulierte übergreifende Gesamtthema "Regionalisierung der historisch-politischen Kultur" belegt am sinnfälligsten Ernst Hinrichs von der Universität Oldenburg in seinem Beitrag "Regionale Sozialgeschichte als Methode der modernen Geschichtswissenschaft" (S. 69-88). Das dauerndem Wandel unterworfene komplexe Gebilde unserer Gesellschaft läßt sich nur präzise beschreiben, wenn nach dem Vorbild der Schule der "Annales" in Frankreich, im Sinne der von sozialwissenschaftlich interessierten Historikern in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegten regionalen und lokalen Analysen ein konkret fundiertes Bild sozialen Wandels beschrieben werden kann. Am Beispiel des Ruhrgebiets bezeugen Karl Rohe (Universität Essen) und Jürgen Reulecke (Universität Bochum) die Ergiebigkeit einer sozialwissenschaftlich orientierten Geschichtsforschung (S. 89-11o und S. 111-131). Vor allem Hinrichs weist auf die Fortentwicklung der besonders in Deutschland von jeher gepflegten Landes- und Regionalgeschichte hin, die seit den zwanziger Jahren als "geschichtliche Landeskunde" auch zunehmend interdisziplinär betrieben wurde. Dazu korrespondieren die von Peter Leudts und Thomas Schmoranzer erarbeiteten bibliographischen Hinweise (S. 179-187).

Wenn gegenüber solchem Befund der kontinuierlich fortentwickelten Korrespondenz zwischen einer "oberen Ebene und den lokalen und regionalen Besonderheiten" (Reulecke), aus der Geschichte entsteht, von den Herausgebern pointiert von einer "aktuellen Wendung zur Region" gesprochen wird, so kann sich dies nur auf die Beiträge der Politiker in dem Band stützen. Daß Dieter Weirich, medienpolitischer Sprecher seiner Fraktion im Deutschen Bundestag, davon ausgeht, daß für die Information und Kommunikation im Nahbereich "ein echtes Versorgungsdefizit in der Bundesrepublik Deutschland" besteht, erweist sich als zielgerichtete Behauptung; denn das zentrale Anliegen Weirichs ist mit dem Satz charakterisiert: "Das Recht des einzelnen auf Teilnahme an der Rundfunkfreiheit wird erst dadurch verwirklicht, daß auch private Veranstalter eigenverantwortlich Programme veranstalten können" (S. 15-21, hier S. 15). Keinen Bezug zur Rundfunkpolitik sucht Karl Ravens, SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag Niedersachsens, verknüpft Regionalisierung aber mit dem Streben nach mehr direkter Bürgerbeteiligung (S. 3-7). Ohne evidente Verbesserungen des Informationsangebotes durch die Neuen Medien zu übersehen, sieht Wolfgang Schuster, Ltd. Stadtdirektor in Stuttgart, vorrangig die Aufgabe, "daß die Kommunen ihrem kulturellen Auftrag in verstärktem Maße Rechnung tragen" (S. 23-34), hier S. 34), und Wolfgang Haus, ehemaliger Intendant

des SFB, betont den Vorzug, "daß Entwicklungen und Ursachen, Hintergründe und Folgen von Entscheidungen deutlicher gemacht werden können im kleinen Bereich" (S. 9-13, hier S. 1o). Rainer Kabel vom SFB denkt an die Möglichkeiten der Regionalisierung, zum Ausbau von Idenditäten bei Hörer und Zuschauer beizutragen (S. 43-49).

Weder in der Geschichte des Rundfunks noch in der Geschichtswissenschaft kann ernsthaft von einer neuen, einer aktuellen Wendung zur Region gesprochen werden. Daß die Regionalisierung den Rundfunk sowohl organisatorisch wie in der Realität des Programms vom Anfang in den zwanziger Jahren an begleitet, ihm gleichsam in die Wiege gelegt wurde, belegten nachdrücklich die Studien in dem an anderer Stelle in diesem Heft besprochenen, von Walter Först herausgegebene Sammelband "Rundfunk in der Region". Das Thema ist beileibe nicht neu, wenngleich von Interessenten-Seite für die Zwecke der Legitimation privater Hör- und Fernsehprogramme dieser Eindruck geweckt und von wenig informierten Politikern verstärkt wird. Geschichtliche Erfahrung ist kein selbstverständlich verfügbares Kapital - es muß offenbar von jeder Generation neu erworben werden.

F.P. Kahlenberg

"Südfunk Stuttgart 1924 bis 1984. Ein Streifzug durch 6o Jahre Radio-Programm". Auswahl, Zusammenstellung, Texte, Redaktion, Herstellung: Edgar Lersch, Ulf Scharlau. Sprecher: Roswitha Roszak, Andreas Fischer. Tontechnik: Ursula und Walter Guggenberger. Regie: Detlev Ihnken. Graphische Gestaltung: Bernd Baader. Hergestellt mit Unterstützung der Rundfunkwerbung Stuttgart GmbH. Süddeutscher Rundfunk Stuttgart 1984.

Am 11. Mai 1924 um 11 Uhr meldete sich zum ersten Mal der Süddeutsche Rundfunk auf Welle 437. Gesendet wurde zunächst aus dem Heeresproviantamt in Feuerbach, erst zu Beginn des Jahres 1925 wurde das Funkhaus am Charlottenplatz bezogen. Sechzig Jahre danach nahmen der Leiter der Abteilung Archivwesen und Dokumentation und zugleich des Schallarchivs Dr. Ulf Scharlau und der für die archivische Erfassung des Schriftgures der Anstalt im Zentralarchiv zuständige Dr. Edgar Lersch das Jubliäum zum Anlaß eines akustischen Rückblicks auf 6o Jahre Hörfunkprogramm.

Das Ergebnis fasziniert: auf sechs Schallplattenseiten ist der "Streifzug durch 6o Jahre Radioprogramm" dokumentiert. Trotz der vor allem aus der Zeit bis zum Ende des Krieges aus technischen Gründen generell nur spärlich erhaltenen Originalaufnahmen ist mit den ausgewählten Hörbeispielen aus den Stuttgarter Archivbeständen ein insgesamt eindrucksvolles Bild der Programm-Realität von den Anfängen des Rundfunkmediums bis zur Gegenwart entstanden. Lediglich für fehlende Beispiele an Tonträgern aus dem Bereich der Unterhaltungsmusik griffen die Bearbeiter für die Frühzeit auf Industrie-Schallplatten zurück, und zur Markierung des Beginns des Programmbetriebs wählten sie eine Ansage aus dem Vox-Haus in Berlin von März 1925 aus den Beständen des Deutschen Rundfunkarchivs in Frankfurt/M. aus. Sie galt dem Tanzorchester Bernard Etté, das den Foxtrott "Wenn die

Jazzband spielt" aufführte. Da die letzte Durchsage des Reichssenders Stuttgart aus einem seit März 1944 betriebenen Studio in Bad Mergentheim am 5. April 1945, 23.oo Uhr, nicht erhalten ist, zitieren die Bearbeiter den letzten Wehrmachtsbericht vom 9. Mai 1945 gleichfalls aus dem DRA.

Präsentiert werden die ausgewählten Tonbeispiele im Wechsel zwischen Wort und Musikaufnahmen, jeweils durch zwei alternierend eingesetzte Sprecher angekündigt. Mit den Ansagen verbunden werden allgemeine Daten zur Geschichte des Stuttgarter Senders +) und in knapper Form Hinweise auf die Programmsparten und auf deren Funktion im Gesamtprogramm. Als Beleg für die in der Zeit der Weimarer Republik für das Rundfunkprogramm zahlreichen Rezitationen und Vorträge wird Kurt Schwitters zitiert, der in einer Aufnahme vom 5. Mai 1932 sein Gedicht "Anna Blume" sprach. Eindrucksvoll wirken Reportagen aus den früheren Jahren des Rundfunks: z.B. bestand am 29. August 1931 eine Funkverbindung zum Luftschiff "Graf Zeppelin", das eine Reise nach Südamerika angetreten hatte. Die unüberhörbaren technischen Probleme solch einer drahtlosen Sprechverbindung werden vom Sprecher bewußt genutzt, um die Leistungsfähigkeit des Rundfunks bewußt zu machen. Bei der Reportage von Carl Struve, vermutlich Weihnachten 1931, aus Kloster Beuron aus Anlaß einer Novizeneinkleidung und bei seinem Gespräch mit dem Erzabt von Beuron überrascht die Intensität, mit der die klösterliche Atmosphäre dem Hörer vermittelt wurde, wobei Struve mit dem Mittel seiner eigenen Stimme im Grunde ein Hörbild malt. Weitere Reportagen verdeutlichen die Propagandafunktion des Rundfunks während der Zeit der NS-Herrschaft: jüngere Hörer der Platte, die über keine eigenen Erinnerungen an den Rundfunk der Zeit bis 1945 verfügen, empfinden den O-Ton eines Gesprächs mit der Leiterin der "Abteilung Frauen- und Mädelarbeit im Rassenpolitischen Amt der NSDAP" Martha Hess über Fragen der sogenannten Rassenhygiene aus dem Jahre 1938, erst recht aber den überzogenen hymnischen Sprachgestus von Walter Reuschle bei einem Gedicht auf Hitler, "Wer einmal in diese Augen gesehen", von 1933 als bislang unvorstellbar. Zur Vermittlung eines Eindrucks von der Intensität der Massenbeeinflussung durch das vom Staat in Haft genommene Medium in der heutigen Lehre, in der Jugend- wie in der Erwachsenenbildung sind solche Beispiele hervorragend geeignet. Gleiches gilt wegen der Alltäglichkeit der Sendeform und gerade wegen der Konzentration auf die Provinzialität des Sendegebiets für entsprechende Reportagen von einer Jugend-Kundgebung für Friedrich Schiller in Marbach am 21. Juni 1934, für die Reportage vom Empfang von Soldaten des "Legion Condor" in Stuttgart nach ihrer Rückkehr aus Spanien im Juni 1939 oder für ein Gespräch mit jungen Frauen nach ihrem Einsatz in Polen im Jahre 1941.

Tondokumente als Lehrmittel zu nutzen, war kaum die Intention der Bearbeiter dieser Platten, und dennoch ist dies im Endeffekt eine evidente, logisch sich aufdrängende Verwendungsmöglichkeit der Sammlung. Die überzeugend pointierte Berichterstattung von Theodor Heuss über den Stand der Beratungen des Parlamentarischen Rates bei der Vorbereitung des Grundgesetzes am 24. Dezember 1948, dessen überlegt reflektierende, mit seiner

---

+) vgl. die nachfolgende Besprechung von Eberhard Klumpp: Das erste Jahrzehnt

Erwartung einer "konkreten Phantasie" bei den Richtern am Bundesverfassungsgericht bei dessen Eröffnung am 28. September 1951 Juristen überraschenden Rede, belegen eindrucksvoller als das gedruckte Wort die selbstverständliche Hingabe der Gründungsväter der Bundesrepublik an den jungen Staat. Zwar fehlen Belege für die großen parlamentarischen Debatten um die Westintegration und die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, deren Rundfunkübertragung für das politische Langzeitgedächtnis der Nachkriegsgenerationen konstitutiv wurden, die prägende Eindringlichkeit der durch den Rundfunk vermittelten Zeugnisse des aktuellen Geschehens jener Zeit und das Engagement der damaligen Akteure lassen aber auch Sendungen erkennen wie die politische Wochenübersicht vom 24. November 1945 von Fritz Eberhard, die Übertragung der Mitteilung Reinhold Maiers über die Bildung der vorläufigen Regierung des Landes Baden-Württemberg am 25. April 1952 oder der Kommentar, den Klaus Mehnert am 4. November 1956 nach der Niederwerfung des ungarischen Aufstands sprach.

Für die Erinnerung der Hörer, der "Rundfunkteilnehmer", haben musikalische Beiträge zumal der U-Musik eine wichtige Funktion. Das mag nur noch eingeschränkt für Max Kuttners Präsentation des Schlagers "Die schöne Adrienne hat eine Hochantenne" von 1927 oder für den Orchesterklang Barnabas von Geczys gelten, wird aber spätestens bei dem unverkennbar weichen, scheinbar einschmeichelnden und dabei ironisch gebrochenen Klang der Stimme Peter Igelhoffs mit dem Schlager "Das Fräulein Gerda" oder bei dem volkstümlich robusten Orchester unter Leitung von Herms Niel deutlich. Fakten- und kenntnisreich fielen die Ansagen für musikalische Aufnahmen aus der Zeit nach 1945 aus: von Hans Müller-Krays Engagement für Bela Bartok, von den Verdiensten des Süddeutschen Rundfunks um die Schwetzinger Musikfestspiele ist dabei ebenso zu sprechen wie von Erwin Lehns Tanzorchester, dem Rundfunkchor des Süddeutschen Rundfunks oder von dem Modern Jazz-Quartett der fünfziger Jahre. Viel zu kurz fielen die Zitate der Aufnahmen der Probearbeit Igor Strawinskys mit dem Radio-Symphonieorchester und mit Shura Cherkassky am 3o. April 1955 und aus einem Interview mit Sergeu Celibidache am 15. Januar 1973 aus. Die knappen Hörbeispiele wecken Lust auf mehr: stünden entsprechende Kassetten für interessierte Hörer der Platten zur Verfügung?

Besondere Anerkennung verdienen die Ton-Collagen, die die Bearbeiter der Platten aus Erkennungsmelodien und alltäglichen Gebrauchssendungen zusammenstellten. Gymnastik mit Musik verbunden mit einem Gruß aus schwäbischer Heimat in Mundart und dem Text des Wetterberichts vom 7. Juni 1939 deuten die Wirkung solchen Tongemäldes ebenso an wie Collagen aus den sechziger und siebziger Jahren mit den Beatles, einem Sportjahresrückblick 1965 oder die gerafft präsentierten Klänge aus "Radio 3 Südfunk Stuttgart" mit "Schaufenster", "Plattenpost" oder "Kramladen". Der Alltag des Rundfunkprogramms läßt sich in der Regel mit Tonbeispielen kaum belegen. Um so wertvoller erscheinen Ausschnitte aus älteren Unterhaltungssendungen, etwa die in einem "Bunten Nachmittag" des Jahres 1947 von Wolf Schmidt abgelieferte satirische "Rede auf die Schwarzhandelskammer", die in der Treffsicherheit der Imitation des Redestils von Politikern verblüfft, oder der Ausschnitt aus einem "Bunten Abend" am 23. April 1954 in Ulm, bei dem Peter Frankenfeld die Technik des Play-Back-Verfahrens im Spiel mit dem Publikum demonstrierte.

Gewiß kann eine noch so umfangreiche Schallplattenproduktion nur einen "schwachen akustischen Abglanz" des Rundfunkprogramms bieten. Die Faszination, die von den präsentierten Beispielen ausgeht, belegt indessen die Eignung der Tondokumente für die Beschreibung historischer Hörerfahrung. Insofern ist das Ensemble der mehr als 6o Beispiele mit einer Gesamtspieldauer von 2 Stunden, 28 Minuten und 35 Sekunden bei aller Bruchstückhaftigkeit eben doch repräsentativ für die Vielfalt des Rundfunkprogramms. Das gilt für die hier nicht ausdrücklichen erwähnten Beiträge aus literarischen Sendungen, etwa mit dem Ausschnitt aus Thomas Manns Schiller-Rede am 8. Mai 1955, aus einer Hörspielproduktion von Günter Eich mit Edith Heerdegen und Elsa Pfeiffer von Februar 1952 oder aus einem Gespräch, das Martin Walser am 19. Juli 1952 mit Arno Schmidt geführt hat. Gewiß bleiben dabei auch Wünsche offen: verständlich, soweit dies sportliche Ereignisse der Region oder das Mäzenatentum des Rundfunks im Bereich der zeitgenössischen Musik betrifft. Willkommen wäre vor allem eine exaktere Beschreibung der in der Plattenproduktion zitierten Tondokumente gewesen. Doch sind dies Nachteile, die sich bei einer entsprechenden späteren Gelegenheit ohne allzu großen zusätzlichen Aufwand beheben lassen.

Es bleibt das Resümée: die Vielfalt der akustischen Programmbeispiele aus 6o Jahren Rundfunkprogramm des Süddeutschen Rundfunks sind ein überzeugendes Jubiläumsgeschenk! Es lädt zur Erinnerung an die eigenen Rundfunkerfahrungen, aber auch zur wissenschaftlichen und zur pädagogischen Nutzung der Bestände der Schallarchive ein. Nicht zu unterdrücken ist aber auch die Nachfrage an die Bearbeiter dieser Plattenproduktion, wann vom Süddeutschen Rundfunk ein erster Katalog seiner älteren Tondokumente vorgelegt wird. Nach den Kostproben dieser Jubiläumsgabe stellt sich die Frage besonders eindringlich.

F.P. Kahlenberg

Eberhard Klumpp: Das erste Jahrzehnt. Der Südfunk und sein Programm 1924 bis 1933/34, Südfunk-Hefte 9, Stuttgart 1982. 136 Seiten.

6o Jahre Rundfunk in Hannover. Beiträge zur Ausstellung, herausgegeben von Waldemar R. Röhrbein, Historisches Museum am Hohen Ufer, Hannover 1984, 164 Seiten

Die Zeit der Jubiläen geht zu Ende. Seit Herbst 1983 wurde immer wieder an 6o Jahre Rundfunk in Deutschland erinnert, weil die ersten Sendegesellschaften unterschiedliche Geburtsdaten haben. Aber diese Daten zusammenzuziehen, also etwa auf einen gemeinsamen Tag am Anfang oder in der Mitte der Gründungsphase zwischen Berlin im Oktober 1923 und Münster ein Jahr später, wäre unerlaubter Manipulation nahegekommen. Der deutsche Rundfunk hat nun einmal föderalistisch begonnen und ist nach dem Zweiten Weltkrieg organisatorisch zu seiner regionalen Grundstruktur zurückgekehrt. Ein Einheitsjubiläum hätte es im übrigen jenen Wochenblättern, die sich gern Programmzeitschriften nennen lassen, obwohl sie mindestens ebenso sehr Familienillustrierte sind, unmöglich gemacht, immer wieder aufs neue

mit alten Fotos und Erinnerungssplittern von Zeitgenossen Datenfetischismus zu treiben, nämlich das Berliner und das Frankfurter, das Hamburger und das Münchener Jubiläum zu begehen. Berlin war mit einigem zeitlichen Abstand sogar zweimal an der Reihe, nämlich erst kürzlich auch noch mit dem Beginn des Fernsehprogramms 1935, obwohl das damals bis in den Krieg hinein kaum jemand hat sehen können.

Aber auch die Rundfunkgeschichte kann die runden Daten nicht übergehen. Sie sind die Pflöcke, zwischen denen der Stoff ausgespannt wird. Die Rundfunkanstalten versäumen auch selbst nicht, im Programm ihre eigene Geschichte vorzuzeigen, ohne daß dies immer ausreicht, um Zusammenhänge und Hintergründe deutlich zu machen. Rundfunkgeschichte kann gewiß nicht ohne die Anstalten erforscht und geschrieben werden, doch liegen die Quellen nur zu begrenzten Teilen bei ihnen, denen es ohnehin oft an dem nötigen historischen Bewußtsein mangelt. Die beiden schmalen Bände zur Geschichte des Süddeutschen und des Rundfunks in Niedersachsen sind jeder auf seine Weise charakteristisch für die Situation der Rundfunkgeschichte zwischen Anstalten, Wissenschaft und Politik. Der SDR verzichtete zu seinem 60-Jahre-Jubiläum am 11. Mai 1984 "bewußt auf Feierlichkeiten", schreibt der Intendant, sondern erinnerte stattdessen im Programm, mit der Schrift von Eberhard Klumpp und mit der Schallplattenkassette (siehe Besprechung von Friedrich P. Kahlenberg) an vergangene Zeiten. Den Diskussionen über die Medienpolitik und die rundfunkpolitische Lage im Südwesten könne es, so Hans Bausch, "nicht schaden, an die Pioniere von einst und ihre Arbei zurückzudenken". Waldemar R. Röhrbein, Direktor des Historischen Museums in Hannover, war das Jubiläum ein willkommener Anlaß, die Reihe der Ausstellungen und Publikationen seines Museums zur Zeitgeschichte fortzusetzen und diesesmal einen Beitrag zur Stadt- und Landesgeschichte "auf einem regional bislang noch nicht erforschten Gebiet" zu leisten. Klumpp, Leiter des Historischen Archivs des SDR, hat versucht, in einer "Skizze" vor allem das Programm der ersten zehn Jahre zu beschreiben, "was für ihn Zurückhaltung im Hinblick auf kritische Wertungen bedeutet" (Bausch). Röhrbein legt eine Sammlung von Beiträgen mit unterschiedlicher Qualität und unterschiedlichen Perspektiven vor, die Rundfunkgeschichte zu Teilen als Landesgeschichte behandeln, und das nicht zuletzt unter dem aktuellen Gesichtspunkt, daß es nach mageren Jahrzehnten der Abhängigkeit von Hamburg erst neuerdings, nämlich seit dem Inkrafttreten des neuen NDR-Staatsvertrags von 1981, mit und aus dem Landesfunkhaus Niedersachsen in Hannover einen eigenständigen niedersächsischen Rundfunk gibt.

Der Süddeutsche Rundfunk von 1924 war von Anfang an eine selbstständige Gesellschaft, dann, von 1934 an, "Reichssender", was Hannover auch gern geworden wäre, während der niedersächsische Rundfunk noch heute ein Teil des NDR ist. Dafür hatte man in Stuttgart schon bald finanzielle Sorgen, was mit dazu beitrug, daß Programmteile von der Südwestdeutschen Rundfunk AG in Frankfurt/Main übernommen werden mußten. Hannover dagegen blieben Programmbeiträge zum Norddeutschen Rundfunk, die Schloßkonzerte des Otto Ebel von Soden ausgenommen, lange vorbehalten, und das änderte sich erst in der frühen NWDR-Zeit. Der Stuttgarter Sender hatte ähnliche Probleme mit Freiburg und Karlsruhe wie umgekehrt Hannover mit Hamburg. Als die Überwachungsausschüsse

und Kulturbeiräte eingeführt wurden, behielt sich die württembergische Landesregierung einen bestimmenden Einfluß vor, den man in Baden mit Hilfe der Reichspost zu unterlaufen suchte. Dagegen hat die hannoversche Provinzialverwaltung bis 1933 nie ernsthaft versucht, einen eigenen niedersächsischen Rundfunk durchzusetzen. Was die Städte betraf, so wollte die württembergische Landeshauptstadt den Rundfunk von Beginn an, Hannover dagegen nicht. Das war in Stuttgart allerdings nicht so sehr die Stadtverwaltung als vielmehr eine Konzertagentur, während sich das Landestheater lange sträubte, am Programm mitzuwirken. In Hannover weigerte sich die Stadt anhaltend, die nötigen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, zumal sie nach dem Wunsch der Norag-Herren in Hamburg auch die Kosten tragen sollte. Für einen selbständigen hannoverschen Rundfunk agierte in der Provinzialhauptstadt, wenn auch ohne Erfolg, ein Radiohändler.

Von Einzelheiten abgesehen ist es der unterschiedliche Zentralitätsgrad, was den Vergleich zwischen Stuttgart und Hannover interessant macht. Stuttgart konnte seine Dominanz im Südwestraum wahren, Hannover die Vorherrschaft Hamburgs nicht konterkarrieren. Das hat in beiden Fällen bis in die Nachkriegszeit hinein fortgewirkt. Der erneuerte SDR, erst amerikanischer Besatzungssender, dann Landesrundfunkanstalt, hatte gegenüber dem neuen SWF die Vorhand, zumal Stuttgart Anfang der fünfziger Jahre auch Hauptstadt des württembergisch-badischen Südweststaates wurde und sich rundfunk- wie landespllitisch der Schwerpunkt im französisch besetzten Südwesten auf das neue Land Rheinland-Pfalz konzentrierte. Und im Norden war es nicht nur der Zufall der unbeschädigt gebliebenen Funkhaus- und Senderanlagen in Hamburg und Osterloog sowie das BBC-Muster für die Zonenanstalt NWDR, sondern auch die Hamburger Dominanz, was selbst zeitweilige Versuche scheitern ließ, Niedersachsen und Bremen zu einer Rundfunkehe zusammenzubinden.

Die erste Programmstruktur des "schwäbischen" Senders Stuttgart, der gleichwohl von Anfang an betonte, auch "badische Kunst" zu pflegen, wollte "Volksbildung in einem umfassenden Sinne, der auch Erbauung einschloß", vermitteln, orientiert am Theater- und Kulturbetrieb mit entsprechenden Spielzeiten. Die religiösen Morgenfeiern hatten zunächst einen deutlich protestantischen Charakter, dem der Freiburger Erzbischof mit Erfolg gegenzusteuern suchte. Erst Ende 1928 entstanden die drei "Besprechungsstellen" in Freiburg, Karlsruhe und Mannheim, die das badische Element verstärkten, in ihrer Reichweite aber von 1930 an durch den Großsender Mühlacker überboten wurden. Die Programmkooperation mit Frankfurt wurde 1931 noch auf den Kölner und den Münchener Rundfunk ausgedehnt, was die Reichsrundfunkgesellschaft befürwortete, die württembergische Regierung aber nicht gerade gern sah. Doch schon mit der Papenschen Reform von 1932 kündigte sich die Zentralisierung an, die 1933 auch in Stuttgart im nationalsozialistischen Sinne durchgesetzt wurde.

In Hannover begann der Sendebetrieb, der noch für längere Zeit über keine eigenen Beiträge zum Norag-Programm verfügen konnte, am 16. Dezember 1924. Übertragungen wie die einer Wahlrede des Reichspräsidenten-Kandidaten von Hindenburg aus Hannover, wo der Feldmarschall des Ersten Weltkriegs im Ruhestand lebte, blieben Ausnahmen. Daran konnte 1933 auch der ebenfalls aus Hannover stammende preußische Kultusminister Bernhard Rust

nichts ändern, zumal "das immer wieder beschworene kulturelle Eigenleben Niedersachsens... schnell in den Dienst einer 'tümlichen' NS-Ideologie gestellt worden" war (Röhrbein). Den Anfang auf dem Wege zur Selbständigkeit machten 1948 die "Funkbilder aus Niedersachsen" im NWDR-Programm, das Funkhaus am Maschsee, das 1961 fertiggestellt war, und die Verlegung ganzer Redaktionen von Hamburg nach Hannover. Aber erst der neue Staatsvertrag der NDR-Länder von 1981 föderalisierte die Dreiländeranstalt und gab "dem alten 'Nebensender' Hannover Kompetenzen und eigene Sendezeiten..., wie er sie nie vorher gehabt hat" (Wolfram Köhler). Diese andere Spielart von Regionalität durch weitgehende Programmsouveränität für jedes Land im Bereich einer Dreiländeranstalt kann kein Muster für den Südwestraum sein, weil es dort für das eine Land Baden-Württemberg den SDR und den SWF gibt, der sein stärkstes Standbein aber in Rheinland-Pfalz hat. Der "föderalisierte" NDR zeigt jedoch, daß die Sendegebiete von Landesrundfunkanstalten nicht in jedem Fall mit einem einzigen Land deckungsgleich sein müssen.

Die beiden Bände zur Rundfunkgeschichte in Stuttgart und Hannover sind in der Anlage durchaus verschieden. Im Fall des SDR ist Eberhard Klumpp der alleinige Autor und zudem Insider, der auf Belege weitgehend verzichtet und Interessenten auf sein Archiv verweist. Dem Sammelband von Waldemar R. Röhrbein kommt das Verdienst zu, erstmalig etwas zur hannoverschen Rundfunkgeschichte beigetragen zu haben. Unter den Autoren überwiegen Männer aus dem Funkhaus am Maschsee und dabei wiederum persönliche Erinnerungen, von denen sich erst erweisen müßte, wieviel die Forschung im Detail zu korrigieren, aber auch zu ergänzen hätte. Die einleitende Chronik, "Ausgewählte Daten" genannt, ist wenig systematisch und übernimmt zuweilen ungeprüft Formulierungen aus Erinnerungsaufsätzen, die fragwürdig sind. Wieso ist, um nur ein Beispiel zu nennen, der NWDR durch die Besatzungsverordnung Nr. 118 "legalisiert" worden?

Walter Först

Joachim Görgen: Der britische Einfluß auf den deutschen Rundfunk 1945 bis 1948. Diss.Phil. F.U. Berlin vom 9. Juni 1983, 223, XXXI Seiten

Der Autor dieser Dissertation (geb. 1958) gibt in seinem Lebenslauf an, von Wintersemester 1978/79 bis Sommersemester 1983 an den Universitäten Mainz und Berlin Publizistik, Germanistik und Geschichte studiert zu haben; für das Studienjahr 1982/83 war er an der London School of Economics and Political Science inskribiert. Er stand also bei Abschluß seiner Dissertation im zehnten Semester. Dieser scheinbar schwerelose Hürdenlauf zur akademischen Inauguration wird zwar manchen Examenskandidaten in ehrfurchtsvolles Erstaunen versetzen - völlig zu Unrecht indes. Denn der Inhalt dieser Arbeit und die Form der Darlegung ihrer Befunde kann nur narkotisierte Leser zu der Überzeugung gelangen lassen, es handele sich um eine irgendwie adäquate Leistung, die zur Verleihung des Grades eines Doktors der Philosophie (!) berechtige. Was in dieser Dissertation an Banalitäten und Platitüden, an verschwommenen Andeutungen und unbe-

legten Behauptungen, an einer unglaublichen Unkenntnis der einschlägigen Forschungserkenntnisse, an Fehlern und Gedankenwirrwarr anzutreffen ist, spottet, das muß leider in dieser Schärfe gesagt werden, jeder Beschreibung. Daher sollen als Beleg nur einige ausgewählte Kostproben gegeben werden, wie sie in jedem Kapitel dieser akademischen Abschlußarbeit mehr oder weniger häufig anzutreffen sind.

S. 1o/11: "Wie die Nationalsozialisten ihre Rundfunkpropaganda im Inland organisierten, symbolisiert wohl am besten der Volksempfänger. Am ersten Tag der Berliner Funkausstellung, am 18. August 1933, wurden die ersten 1oo ooo dieser Volksempfänger verkauft. 1934 waren schon 7oo ooo davon verkauft. Das Kleinstradio wurde ein großer Erfolg. Seine Beliebtheit beim Käufer ist mit dem Preis zu erklären. Am Anfang kostete der Volksempfänger nur 76 RM; das war damals für ein Radio sensationell niedrig. 1938 kam ein noch billigeres Modell auf den Markt für nur 38 RM. Die Beliebtheit des Volksempfängers bei Hitler und Goebbels hatte einen anderen Grund. Durch den niedrigen Preis kauften sehr viele Deutsche sich jetzt ein Radio. Bald gab es in jedem Haushalt eines. Goebbels' Propaganda erreichte so fast jeden Deutschen."

S. 123: "Auf Grund der Tatsache, daß den britischen Stellen jetzt nicht mehr wie während des Krieges nur zwei Medien, Radio und Flugblatt, zur Verfügung standen, sondern eine Vielzahl verschiedener Medien, war es erforderlich, die Aufgabenbereiche der verschiedenen Medien gegeneinander abzugrenzen. Es sollte vermieden werden, daß ein Medium in den Aufgabenbereich eines anderen eingriff und vielleicht so den Erfolg der gesamten Überzeugungsarbeit in Frage stellte. Viele Medien, wie etwa Theater und Film, kamen neu dazu und neigten durch ihre Besonderheiten weniger dazu, mit anderen Medien in Konkurrenz zu treten. Daß Großbritannien jetzt zwei verschiedene Radiosender zur Verfügung standen, erforderte dagegen eine sehr genaue Abgrenzung der Bereiche."

S. 165/166: "Von Anfang an gingen Amerikaner und Briten im Bereich des Rundfunks verschiedene Wege. Bald gab es Streit zwischen Briten und Amerikanern wegen Radio Bremen. Die Briten hatten den Amerikanern Bremen übergeben. Bremen lag eigentlich in der britischen Zone. Damit die Amerikaner aber einen Überseehafen zu ihrer Verfügung hatten, war es zu dieser Regelung gekommen. Die amerikanischen Besatzungstruppen hatten in Bremen, so wie die Briten in Hamburg, einen Sender aufgebaut. Dieser kleine Sender, Radio Bremen, störte die Briten insofern, als er eine Mittelwelle benutzte, die die Briten selbst gerne benutzt hätten."

S. 179: "Für die Presse spielte auch der Aufbau einer Presseagentur eine Rolle. Die britischen Kontrolloffiziere (!) gründeten deshalb in Hamburg die 'Deutsche Presse-Agentur' (dpa), die es ebenfalls heute noch gibt. Die dpa bekam schnell eine Bedeutung, die weit über die britische Zone hinausging."

S. 216: "Die große Bedeutung, die den politischen Parteien im öffentlichen Leben Deutschlands zukommt, kann allerdings nicht einer anti-demokratischen Tradition angelastet werden, sondern ist gerade Teil dieser Demokratie. Die politischen Parteien in der Weimarer Zeit und auch in der Bundesrepublik haben nach

der Verfassung für die Bewahrung der Demokratie eine ganz zentrale Funktion, die sich von der Funktion der Parteien in Großbritannien unterscheidet. Es gibt in Deutschland keine traditionelle, emotionsbeladene Institution, die ausgleichend und überparteilich in der Politik wirken könnte. Deshalb hatte Greene die Idee, mit dem Hauptausschuß (des NWDR; A.K.) eine Institution zu schaffen, die als überparteilich und ausgleichend akzeptiert würde, wie dies bei dem englischen König bzw. der Königin der Fall ist. Diese Überlegung bedeutet natürlich nicht, daß ein liberaler Rundfunk nur in einer Monarchie denkbar wäre."

Solche Trivialisierung der (Rundfunk-)Geschichte, in Trance oder blinder Naivität zu Papier gebracht, beginnt mit folgenden erkenntnisleitenden Fragen: "Entwickelte sich der NWDR tatsächlich soviel freier als in den anderen Besatzungszonen in Deutschland und soviel freier als jemals davor und danach eine andere deutsche Rundfunkanstalt? Und warum war das so?"! (S. 3) Nach einer atemlosen Hast durch die deutsche Rundfunkgeschichte bis 1945 und durch die Geschichte der BBC sowie ihres deutschsprachigen Dienstes gelangt Görgen dann zu seinem zentralen Thema. Die Befunde, die er präsentiert (sieht man ab von einem hauchdünnen Kapitelchen über die britischen Pläne zur Organisation des Rundfunks im besetzten Deutschland, S. 99-1o8, 123-126) sind allerdings entweder bekannt oder so unzureichend und oberflächlich dargestellt und belegt, daß mit ihnen wenig zu bestellen ist.

Man stelle sich vor: da hat ein bundesdeutscher Doktorand der Publizistik wahrscheinlich erstmals Zugang zu britischen Akten über die Geschichte der BBC während des Krieges und über den britischen Besatzungsrundfunk in Deutschland, aber er weiß nicht, wonach er suchen soll und wie er mit den vermutlich zufällig gefundenen Dokumenten umzugehen hat. Er befragt eine stattliche Reihe britischer und deutscher Zeitzeugen - aber wonach? Das bleibt - nicht zuletzt wegen der erbärmlichen Belege - über weite Strecken seiner Ausführungen nicht nachvollziehbar; es braucht auch nicht nachvollziehbar zu sein, wenn, wie im vorliegenden Fall, die Befunde zu schlechter Hagiographie gerinnen: "Der Schlüssel zur Entwicklung des Rundfunks in der britischen Zone, der Schlüssel zum britischen Einfluß auf den deutschen Rundfunk in der Nachkriegszeit liegt in der Person Hugh Carleton Greenes. Er hatte mit Abstand den größten Einfluß auf den Aufbau des NWDR, wenn auch schon ein großer Teil der Aufbauarbeit geleistet worden war, als er nach Hamburg kam." (S. 148)

Geradezu fassungslos liest man die mageren Wortgerüste dieser obendrein schlampig hingefetzten Arbeit und fragt sich am Schluß nur noch, wie sie als Dissertation Anerkennung finden konnte. Diese Frage werden wahrscheinlich nur die Betreuer beantworten können, nämlich der Referent, Prof. Dr. Harry Pross, und der Koreferent Dr. Dieter Hirschfeld.

Arnulf Kutsch

Alfred Krautz und Hermann Herlinghaus: Film- und Fernsehliteratur der DDR. Eine annotierte Bibliographie - Auswahl 1946-1982/3. Bd. II - V. Bd. II: (Berlin-Ost 1983). 234 S. (= Beiträge zur Film- und Fernsehwissenschaft, 24. Jg. (1983), Nr. 1); Bd. III - V: (Berlin-Ost 1984). 21o S. und 467 S. (= Beiträge zur Film- und Fernsehwissenschaft, 25. Jg. (1984), Nr. 1)

Mit einiger Verzögerung sind nun vier weitere Bände eines bibliographischen Unternehmens der DDR in der Bundesrepublik zugänglich, auf welches bereits anläßlich des Erscheinens des ersten Bandes aufmerksam gemacht wurde (vgl. MITTEILUNGEN 1o.Jg. (1984), Nr. 1, S. 113-115). Der zweite Band dieser Auswahlbibliographie der in der DDR erschienenen Film- und Fernsehliteratur umfaßt zunächst, nach Ländern geordnet, Publikationen über Film und Fernsehen des Auslandes (einschließlich 35 Titelnennungen zu Film, Fernsehen, Medienentwicklung und -politik in der Bundesrepublik), ferner ein Verzeichnis der Literatur über internationale Festivals und Symposien, eine Auswahl von Szenarien und Drehbüchern sowie schließlich ein Verzeichnis der in der Zentralen Filmbibliothek in Berlin-Ost vorhandenen Drehbücher der DEFA. Nachträge zu diesen ersten beiden Bänden liefert ein im Juli 1984 abgeschlossener, dritter (Ergänzungs-)Band, auf dessen Dissertationsverzeichnis (besonders die Rubriken: "Fernsehdramatik", "Fernsehpublizistik" und "Fernsehen, Pädagogik, Rezeptionsforschung", S. 152 ff) eigens verwiesen sei. Ebenfalls Mitte 1984 wurde die Bearbeitung der - vorläufig? - letzten beiden Bände IV und V dieser Auswahlbibliographie beendet, die die Diplom- und Abschlußarbeiten der Hochschule für Film und Fernsehen der DDR aus den Jahren 1958 bis 1983 nach Fachrichtungen geordnet zusammenstellen.

Mit diesen fünf Bänden liegt ein insgesamt bemerkenswertes Auswahlverzeichnis der Film- und Fernsehliteratur der DDR für die Jahre 1946 bis 1983 vor, dessen Benutzung durch die beigefügten Personen- und Filmtitelregister leicht möglich ist. Bei genauerer Durchsicht vermittelt es zudem annäherungsweise, unter welchen Fragestellungen und mit welchen Verfahren in der DDR das eigene Fernsehen und dasjenige des Auslandes untersucht wurde, wo Schwerpunkte liegen, wo offensichtliche Defizite zu verzeichnen sind. Freilich muß die Kritik, die bereits zum ersten Band dieser Bibliographie geäußert wurde, an dieser Stelle für den zweiten und dritten Band wiederholt werden: wichtige Periodika der DDR, etwa "Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus", "Deutsche Presse" oder die Programmzeitschrift "ff-dabei" wurden nicht ausgewertet; entsprechend fehlen die dort publizierten Beiträge zum Fernsehen der DDR. Nicht erfaßt wurden ferner Beiträge, die DDR-Autoren in ausländischen Zeitschriften veröffentlicht haben. Hier sei besonders auf die Zeitschrift "Rundfunk und Fernsehen" (Prag) verwiesen, wo in regelmäßigen Abständen auch Beiträge über das DDR-Fernsehen erscheinen. Schließlich muß festgestellt werden, daß in den vorliegenden ersten drei Bänden die Filmliteratur eindeutig überwiegt. Es sei daher auf eine Auswahlbibliographie der journalistikwissenschaftlichen Literatur der DDR bereits jetzt verwiesen, die Verena Blaum (München) gegenwärtig erarbeitet, und die demnächst in den von Otto B. Roegele (München) und Walter J. Schütz (Bonn) herausgegebenen "Schriften der Deutschen Gesellschaft für COMNET" (Universitätsverlag Konstanz) erscheinen soll.

Arnulf Kutsch

Arnulf Kutsch u. Mitarbeiter (Hrsg.): Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich. Sieben biographische Studien. - Köln: Studienverlag Hayit 1984 (Serie Kommunikation, o. Bandzählung), 294 Seiten

Fachgeschichte der deutschen Sozialwissenschaften zwischen 1933 und 1945 ist vielfach die Suche nach einer zwischen Exil und Anpassung verlorenen Generation. Die Geschichte der Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft, Publizistikwissenschaft) hat dazu exemplarische Fälle zu bieten. Wenngleich nur ein einziger Zeitungswissenschaftler ins Exil ging - Leo Benario (1875-1947) vom Nürnberger Institut -, wurden einige vorübergehend oder auf Dauer aus ihren Hochschulstellungen entfernt, viele ältere konnten bleiben und mitmachen oder abwarten. Die meisten jüngeren gelangten durch Anpassung in ihre Positionen, denn zu Beginn der dreißiger Jahre stand die erste Generation habilitierter Zeitungswissenschaftler vor den Türen der Institute.

Aus einer Seminarreihe am Institut für Publizistik der Universität Münster sind die "sieben biographischen Studien" (Untertitel) hervorgegangen, die Arnulf Kutsch unter Mitarbeit von Frank Biermann und Ralf Herpolsheimer für die vorliegende Sammlung ediert hat. In seinem Einleitungsaufsatz erläutert er die fachhistorisch-biographische Methode und begründet die Auswahl der untersuchten Lebensläufe. Birgit Jüttemeier und Dorothee Otto schrieben über Gerhard Menz (1885-1954), der zunächst Buchhandelsbetriebslehre an der Handelshochschule Leipzig vertrat und 1933 dort die Abteilung für Wirtschaftsjournalismus und Zeitungsbetriebslehre übernahm. Frank Biermann arbeitete über Hans Traub (1901-1943), einen der wichtigsten Methodologen und Theoretiker der Zeitungswissenschaft, der aus dem Hochschuldienst entlassen und in die Bibliothek der Universum Film AG (Ufa) abgeschoben worden ist. Hans-Joachim Kudraß schrieb die Studie über Carl Schneider (1905-1940), Referent am Berliner Institut, der sich fachliche Anerkennung durch seine presse- und anzeigenwirtschaftlichen Forschungen erworben hatte und als Soldat sein Leben verlor. Bettina Maoro und Dirk Neugebauer haben den Lebensweg von Hubert Max (1909-1945) nachgezeichnet, des Pressehistorikers und Zeitschriftenforschers, der von 1938 bis 1944 das Institut für Zeitungswissenschaft in Münster leitete. Regina Urban und Ralf Herpolsheimer schrieben über Franz Alfred Six (geb. 1909), Schüler- und Studentenfunktionär der NSDAP, seit 1935 beim Sicherheitsdienst (SD) tätig, seit 1938 Professor für Zeitungswissenschaft in Königsberg, seit 1940 Professor für Außenpolitik und Auslandskunde in Berlin, seit 1943 als Gesandter in der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts, letzter SS-Dienstgrad: Brigadeführer (Generalleutnant). Arnulf Kutsch schrieb die Fachbiographie über Karl Oswin Kurth (1910-1981), seit 1933 nationalsozialistischer Studentenfunktionär in Leipzig, promoviert 1937 in Leipzig, habilitiert 1940 in Königsberg, seit 1942 Professor für Zeitungswissenschaft in Wien. Frank Biermann und Dietmar Reuß schließlich haben über Gerhard Eckert (geb. 1912), geschrieben, der, wie Hans Traub, einen die neuen Medien Film und Rundfunk einschliessenden, publizistischen Ansatz in der Zeitungswissenschaft vertrat, mit einem Strukturvergleich Film-Hörspiel 1936 in Berlin promovierte und sich 1941 dort auch habilitierte, und zwar mit einer rundfunkkundlichen Arbeit; der Versuch, eine Dozentur

in Leipzig zu bekommen mißlang ihm und seinem Mentor Emil Dovifat.

Die Biographien sind keine Laudationes, sondern historisch-kritische Versuche, Berufsweg und Berufsarbeit dieser Zeitungswissenschaftler im allgemeinen und fachgeschichtlichen Zusammenhang darzustellen und zu beurteilen. Von Helmut Schelsky wird die Redensart überliefert, die Soziologie sollte ihre Vorfahren vergessen. Wie ernst ihm dieser antihistorische Spruch auch gewesen sein mag, - er hat sich am Ende selbst nicht mehr daran halten wollen, - sicher ist, daß Wissenschaftsgeschichte ein bedeutendes Feld der Sozialgeschichte - und damit der Kommunikationsgeschichte der Gesellschaft ausmacht.

Die hier angezeigte Anthologie bietet zu jeder Einzelbiographie ausführliche Apparate sowie Personen-, Sachen- und Medienregister.

Winfried B. Lerg

Hartmut Reese (Hrsg.): Jugendfilm im Nationalsozialismus. Dokumentation und Kommentar. - Münster: Lit-Verlag 1984, IXXX + 154 Seiten

Der vorliegende Band stellt einen bis auf sechs Anzeigenseiten vollständigen Wiederabdruck einer 1944 erschienen, filmkundlichen Untersuchung dar, die der Herausgeber mit einer Einleitung versehen hat; es handelt sich um:

A.(gnes) U.(lrike) Sander: Jugend und Film. - Berlin: Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf. 1944 (= Das Junge Deutschland. Sonderveröffentlichung Nr. 6), 16o Seiten.

Bei dieser Publikation handelt es sich wiederum - wie einem Stempel im Originalexemplar in der Bibliothek des Instituts für Publizistik Münster zu entnehmen ist - um die "aus kriegsbedingten Gründen" veröffentlichte Kurzfassung der Dissertation:

Agnes Ulrike Sander: Der Jugendfilm, Schicksal und Aufgabe eines publizistischen Führungsmittels. - Leipzig, Phil.Diss. vom 24. Juli 1944.

Warum der Herausgeber das Buch nicht unter dem Namen seiner Autorin veröffentlicht hat, wie sonst - fairerweise - üblich, wird nicht mitgeteilt. Noch andere editorische Merkwürdigkeiten sind anzumerken. In der Titelei erscheint weder die Autorin noch der Herausgeber. Allein die CIP Kurztitelaufnahme hilft da weiter, obwohl hier die Autorin mit zwei falschen Vornamen angeführt wird. Über die Identität der Verfasserin teilt der Herausgeber leider nichts mit. Die Tatsache, daß es sich um eine Leipziger Dissertation im Fach Publizistik handelte, sehr wahrscheinlich betreut von Hans Amandus Münster, ist dem Herausgeber offenbar auch entgangen. Der Ausdruck "Das Junge Deutschland" wird von ihm als Reihentitel mißverstanden. Tatsächlich war dies der Titel einer amtlichen Hitler-Jugend-Zeitschrift, des monatlichen Organs des Reichsjugendführers Arthur Axmann. Chef-

redakteur ("Hauptschriftleiter") war der Oberbannführer in der Reichsjugendführung Albert Müller; er gab auch die "Sonderveröffentlichungen" genannten Beihefte zu der Zeitschrift heraus.

A. U. Sander entwickelte für ihre Arbeit eine Unterscheidung zwischen Jugendfilm, Unterrichtsfilm und Erwachsenen-Spielfilm mit Jugendbezug. Für den Jugendfilm findet sie die Gattungen Berichtfilm, Kinderspielfilm, Jugendspielfilm. Entlang dieser Systematik untersucht sie die Produzenten und die Produkte des Jugendfilms, trägt Zahlen über Produktion und Filmbesuch zusammen, schildert die Filmbewertung und Filmzensur und geht ausführlich auf die Filmarbeit der Hitler-Jugend (HJ) ein. Der wichtigste Teil der Arbeit stellt zweifellos eine empirische Untersuchung dar, eine Umfrage bei Führern und Führerinnen des Deutschen Jungvolk (DJ), der Hitler-Jugend (HJ) und des Bund Deutscher Mädel (BDM) im Februar 1943 über "die Einstellung der deutschen Jugend zum deutschen Film" (S. 112).

Wir haben es hier also mit einem der nicht sehr zahlreichen überlieferten Beispiele für frühe Rezipientenforschung zu tun. Wohl aus diesem Grund hat Gerd Albrecht dieses Umfrage-Kapitel aus der Sander-Arbeit bereits einmal in seiner Textsammlung "Der Film im Dritten Reich" (Karlsruhe 1979) dokumentiert, - unkommentiert, wie der Herausgeber des vorliegenden Bandes nebenbei bemerkt. Doch er selber kann sich auch nur zu einigen kritischen Deutungen einzelner Ergebnisse entschließen in seiner Einleitung. Weil er die Umfrage für "fragwürdig vom empirischen Standpunkt" hält, möchte er sich nicht auf eine Methodenkritik einlassen, und deshalb verzichtet er auf jede sekundäranalytische Diskussion der Sander-Umfrage. Dennoch wird die kommunikationsgeschichtliche Rezipientenforschung, wenn sie schon historisches Umfragematerial entdeckt hat, nicht um ordentliche Sekundäranalysen auf der Grundlage einer historisch-kritischen Methodendiskussion herumkommen. Wie wenig der Herausgeber auf dergleichen vorbereitet war, mag aus dem Umstand deutlich werden, daß er keine Verwendung für die Hinweise von A.U. Sander auf Hans A. Münsters empirische Untersuchung "Jugend und Zeitung" (Berlin 1932) hat, eine wichtige Station in der Forschungsgeschichte der Publizistikwissenschaft.

Vielleicht würde sich Hartmut Reese doch etwas verblüfft umschauen, wenn sich in 4o Jahren jemand an seiner Dissertation ein wenig zu schaffen machte und sie dann - beinahe - anonym bei der nächsten sozialwissenschaftlichen Datenbank ablieferte.

Winfried B. Lerg

Jürgen Wilke (Hrsg.): Pressefreiheit. - Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1984 (= Wege der Forschung, Bd. 625) 526 Seiten

Das hätten sich die Rechtssystematiker vor wenigen Jahren noch nicht träumen lassen: Allenthalben werden in bundesdeutschen Länderparlamenten "Mediengesetze" vorgelegt. Zwar mögen sie materiell zunächst einmal nur umetikettierte Rundfunkgesetze sein, Reaktionen auf die Erweiterung der elektrotechnischen

Verteilsysteme durch Kabel und Satelliten, aber die Tatsache, daß diese Verteilsysteme nicht mehr nur im öffentlich-wirtschaftlichen, sondern auch im privatwirtschaftlichen Rechtsgebiet errichtet und betrieben werden, stellt die Staatskanzleien der Bundesländer vor neue rechtsstrukturelle Aufgaben. Mögen parteipolitische Strategien und Wahltermine auch die unmittelbaren Anlässe sein, diesen Regelungsbedarf für Rundfunkderivate legislativ zu bewältigen, so ist unter kommunikationshistorischer Perspektive nicht zu übersehen, daß die Zeit der "Medienrechte" auf ihr Ende zugeht.

Zunehmend wird es schwieriger, Presserecht, Filmrecht, Rundfunkrecht voneinander zu unterscheiden als mediale Sonderrechte. Immer wichtiger werden Bestimmungen allgemeiner publizistischer Normen für die "öffentliche Aussage aktueller Bewußtseinsinhalte" (Walter Hagemann) in einem medienunabhängigen Kommunikationsrecht als integriertes Sonderrecht für sämtliche publizistischen Mittel.

Der gesellschaftspolitische Kern des deutschen Presserechts war immer der Schutz der Ausdrucksfreiheit, abgeleitet aus einer Verfassungsnorm, die bis heute mit dem Begriff "Pressefreiheit" belegt wird. Dieser antiquierte Sprachgebrauch wird zum Paradoxon, wenn - beispielsweise - "Filmemacher" oder "Programmacher" bei publizistischen Normenkonflikten in ihren Medien Kino oder Rundfunk dennoch beim Presserecht Schutz suchen müssen; das Film- oder Rundfunkrecht hat ihnen in solchen Fällen, wenn es um publizistische Freiheitsrechte geht, nichts zu bieten.

Auf lange Sicht wird eine Medienrechtsreform unausweichlich sein. Ihre Ausgangsposition wird die unteilbare materielle und formelle Kommunikationsfreiheit sein müssen. In der Praxis würde eine solche Reform auf eine bundesrechtliche Rahmenordnung (Bundeskommunikationsgesetz) und landesrechtliche Kommunikationsordnungen (Landesmediengesetze) hinauslaufen.

Der Herausgeber der hier angezeigten Anthologie ist kein Rechtswissenschaftler, sondern Kommunikationswissenschaftler an der Universität Eichstätt. Er hat 21 Textproben zusammengestellt, - zwei englische, einen amerikanischen, 18 deutsche, - aus der Zeit zwischen 1644 (John Milton) und 1977 (Elisabeth Noelle-Neumann); die meisten Texte (13) stammen aus unserem Jahrhundert. Eine umfangreiche Einleitung (S. 1-55) spannt den zeitlichen Bogen vom "Index librorum prohibitorum" von 1564 bis zur "Neuen Internationalen Informations- und Kommunikationsordnung" von 1976. Für Darstellung und Textgliederung werden keine systematischen Ansprüche erhoben. In chronologischer Folge wird die dogmengeschichtliche Entwicklung vom Lizenzschema zum Freiheitsschema geschildert. Für die neueste Zeit gibt es Hinweise auf berufs- und wirtschaftsrechtliche sowie film- und rundfunkrechtliche Nebenlinien der Geschichte der Kommunikationsfreiheit, meist mit weiterführender Literatur versehen. Die Literatur zum Thema der privatwirtschaftlichen Rundfunkorganisation in der Bundesrepublik, schreibt der Herausgeber (S. 52), sei inzwischen mit der aktuellen Diskussion so stark angeschwollen, daß ihre Dokumentation eines besonderen Bandes bedürfe.

Die Festlegung auf den historischen Begriff "Pressefreiheit" und die Darbietung der Textproben ohne kritischen Apparat

läßt ein wenig den Eindruck eines presserechtshistorischen Museums aufkommen. Als Arbeitsbuch im akademischen Unterricht ist der Band nur mit gründlicher Anleitung zu benutzen. Rundfunkpolitiker und Rundfunkpublizisten können aus dieser schönen Ausstellung Beruhigendes und Tröstliches zugleich mitnehmen: Bis in Deutschland die Pressefreiheit durchgesetzt war, mußten gut drei Jahrhunderte ins Land gehen. Bis die jungen und neuen Medien sich die Unabhängigkeit zwischen alter Staats- und Parteienmacht und neuer Wirtschafts- und Gruppenmacht errungen haben werden, dürften zwar keine 3oo, wahrscheinlich aber noch gut 3o Jahre vergehen.

Winfried B. Lerg

Hans Bohrmann und Wilbert Ubbens: Kommunikationsforschung. Eine kommentierte Auswahlbibliographie der deutschsprachigen Untersuchungen zur Massenkommunikation 1945 bis 198o. - Konstanz: Universitätsverlag 1984 (= Schriften der Deutschen Gesellschaft für COMNET, Bd. 3), 2o6 Seiten

COMNET ist das Wortsignet für "International Network of Centres for Documentation on Communication Research and Policies", ein von der UNESCO - immerhin - beschirmtes Unternehmen. Die Schriftenreihe wird von Otto B. Roegele und Walter J. Schütz herausgegeben. Mit der scheinbar geschäftsmäßigen Mitteilung: "Der Bohrmann-Ubbens ist schon geklaut!" schob mir heute morgen unsere Bibliothekarin die neueste, wieder umfangreiche Verlustliste für das Wintersemester 1984/85 über den Tisch. Eine Stunde später bekam ich auch noch die jüngste Monatsaufstellung unserer Kopierkosten zu Gesicht. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß der "Bohrmann-Ubbens" wieder zurückkommt und der eine oder andere sich sein persönliches Exemplar kauft; das Buch ist sein Geld wert.

Felix disciplina, glücklich das Fach, (in)dem nicht nur fleissige, sondern auch kompetente Bibliographen (zu-)arbeiten. Fachkompetenz war nötig für die vorliegende Bibliographie mit einer über die zeitliche und verfasseralphabetische Anordnung hinausgehende, sachlich-systematische Titelorganisation. Eine Auswahl aus den in 35 Jahren, zwischen 1945 und 198o, in der Bundesrepublik, in Österreich und in der Schweiz erschienenen Büchern und Aufsätzen zur kommunikationswissenschaftlichen Forschung aus unterschiedlichen Fächern wird angeboten; eine entsprechende Bibliographie für die Veröffentlichungen aus der DDR ist in Vorbereitung. Verzeichnet sind außer einigen Bibliographien, Fachzeitschriften und Jahrbüchern sowie Titelverzeichnissen ("Pressebibliographien") ausschließlich Darstellungen. Quellen und Quelleneditionen sind nicht aufgenommen worden.

Ihre Auswahlkriterien und ihre Gliederung erläutern die beiden Bibliographen in der Einleitung (S. 9-13), deren Lektüre jedem Benutzer zu empfehlen ist, denn die Auswahl hat vorderhand eine forschungsanalytische und erst in zweiter Linie eine forschungshistorische Funktion. Aus diesem Grund sind auch jedem Titel kurze Inhaltsangaben (Annotationen) beigefügt worden. Die Bibliographen nennen ihre Methode einen "etwas ungewöhnliche(n)

Versuch", und in ihrer Hoffnung, daß er ihnen gelungen sei, sollen sie sich durchaus bestärkt sehen.

Über einzelne Fehlgriffe bei Aufnahmen oder Auslassungen und über mögliche Fehldeutungen bei den notwendigerweise knappen Annotationen zu reden oder zu korrespondieren, fordern sie ausdrücklich auf. Doch Rezensionen bestehen nun einmal aus Vorhaltungen; sie können kein Diskussionsforum sein. Deshalb seien ein paar kritische Bemerkungen zur Gliederung erlaubt. Diese Systematik hat selbstverständlich besondere Medienkapitel für Presse und Rundfunk. Wo aber, beim seligen Traub-Lavies, ist das Medium Kinematographie und der Film abgeblieben? Ein - zugegeben - mühseliges Geschäft für jeden Systematiker ist die Typen- und Gattungslehre, die Organisation der Mittel ("Medien"), Formen und Inhalte (Stoffe, Themen) publizistischer Ausdrücke. In der vorliegenden Gliederung gibt es einen Abschnitt "Pressegattungen", doch angeführt werden Pressetypen; die wirklichen Pressegattungen tauchen - neben den dort zutreffend eingeordneten Rundfunkgattungen - in einem Abschnitt "Genres" auf. Eine besondere Rundfunktypologie wird nicht entwickelt. Unter den "Genres" finden sich auch einige "Sparten", z.B. "Schulfunk", "Unterhaltung", "Musik", "Sport". Sparten sind Strukturelemente für Medienproduktion wie für Medienprodukte. Sie ressortieren die redaktionelle Arbeit und entsprechend die räumliche Verteilung der Arbeitsergebnisse in der Zeitungs- oder Zeitschriftenausgabe oder die zeitliche Verteilung der Arbeitsergebnisse im Hörfunk- oder Fernsehprogramm. Sparten können als Strukturtypen der einzelnen Medien angesprochen werden.

Schließlich: Die Comics, eine echte Pressegattung, haben einen eigenen Hauptabschnitt bekommen, neben den "Genres". Die "Karikatur" dagegen findet sich - zurecht - wieder bei den "Genres". Doch vermißt wird die Photographie als Pressegattung. Genug der Monita, denn mit dieser Bibliographie läßt sich arbeiten. Was systematische Stringenz und analytisches Auflösungsvermögen betrifft, bleibt für die geplanten Fortsetzungen - im Abstand von fünf Jahren - noch Gelegenheit zu einigen Polituren.

Winfried B. Lerg

Hans Bohrmann und Marianne Englert (Hrsg.): Handbuch der Pressearchive. Mit einem Anhang: Presse-, Rundfunk-, Fernseh-, Filmarchive. Internationale Auswahlbibliographie 1971-1982, zusammengestellt von Wilbert Ubbens. - München: K.K. Saur 1984, 265 Seiten

Die Presse war bis ins späte 19. Jahrhundert weitgehend ihre eigene Stofflieferantin. Nicht nur in der kleinstädtischen Einmannredaktion gehörten Schere und Leimtopf zu den wichtigsten Utensilien, die ungezählte Karikaturisten inspiriert haben, um die ebenso billige wie selbstgenügsame Arbeitsweise der Journalisten und - metaphorisch - der Presse zu verspotten. Die heute wieder gängige Bildübertragung von der Schere des Zensors auf die "Schere im Kopf" des sich selbst zensierenden Journalisten hat also eine Nebenbedeutung, - ein durchaus zweischnei-

schneidiges Bild gewissermaßen. Eine Ganzstücke- und Ausschnittsammlung bildeten in vielen Zeitungen und Zeitschriften den Grundstock für ein der Redaktionsarbeit dienendes "Pressearchiv". Diese Sammlungen sollten auch ihre Bedeutung behalten, als der Informationsstrom aus Korrespondenzen, Diensten und Nachrichtenagenturen reicher und preiswerter zu fließen begonnen hatte.

Wo immer von Amts wegen, aus beruflichen oder geschäftlichen Gründen die Zeitungen und Zeitschriften beobachtet und ausgewertet wurden, entstanden ebenfalls solche "Pressearchive". So verschieden die Gründe für derlei Sammlungen und damit die Kriterien für Auswahl, Aufbereitung und Aufbewahrung auch sein mögen, ihr praktischer Nutzen und ihr wissenschaftlicher Wert sind unbestritten. Darum gibt es bis heute "Pressearchive", auch beim Nachbarmedium Rundfunk. Hans Bohrmann, Direktor des Instituts für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund, und Marianne Englert, Leiterin des Zentralarchivs der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, haben im Auftrag der Fachgruppe Presse-, Rundfunk- und Filmarchivare im Verein deutscher Archivare mittels Fragebogen eine Bestandserhebung über Pressearchive ausgerichtet und die Ergebnisse in dem vorliegenden Handbuch dokumentiert. Die Reichweite der Erhebung wird an der Gliederung nach acht Trägergruppen erkennbar: 1. Presseverlage, 2. Nachrichtenagenturen, 3. Rundfunkanstalten, 4. Staats- und Kommunalarchive, 5. Bibliotheken, 6. Parlamente und Verwaltungen von Bund und Ländern, 7. Hochschulen und Fachinstitute unterschiedlicher Trägerschaft, 8. Parteien, Gewerkschaften, Kirchen. Marianne Englert schrieb einen Einführungsaufsatz über "Geschichte und Aufgabenstellung der Pressearchive". Hans Bohrmann erläutert in einem anschliessenden Beitrag die "Entstehung und Benutzung des Handbuchs". Erhoben wurde für jede Trägerinstitution, neben der Personalausstattung und Aufgabenstellung, Art und Umfang des Ausschnittarchivs, der Zeitungs- und/oder Zeitschriftensammlungen, der Redaktionsbibliothek, des Bildarchivs, des Werks- und/oder Unternehmensarchivs und die Benutzungsmöglichkeiten.

Das Handbuch ist in erster Linie ein Nachschlagewerk, mit dem sich publizistische Einrichtungen und Dokumentationsstellen untereinander informieren und ihre Benutzer beraten können. Für den archiv- und bibliothekswissenschaftlichen Unterricht und die dazugehörige Berufskunde stellt das Handbuch ein vorzügliches Lehrbuch dar. Die Kommunikationswissenschaft, besonders die publizistische Organisationslehre - sie studiert die Binnenkommunikation von Medieneinrichtungen, Behörden, Unternehmen und Institutionen - können dem Handbuch ausführliche und systematisch aufbereitete Basisdaten für ihre Forschungen entnehmen. Aber selbstverständlich gehört das Buch in jede Redaktionsbibliothek, denn so gut kann das Pressearchiv im eigenen Hause gar nicht sein, als daß nicht gelegentlich außer Hause angefragt werden müßte.

Die fachwissenschaftliche Benutzung wird verbessert durch die im Anhang mitgegebene, internationale Auswahlbibliographie über das Thema "Presse-, Rundfunk-, Fernseh-, Filmarchive" für die Jahre von 1971 bis 1982, zusammengestellt von Wilbert Ubbens, Oberbibliotheksrat an der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen.

Winfried B. Lerg

32. Jahrgang 1984/4

Rundfunk und Fernsehen

Wissenschaftliche Vierteljahreszeitschrift
Hans-Bredow-Institut für Rundfunk und Fernsehen
an der Universität Hamburg

AUFSÄTZE

Knut Hickethier — Die ersten Programmstrukturen im deutschen Fernsehen: Von der wohlkomponierten Mitte zum Viertelstundenraster 441

Susanna Großmann-Vendrey — Musik-Programm in der Berliner "Funk-Stunde" 1923 bis 1925: Mehr als ein Nebenbuhler des Konzertbetriebs? 463

DISKUSSION

Klaus Bartels — Die elektronische Pest: Kultur, Ansteckungsangst und Video . 491

DOKUMENTE

Medienerprobungs- und -entwicklungsgesetz in Bayern 507

Rundfunkgesetz für Schleswig-Holstein 521

Vorläufige Regelung für die Einspeisung herangeführter Rundfunkprogramme in Kabelanlagen (Hamburg) 535

LITERATUR

Aufsatz

Heinz Bonfadelli/ Werner Meier — Meta-Forschung in der Publizistikwissenschaft. Zur Problematik von Literaturanalysen 537

Besprechungen

Dieter Roß — Dietrich Ratzke: Handbuch der Neuen Medien 551

Ralf Siepmann — Hans-Peter Riese: Der Griff nach der vierten Gewalt 552

Jörg Engler — Dieter Breuer: Geschichte der literarischen Zensur in Deutschland 554

Ralph Weiß — Wolfgang A. Fuchs: Presse und Organisation im lokalen Kommunikationsraum 556

Ludwig J. Issing — Klaus-Michael Beneke: Schulfernsehen als Kommunikationsmodell 557

Zeitschriftenlese 559

Literaturverzeichnis 564

CHRONIK

Berichtszeitraum 1. 4.–30. 6. 1984 569

Manche Zeitschriften
erhalten sich nur
durch Freiabonnenten

Tucholsky

Jahresabo:
14.–

Viermal im Jahr
ein Forum für Publizistikstudium
und kritische Kommunikationswissenschaft...

JOURNAL FÜR
PUBLIZISTIK
& KOMMUNIKATION

Zeitschrift am Institut für Publizistik Münster

Inhalt

AUFSÄTZE

Knut Hickethier — Die ersten Programmstrukturen im deutschen Fernsehen: Von der wohlkomponierten Mitte zum Viertelstundenraster 441

Susanna Großmann-Vendrey — Musik-Programm in der Berliner "Funk-Stunde" 1923 bis 1925: Mehr als ein Nebenbuhler des Konzertbetriebs? 463

DISKUSSION

Klaus Bartels — Die elektronische Pest: Kultur, Ansteckungsangst und Video . 491

DOKUMENTE

Medienerprobungs- und -entwicklungsgesetz in Bayern 507

Rundfunkgesetz für Schleswig-Holstein 521

Vorläufige Regelung für die Einspeisung herangeführter Rundfunkprogramme in Kabelanlagen (Hamburg) 535

LITERATUR

Aufsatz

Heinz Bonfadelli / Werner Meier — Meta-Forschung in der Publizistikwissenschaft. Zur Problematik von Literaturanalysen 537

Besprechungen

Dieter Roß — Dietrich Ratzke: Handbuch der Neuen Medien 551

Ralf Siepmann — Hans-Peter Riese: Der Griff nach der vierten Gewalt 552

Jörg Engler — Dieter Breuer: Geschichte der literarischen Zensur in Deutschland 554

Ralph Weiß — Wolfgang A. Fuchs: Presse und Organisation im lokalen Kommunikationsraum 556

Ludwig J. Issing — Klaus-Michael Beneke: Schulfernsehen als Kommunikationsmodell 557

Zeitschriftenlese 559

Literaturverzeichnis 564

CHRONIK

Berichtszeitraum 1. 4.–30. 6. 1984 569